

Globale politische Strukturen und Prozesse

Friedenssicherung – Perspektiven Europas –
Ökologie und Ökonomie – Eine Welt

Thema Sozialwissenschaften Oberstufe

Globale politische Strukturen und Prozesse

Friedenssicherung – Perspektiven Europas –
Ökologie und Ökonomie – Eine Welt

Lehrerband

Uwe Taenzer
Oliver Bauer
Olaf Kordes
Anja Schwarze
Friedrich Tholen

Ernst Klett Verlag
Stuttgart · Leipzig

Inhalt

Vorwort	1
Das Zusammenwachsen unserer Welt – eine erste Annäherung	2
1 Der „Krieg gegen den Terror“ – (k)ein geeignetes Mittel zur Friedenssicherung?	7
Methode	8
1.2 Der „Krieg gegen den Terror“ aus Sicht der Bush-Administration	8
1.2.1 Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten (NSS)	9
1.2.2 Macht und Mission	13
1.3 Kriegsalltag im Irak	15
1.3.1 „Bagdad Burning“: Auszüge aus einem Tagebuch	15
1.3.2 Der Krieg im Irak – Hintergründe, Zahlen und Fakten	16
1.4 Der „Krieg gegen den Terror“ – Sichtweisen ausgewählter Kritiker	16
1.4.1 Die NSS in der Kritik	16
1.4.2 Der „Krieg gegen den Terror“ und die Frage der Menschenrechte	16
1.4.3 Zur Effizienz und Legitimität asymmetrischer Kriegsführung	18
1.5 Der „Krieg gegen den Terror“ – Folgen für die UNO	19
2 Zukunft und Herausforderungen der Europäischen Union	20
2.1 Europa – Meinungen und Stimmungen	21
2.2 50 Jahre Erfolgsgeschichte – eine wirtschaftliche und politische Erfolgsgeschichte?!	21
2.3 Ein Beispiel für die weitere Erweiterung der EU: Braucht die EU die Türkei und braucht die Türkei die EU?	32
2.4 Quo vadis Europa?!	38
3 Ökologie und Ökonomie	43
3.1 Der Klimawandel – ein globales Problem	44
3.2 Umweltprobleme aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht	47
3.2.1 Interdependenz zwischen Ökonomie und Ökologie	47
3.2.2 Wirtschaftswachstum und Umweltprobleme	50
3.2.3 Externe Effekte als Ursache von Umweltschäden	51
3.2.4 Umwelt als öffentliches Gut	53
3.3 Prinzipien und Instrumente der Umweltpolitik	55
3.3.1 Prinzipien der Umweltpolitik	55
3.3.2 Instrumente der Umweltpolitik	56
3.3.3 Der Handel mit CO ₂ -Zertifikaten in Deutschland	59
3.4 Umwelt- und Klimaschutz – eine globale Aufgabe	61

4	(K)Eine Chance für die Eine Welt?!	65
4.1	Eine Welt? Unsere Welt!	66
4.2	Entwicklungshilfe – Motive und Interessen?!	67
4.3	Was heißt überhaupt Entwicklung? – Entwicklungsindikatoren	70
4.4	Strategien und Theorien der Entwicklungszusammenarbeit	73
4.5	Entwicklungspolitik konkret in Zeiten der Globalisierung	75
4.5.1	Ricardo, WTO & Co!	75
4.5.2	BRIC – Das Gewinnerquartett	77
4.5.3	Good Governance – der Schlüssel für den Erfolg?	78
4.5.4	Hoffnungsträger Zivilgesellschaft – Mikrokredite als Erfolgsmodell?	80
	Impressum	83

Vorwort

Die Lösungsvorschläge für das Werk „Globale politische Strukturen und Prozesse“ ermöglichen einen schnellen Überblick über die Anforderungen, die in den Aufgaben – bezogen auf die entsprechenden Materialien des Buches – enthalten sind.

Darüber hinaus sind in den Lösungen ergänzend aktuelle Daten enthalten und Hinweise für weitergehende Informationen, wo es sinnvoll erschien.

Die Lösungsvorschläge sind keine Musterlösungen, sondern Hinweise auf mögliche Vorgehensweisen. Schülerinnen und Schüler werden vor dem Hintergrund ihrer Vorkenntnisse und ihrer Kreativität teilweise zu anderen Lösungswegen und Lösungen kommen. Das gilt insbesondere für die produktorientierten Aufgabenstellungen und Erörterungsaufgaben.

Nicht alle Fachmethoden, die in den Aufgaben verlangt werden, sind in dem zugrunde liegenden Band enthalten. Sie sind jedoch in den anderen Bänden der Reihe behandelt worden. Entsprechende Hinweise finden sich bei den Aufgaben.

Zur schnellen Handhabung des Lehrerbands sind aus der Gliederung heraus die einzelnen Abschnitte durch Anklicken mit der Maus direkt zu erreichen.

Der vorliegende Lehrerband bezieht sich auf die 2. Auflage des Werkes 885123 ab dem Jahr 2011 und die dort modifizierten Aufgabenstellungen.

Methodenübersicht für die Reihe Thema Sozialwissenschaften

Unternehmen im Globalisierungsprozess	Wirtschaftspolitik im internationalen Rahmen	Arbeitsgesellschaft im Umbruch	Globale politische Strukturen und Prozesse
Meinungskarussell, S.11	Ideologie und Ideologiekritik, S.89f.	Verdinglichung – Zur Theoriebildung in der Ungleichheitsforschung, S.96ff.	Politische Urteilsbildung, S.20ff.
Idealtypus, S.32f.	Prognose = Wahrsagerei? S.117f.	Ungleichheitsmaße: Lorenz-Kurve und Gini-Koeffizient, S.140ff.	Positionslinie – Streitlinie, S.124f.
Modelle, Modellbildung, Ceteris-paribus-Klausel, S.62ff.	Lineare und logarithmische Skalierung, S.127f.	Szenario-Technik, S.250ff.	Prisoners Dilemma, S.156
Indikatoren in den Wirtschaftswissenschaften, S.115f.	Trendaussagen und Projektionen, S.134ff.		Indexbildung in den Sozialwissenschaften, S.202ff.
Unterscheidung von deskriptiven und präskriptiven Aussagen, S.144f.	Zukunftswerkstatt, S.316ff.		

Das Zusammenwachsen unserer Welt – eine erste Annäherung

Hinweise zur Annäherung

Die Materialauswahl in vorliegender Annäherung präsentiert einen möglichen motivierenden Einstieg, indem zunächst Einstellungen und Befragungsergebnisse junger Menschen zum Zusammenwachsen unserer Welt vorgestellt werden. Diese können als Meinungsbild ausgewertet, hinterfragt und als Grundlage für eigene Reflexionen und vorläufige Urteilsbildungen dienen.

Alternative Wege zur Annäherung zeigen die Materialien ebenso auf. Als Einstieg ist auch denkbar, dass die SuS zunächst mit Umfragen oder standardisierten Fragebogenerhebungen eigene Recherchen zu Einstellungen und Wertungen in der Kursgruppe oder einer definierten Erhebungsgruppe vornehmen, auswerten und visualisieren sowie z. B. mit vorliegenden Materialien vergleichen. Ein in dieser Weise erfolgreicher Einstieg kann zudem vertiefend Methoden quantitativer und qualitativer Sozialforschung vorstellen und reflektieren.

Texte und Karikaturen liefern weiterführende Annäherungen zu den Problembereichen des gesamten Lehrwerkes. Dabei stellen insbesondere die Thesen von Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim zur Kritik des „methodologischen Nationalismus“ und zur „Generation Global“ Sichtweisen vor, die als Motivation zur Analyse und zur Urteilsbildung der im Buch thematisierten globalen politischen Strukturen und Prozesse dienen können.

1. Aufgabe

Die vorliegenden Auszüge aus biografischen Porträts der 14. Shell-Jugendstudie „Jugend 2002“ liefern Einblicke zu Einstellungen und Werten junger Menschen zum Zusammenwachsen unserer Welt.

Da es sich durchweg um Aussagen von politisch interessierten Jugendlichen handelt, zeigen sich in den Stellungnahmen reflektierte, fundierte, aber auch kontroverse Positionen. Herauszuheben sind in der Erarbeitung zum einen kritische Einschätzungen der Folgen der Globalisierung wie zunehmende Ungleichheiten, einseitige Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen, Gefährdung von Klima und Umwelt, zum anderen die Chancen, welche mit dem Zusammenwachsen unserer Welt gesehen werden wie z. B. wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten, vor allem aber die Chancen für internationale Verständigung und Zusammenarbeit, die sich aus der Überwindung von Grenzen ergeben können. Insgesamt zeigen die Aussagen der Jugendlichen Sichtweisen und Einstellungen, die schon auf die Thesen von E. Beck-Gernsheim und U. Beck zur „Generation Global“ verweisen.

Im Vergleich mit den eigenen Einschätzungen sollten die vorliegenden Sichtweisen aufgegriffen und kritisch hinterfragt werden, so z. B. die positiven Sichtweisen zur Überwindung von kulturellen und politischen Grenzen.

2. und 3. Aufgabe

Tabelle a „Von Globalisierung haben wir schon einmal gehört“ zeigt vor allem deutliche Zusammenhänge zwischen Alter sowie sozialem Status und Kenntnisse zur Globalisierung, weniger signifikant dagegen das Kriterium Geschlecht. Diese Befunde sind auszuwerten und zu erklären, z. B. als Resultat von Bildungschancen oder als Resultat unterschiedlicher Milieuzugehörigkeiten.

Kreisdiagramm b „Einstellung zur Globalisierung“ zeigt die veränderten Einschätzungen zu Chancen und Risiken der Globalisierung im zeitlichen Vergleich. Bemerkenswert vor allem, dass eine negativere Sichtweise der Globalisierung erkennbar wird. Als Gründe lassen sich wohl die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme in Deutschland wie Arbeitslosigkeit, Strukturwandel sowie die damit verbundenen Reformmaßnahmen, z. B. Agenda 2010, anführen, die vor allem als Resultat wirtschaftlicher Globalisierung gewertet werden. Ebenso kann die Debatte zu den Folgen des globalen Wachstums für Klima und Umwelt als Ursache für den Meinungswandel angeführt werden.

Die Diagramme c, d, und e stellen Einstellungen von Jugendlichen zum Einigungsprozess in Europa dar.

Dominierend sind positive Assoziationen, z. B. Frieden und kulturelle Vielfalt, negative Einschätzungen wie Geldverschwendung und Bürokratie werden ebenfalls genannt, ebenso wirtschaftliche Sorgen wie Arbeitslosigkeit oder die Angst vor zunehmender Kriminalität.

Auffallend positiv wird die Lösungskompetenz von internationalen Organisationen zur Bewältigung der Globalisierung im Vergleich zu nationalen Regierungen gesehen, sicherlich ein Hinweis darauf, dass viele Jugendliche die Bedeutung internationaler politischer Strukturen erkennen.

Dagegen zeigt das letzte Diagramm einen auffallenden Wandel in der Bewertung des europäischen Einigungsprozesses. Gegenüber 2002 zeigt sich eine starke Zunahme in der Ablehnung; als mögliche Gründe lassen sich wiederum die wirtschaftlichen Probleme Deutschlands ansprechen, die diesen Meinungswandel verursacht haben könnten. Ebenso kann vermutet werden, dass die Distanz zu einem als bürokratisch empfundenen Europa eine Rolle spielt.

1. Aufgabe

Horst Köhlers Berliner Rede vom 1. Oktober 2007 kann als Plädoyer verstanden werden, das Zusammenwachsen unserer Welt, die Globalisierung, als Chance für politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu begreifen. Damit bietet Köhler z. T. pathetisch vorgetragene Sichtweise zum ersten einen Zugang zum gesamten Themenkomplex des Lehrwerkes, zum zweiten kann Köhlers Sicht auch zu abschließenden Reflexionen aufgegriffen werden, welche seinen Optimismus relativieren.

Köhlers Rede entwickelt folgende Struktur. Ausgehend von Beispielen, welche das Zusammenwachsen der Welt erkennen lassen, benennt er Folgen und Probleme der Globalisierung für Entwicklungsländer, begründet anschließend am Beispiel des Klimaproblems die Notwendigkeit weltweiter Zusammenarbeit und skizziert Vorstellungen zur konkreten Gestaltung einer internationalen Politik, um die „Trias Entwicklung, Sicherheit, Menschenrechte“ (Z. 146f) zu realisieren.

Als **Folge** des Zusammenwachsens der Welt nennt Köhler zunächst, dass entgegen Befürchtungen die Situation der meisten Entwicklungsländer sich verbessert habe (Z. 31 ff). Als Fazit formuliert Köhler die Notwendigkeit, Teilhabe an der Globalisierung so zu gestalten, dass armen Ländern Fortschritt ermöglicht werde, damit „Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten“ (Z. 64f).

Als **Problem** für die Realisierung dieser Entwicklungspolitik benennt Köhler ökonomische (fehlende Wirtschaftskraft) und politische Fehlentwicklungen (unzureichende politische Strukturen und Institutionen) in den Entwicklungsländern sowie einseitige Wahrnehmung von Interessen durch Staaten und private Akteure der Stärkeren. Die „hässlichen Seiten der Globalisierung“ (Z. 78) identifiziert Köhler z. B. mit Missbrauch von Entwicklungshilfe, Verstöße gegen faire Handelsbeziehungen wie z. B. Errichtung von Handelshemmnissen, Exportsubventionen, Zerstörung der Lebensgrundlagen ärmerer Regionen durch rücksichtslose Ausbeutung der Ressourcen.

Als **Lösung** verdeutlicht Köhler im Weiteren den notwendigen Wandel in der Bewältigung ökonomischer und politischer Konflikte: „Das Zeitalter der Einseitigkeit ist vorbei.“ (Z. 91).

Am Beispiel des Klimawandels verdeutlicht er die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit.

Weiterhin unterstreicht Köhler die Dringlichkeit der institutionellen Verankerung internationaler Zusammenarbeit und verweist auf die bestehenden Strukturen und Organisationen internationaler Zusammenarbeit, um Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten – Global Governance – umzusetzen.

Als **Probleme** benennt Köhler zum einen mangelnde Chancen, globale Zielsetzungen gegen die Interessen der großen Staaten durchzusetzen, und zum anderen die mangelnde Koordination in der Zusammenarbeit der internationalen Organisationen. In der Erarbeitung der von Köhler angesprochenen Folgen und Probleme sollten die genannten Aspekte konkretisiert und veranschaulicht werden, um ein angemessenes Verständnis zu erreichen. Die Chancen der Globalisierung lassen sich am Beispiel der sich entwickelnden Schwellenländer, Situation und Ursachen der von Globalisierung und Entwicklung ausgeschlossenen Regionen am Beispiel afrikanischer Staaten verdeutlichen.

Ebenso können Konkretisierungen und Beispiele fehlgeleiteter Entwicklungspolitik, unfairer Handelsbeziehungen, z. B. europäische Agrarsubventionen, rücksichtslose Ressourcenausbeutung, z. B. Exploration von Ölfeldern zulasten von bestehenden ökonomischen und sozialen Strukturen, vorgenommen werden.

Die Erläuterung der Lösungsansätze Köhlers soll zum einen in der Annäherung zu einem besseren Verständnis, zu Konkretisierungen von Handlungsmöglichkeiten und institutionellen Voraussetzungen führen. Dabei können die SuS vorhandene Kenntnisse einbringen. Damit kann die Erläuterung der Lösungsansätze zum anderen Hinweise und Motivationen zu weiterführenden Analysen und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung liefern und damit die Erarbeitung der folgenden Kapitel initiieren.

2. Aufgabe

Köhlers Vorschläge zur Entwicklungspolitik für den ganzen Planeten, z. B. Verzicht auf einseitige Interessenwahrnehmungen, Stärkung internationaler Konfliktregelungen und Organisationen, sollten auch im Rahmen einer Annäherung für eine fruchtbare Diskussion konkretisiert werden, um angemessenen Realisierungsmöglichkeiten, Chancen und Risiken zu erörtern. Vorbereitend zur Diskussion können Impulsreferate als Ergebnis von Recherchen zu ausgewählten Problembereichen die Diskussion strukturieren, jedoch können Forderungen wie z. B. Veränderung des Lebensstils auch in der Phase der Annäherung zu fundierten, kontroversen Auseinandersetzungen anregen.

S. 17, A1–4

1. Aufgabe

Als „methodologischen Nationalismus“ kennzeichnen die Autoren eine Forschungsperspektive, die sozialwissenschaftliche Problemstellungen immer noch als nationalstaatlich begrenztes Phänomen begreift, demzufolge Ursachen und Lösungsperspektiven nur begrenzt aufzeigen kann. Probleme wie Umweltzerstörung, Terrorismus, Erosion von Beschäftigung lassen sich jedoch nicht mehr zureichend aus der Perspektive des Nationalstaates begreifen und bewältigen, sondern müssen als Resultat globaler Entwicklungen untersucht werden. Damit zeigen sich auch Übereinstimmungen zu Köhlers Thesen (M3).

Die Forderung nach einem „methodologischen Kosmopolitismus“ ergibt sich damit aus der als anachronistisch bezeichneten, sehr begrenzten nationalstaatlichen Perspektive. Den außerordentlichen Perspektivenwechsel unterstreichen die Autoren zudem, indem sie von einem Paradigmenwechsel sprechen.

Im zweiten Textauszug verdeutlichen die Autoren ihre Sichtweise auch am Beispiel der Jugendforschung, welche ebenfalls aufgefordert ist, nicht nur empirisch den Blickwinkel zu erweitern, sondern zudem soziologische Kernbegriffe wie Generation, Familie, soziale Ungleichheit zu erweitern im Hinblick auf die Lebenswirklichkeiten der globalisierten Welt.

Zusatzinformationen und weitere **Erläuterungen** zum Thema finden Sie z. B. in folgenden Quellen:

- Ulrich Beck Europäisierung - Soziologie für das 21. Jahrhundert, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 34-35/2005
- http://www.bpb.de/publikationen/T13BF4,0,0,Europ%E4isierung_Soziologie_f%FCr_das_21_Jahrhundert.html

2. Aufgabe

Mit Generation Global kennzeichnen die Autoren eine Generation, die mit den Bedingungen der Globalisierung aufgewachsen ist und deren Einstellung zur Lebenswelt sich z. B. durch den weltweiten Einzug des Mediums Internet in den Alltag grundlegend gewandelt hat. Die Welt ist kleiner geworden, man spricht von „global village“. Das Zusammenwachsen der Kulturen und Nationen führt zur Relativierung tradierter, nationalstaatlich begrenzter Prägungen von Identitäten und Milieus, die Globalisierung schafft „transnationale Fraktionen, gewissermaßen globalisierte ‚Patchwork-Generationen‘“ (Z. 89f).

3. Aufgabe

Lebensbedingungen, Interessen, Kennzeichen der Generation Global werden im zweiten Textauszug skizziert und lassen sich konkretisieren: Verflechtungen von Produktion und Konsum, Internet und TV, Tourismus und Werbung (vgl. Z. 78ff).

Darüber hinaus verdeutlichen die Autoren Konfliktpotentiale der Generation Global. Sie verweisen auf die Situation von Migranten, deren soziale Lage eben nicht mononational, monokulturell begriffen werden kann. Zudem sehen sie Konfliktpotentiale zwischen Migranten und der europäischen „Generation prekär“, welche auf Probleme verweisen, die nur als international zu bewältigende Entwicklung aufgegriffen werden können. Strukturelle Veränderung von Produktionsbedingungen und Beschäftigung lassen sich nicht mehr im Rahmen nationalstaatlicher Wirtschafts-, Finanz- oder Entwicklungspolitik lösen.

4. Aufgabe

Die Kennzeichnung „Generation Global“ kann mit vielen Argumenten und Beispielen untermauert werden. Sicherlich werden die SuS aber auch Einwände entwickeln. So kann z. B. die Bedeutung kulturell und national geprägter Denkmuster und Perspektiven aufgegriffen werden, um die Thesen der Autoren zu relativieren.

Die Befragungsergebnisse aus **M 1** und **M 2** unterstreichen zunächst die Sicht der Autoren. Insbesondere die Aussagen zum Zusammenwachsen unserer Welt zeigen Übereinstimmungen. Dagegen lässt sich aus **M 2** möglicherweise auch eine zunehmende skeptische Sicht herauslesen.

1 Der „Krieg gegen den Terror“ – (k)ein geeignetes Mittel zur Friedenssicherung

Hinweise zum Kapitel 1

Das Kapitel 1 zielt auf die politische Urteilsbildung der Lernenden.

Das Raster zur kategorialen Urteilsbildung auf Seite 23 visualisiert die im Kapitel enthaltene Multiperspektivität (Kontroversität) sowie die Kategorien Legitimität und Effizienz und dient als Grundlage der Urteilsbildung der SuS. Vertiefende Informationen zur kategorialen UB und zu deren Einsatz im Unterricht finden Sie im Schülerband auf den Seiten 19, 20–22, 64.

Da Urteilskompetenz nur im Diskurs mit anderen anzubahnen ist, sollten Sie in Ihrem Unterricht im Sinne der Handlungsorientierung Zeit für eine (rollengebundene) Diskussion einplanen. Diese kann arbeitsteilig (Vgl. Schülerband S. 19) vorbereitet werden und ist allein auch auf Grundlage der Basistexte durchführbar. Sollten Sie arbeitsteilig vorgehen wollen, so wäre es sinnvoll, vor Durchführung der Podiumsdiskussion eine Vorstellung der jeweiligen Argumente durch die entsprechenden Gruppen einzuplanen, um eine reine Reproduktion der Argumente in der Diskussion zu vermeiden. Ebenso ist die Anfertigung von Rollenkarten hilfreich.

Die Urteilsbildung im Rahmen einer handlungsorientierten Methode ist ein Kernstück dieses Kapitels. Die weiteren Aufgaben zu den jeweiligen Abschnitten dienen deren Vor- oder Nachbereitung. So ist es denkbar, die Aufgaben zum sozialwissenschaftlichen Theoriebezug (AFB II, vornehmlich Schulung der Bearbeitungsform „Analyse“) bereits im Vorfeld der Diskussion zu bearbeiten, ebenso können diese aber auch im Anschluss an die Diskussion zur Vertiefung und Auswertung der Argumente bearbeitet werden.

Die finale Urteilsbildung der SuS (AFB III, Schulung der Bearbeitungsform „Erörterung“) könnten Sie beispielsweise über eine Positionslinie (SB S. 124) anstoßen. Grundlage für die Argumentation der SuS sollten die erarbeiteten Felder des Urteilsrasters sein. (SB S. 23) Die SuS erlernen in diesem Zusammenhang, dass Sie für ein politisches Urteil Schwerpunkte setzen müssen, und sie sollten in der Lage sein, die aus ihrem Urteil resultierenden Folgen für andere Gruppen (Zumutungen) zu erkennen. Am Ende der Reihe sollte die Frage der Verallgemeinerung der jeweiligen Urteile stehen.

Das Material lässt je nach Zeitbudget, Interessen des Kurses und Abiturvorgaben eine mehr orientierende oder eine vertiefende Bearbeitung zu. Als Basis- und Vertiefungstexte werden für die einzelnen Abschnitte des Kapitels folgende Materialien vorgeschlagen.

Kapitel	Basismaterial	Vertiefungsmaterial
1.2.	M 3, 4, 6	M 5
1.3.	M 7–12	M 13–16
	In Abschnitt 1.3. können Grundlagentexte und Vertiefungstexte ggf. arbeitsteilig erarbeitet werden. Die an der rollengebundenen Podiumsdiskussion teilnehmenden SuS müssten dann die Grundlagentexte vertieft erarbeiten. Die Beobachter dieser Gruppe sollten die Vertiefungstexte erarbeiten, um den empirischen Gehalt der Aussagen Riverbends in der Diskussion belegen zu können.	
1.4.	M 19, 23	M 17, 18, 20, 21, 22
1.5.	M 24	M 25, 26

Verschiedene Sichtweisen				
Urteilsmaßstab	Entscheider	Direkt Betroffene + Kritiker	Ausgewählte Kritiker	System der int. Friedenssicherung
Effizienz	<p>Bush Administration</p> <ul style="list-style-type: none"> Die neue Politik der USA (NSS) hat weitere Anschläge nach 9/11 verhindert. Die Anwendung „jeglicher Mittel“ liefert die Informationen, von denen die Sicherheit des Landes und das Leben der Bürger abhängen. Der Schutz der Bürger wird durch die harte Arbeit von Militär, Politik, Nachrichtendiensten und Strafvollzug sichergestellt. Saddams Verhaftung ist Beleg dafür, dass der Kampf gegen den Terror funktioniert. Sie wirkt sich kurzfristig machterhaltend und machtheimerdend aus. Die geheimen Befragungen von Feinden in Guantanamo und Abu Ghraib haben Unschuldigen das Leben gerettet und weitere Anschläge auf der ganzen Welt verhindert. 	<p>Persönliche Sichtweise (Riverbend)</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Sicherheitslage und die Lebensbedingungen (Infrastruktur) im Irak haben sich dramatisch verschlechtert. Insbesondere gilt dies für Frauen. Der Krieg gegen den Terror produziert Terrorismus. Terroristen sind eingewandert und profitieren von dem Chaos und der Unordnung, so dass Anschläge an der Tagesordnung sind. Wachsender Fundamentalismus. Besatzung führte zu hoher Arbeitslosigkeit. Skandal in Abu Ghraib erzürnt die Bevölkerung des Irak. Das, was der „Krieg gegen den Terror“ selbst hervorbrachte, rief er im Irak Verstöße gegen die Menschenrechte, Leben in Angst, Verzweiflung. 	<p>Ausgewählte Kritiker</p> <ul style="list-style-type: none"> Die angewendeten Strategien passen nicht zu den angestrebten Zielen. Die USA errichten mit ihrer Außenpolitik ein „Imperium der Angst“. Die USA wird zum weltweit gefürchteten Kriegsherrn. Unilaterales Vorgehen ist in einer interdependenten Welt wenig Erfolg versprechend. Sicherheit kann nicht durch Einschüchterung erreicht werden. Terroristen sind nur sehr schwer auffindbar, nur schwer als Feinde zu identifizieren, daraus folgt: <ul style="list-style-type: none"> Militärische Macht kann den Terrorismus nicht besiegen. Globalen Problemen (Terrorismus) kann nur im Rahmen internationaler Kooperation begegnet werden. Die Angst des Imperiums erzeugt ein Imperium der Angst, das weder Sicherheit noch Freiheit schafft. Demokratien können keine langen, blutigen Kriege durchhalten. 	<p>System der int. Friedenssicherung</p> <p>UNO</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Staatengemeinschaft konnte den völkerrechtswidrigen Einmarsch der USA in den Irak nicht aufhalten. Die kollektiven Mechanismen der UN sind insofern schwach. Das unilaterale, präemptive Vorgehen der USA entwertet das internationale System der Konfliktregelung und somit die UNO. Die Effizienz der UNO hängt von der Kooperationsbereitschaft aller ab. Die Zusammensetzung im Sicherheitsrats entspricht nicht der geopolitischen Wirklichkeit. Entscheidungen im Sicherheitsrat können leicht blockiert werden. Ohne eine weltweit anerkannte Definition von Terrorismus ist der Kampf gegen Terrorismus nicht möglich. Menschen müssen davon abgebracht werden, sich dem Terrorismus zuzuwenden.
Legitimität	<ul style="list-style-type: none"> Die Nationale Sicherheit steht über den Vorgaben der Genfer-Konvention und den Erwartungen des UN-Sonderberichterstatters. Angesichts der neuen Bedrohungslage sind „jegliche Mittel“ der Selbstverteidigung legitim. Die nationale Stärke der USA legitimiert eine Vormachtstellung im gemeinsamen Kampf gegen den internationalen Terrorismus, für Freiheit und Menschenrechte. Die politische und die wirtschaftliche Freiheit, sowie Menschenrechte müssen verteidigt werden, um Wohlstand und Fortschritt aufrecht zu erhalten und (weltweit) zu verbreiten. Die amerikanische Regierung hat die Pflicht, ihre Bürger zu schützen. Diese Pflicht zu vernachlässigen wäre nicht legitim. Die Politik der USA gründet auf der Kenntnis der „universellen Wahrheit“. 	<p>Direkt Betroffene + Kritiker</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Behauptung der Existenz von Massenvernichtungswaffen erwies sich als Lüge. Der Besatzung fallen u.a. unschuldige Zivilisten (auch Kinder) zum Opfer. Amerikaner verhaften willkürlich, insofern unterscheiden sie sich nicht vom alten Regime Saddam Husseins. Verhaftete verschwinden teilweise spurlos. Verhaftete werden gefoltert. In AG wurden die Gefangenen misshandelt, teilweise vergewaltigt. Keine Rechtsstaatlichkeit. Keine Garantie der Menschenrechte. Die Zivilbevölkerung leidet unter der Besatzung. Fazit: Die USA handeln im Irak gegen ihre eigenen Werte, verbreiten Terror. 	<p>Ausgewählte Kritiker</p> <ul style="list-style-type: none"> Demokratische Werte sind nicht mit der Strategie der Präemption zu vereinbaren. Die USA verstoßen gegen ihre eigenen Werte, das Völkerrecht und die Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit. Internationale Erregungenschaften (z.B. Völkerrecht, Intern. Abkommen) allein sind legitime Mittel im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Die Erzeugung von Angst (Imperium der Angst) ist nicht legitim. Besatzer verstoßen gegen die Genfer Konvention und gegen das Folterverbot. 	<p>System der int. Friedenssicherung</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Menschenrechte dürfen im Kampf gegen den internationalen Terrorismus nicht verletzt werden. Der Sicherheitsrat ist dann legitim, wenn er die tatsächlichen Machtverhältnisse der Welt von heute repräsentiert, was Reformen notwendig macht. Resolution 1368 legitimierte das Selbstverteidigungsrecht gegen nichtstaatliche Akteure, jedoch nicht den Einmarsch in den Irak Trotz ihrer Nichtbeachtung durch die USA blieb die UN-Charta die zentrale Bezugsnorm, auf deren Grundlage Kritiker weltweit den Einmarsch in den Irak verurteilten. Zivilisten dürfen im Kampf gegen den Terror nicht zu Schaden kommen.

1. Aufgabe

Wertbezug	Plädoyer für Menschenrechte, wirtschaftliche und politische Freiheit	Z. 5–14 Z. 119–125
	Gültigkeit: Feststellung der absoluten Allgemeingültigkeit der o.a. Werte überall auf der Welt.	Z. 14–15
	Forderung: Es bestehe für alle freiheitsliebenden Menschen überall auf der Welt die Pflicht, die o.a. Werte gegen Feinde zu verteidigen.	Z. 16–20
Ziele der Bush-Administration	Verteidigung des Friedens gegen Terroristen und Tyrannen „Die Welt sicherer und besser zu machen“	Z. 34–36 Z. 117–119
	Herstellung politischer und wirtschaftlicher Freiheit, Frieden, Achtung der Menschenwürde	Z. 119–125
	Schaffung von Sicherheit	Z. 32–34
	Herstellung von Frieden durch Förderung freier und offener Gesellschaften auf jedem Kontinent (Demokratieexport)	Z. 38–40
	Wichtigste Aufgabe der Regierung: Verteidigung der Nation angesichts neuer Bedrohungslagen, bzw. terroristischer Bedrohung	Z. 41–43 Z. 43–53 Vgl. M 23
Mittel	Anwendung „jeglicher“ Mittel	Z. 54–60 Vgl. M 32
	Länder, die dem Terrorismus Vorschub leisten, würden „zur Rechenschaft“ gezogen.	Z. 65–68
	Die USA besitzen die Definitionsmacht zu entscheiden, welche Länder „zur Rechenschaft“ zu ziehen sind. Indirekter Bezug zum „Unilateralismus“	Vgl. M 29
	Verhinderung von Terrorismus, bevor er „übermächtig“ wird Indirekter Bezug zur „Präemption“.	Z. 70–75 Z. 87–92 Vgl. M 30
	Offener Bezug zu „Multilateralismus“, allerdings als „Kann-Formulierung“	Z. 102–107 Z. 112–117 Vgl. M 29
	Führungsanspruch der USA	Z. 112 Z. 70–71

2. Aufgabe

Das Interview dient der Reproduktion der Inhalte der NSS. Es sollte in wechselnden Rollen geführt werden. Schüler mit guten Vorkenntnissen könnten Sie auf den vermeintlichen inneren Widerspruch zwischen den Wertbezügen (Menschenrechte etc.) und den Mitteln (jegliche Mittel, vgl. **M 32**) hinweisen, um daraus kritischere Fragen zu erstellen.

3. Aufgabe (Schulung der Bearbeitungsform „Analyse“)

Verhinderung von Terrorismus, bevor er „übermächtig“ wird
Indirekter Bezug zur „Präemption“.

Z. 70-75
Z. 87-92

In Zeile 87–92 wird deutlich, dass die Annahme einer aufkommenden Bedrohung als Legitimation für militärisches Handeln (Präemption) aus Sicht Bushs ausreicht, schließlich diene das vorbeugende militärische Handeln der Selbstverteidigung der USA, welche ja ausdrücklich über das Völkerrecht gedeckt ist. Entscheidend ist, dass der Fall der Selbstverteidigung von den USA selbst, nicht von der Internationalen Gemeinschaft definiert wird. Dies widerspricht dem ausschließlichen Recht des UN-Sicherheitsrates, eine „Bedrohung oder einen Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung“ festzustellen (Art. 39, UN-Charta). Insofern wird die Präventivklausel der UN-Charta (Artikel 51) in der NSS unilateral erweitert. Als Begründung fungiert die angeblich neue Bedrohungslage. Im Fall des Irak bedeutete dies die faktische Entwertung des Völkerrechts, einzig auf der Grundlage der behaupteten (nachweislich falschen) aufkommenden Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins.

Die Aufnahme der Präemption in die NSS entspricht insofern einem Paradigmenwechsel in der internationalen Politik, welcher die Funktion der UNO als gestaltende Institution internationaler Beziehungen hochgradig in Frage stellt. Der bislang gültige Unterschied zwischen Präemption und Prävention wird angesichts neuer Bedrohungsformen (internationaler Terrorismus) und unkonventioneller Kampfmethoden ohne Vorwarnzeiten, auf diese Weise verwischt. (Vgl. **M 18**)

4. Aufgabe (Schulung der Bearbeitungsform „Analyse“)

Länder, die dem Terrorismus Vorschub leisten, würden „zur Rechenschaft“ gezogen. Die USA besitzen die Definitionsmacht zu entscheiden, welche Länder „zur Rechenschaft“ zu ziehen sind. Indirekter Bezug zum „Unilateralismus“	Z. 65 – 68
Offener Bezug zu „Multilateralismus“, allerdings als „Kann-Formulierung“	Z. 102 – 107 Z. 112 – 117
Wichtigste Aufgabe der Regierung: Verteidigung der Nation angesichts neuer Bedrohungslagen, bzw. terroristischer Bedrohung. Die Betonung der „Selbstverteidigung“ suggeriert Präemption als multilaterales, legales Vorgehen auf Grundlage des Artikels 52 der UN-Charta. Die Betonung der Definitionsmacht auf Seiten der USA (Z. 65 – 68) weisen auf den deutlichen Bezug zum Unilateralismus hin. Insofern handelt es sich in Z.102 – 107, 112 – 117 um ein scheinbares multilaterales Handeln. Vorrangig bleiben amerikanische Interessen.	Z. 41 – 43 Z. 43 – 53

5. Aufgabe

Idealismus (M 34)		
Wertbezug NSS	Plädoyer für Menschenrechte, wirtschaftliche + politische Freiheit „Die Welt sicherer und besser zu machen“	Z. 5 – 14 Z. 119 – 125 Z. 117 – 119
Menschenbild Idealismus	Der Mensch ist von Natur aus vernunftbegabt; er orientiert sein Handeln an vernunftbegründeten und deshalb für ihn einsehbaren Normen oder Idealen, die sein Handeln auf den Fortschritt zum Besseren verpflichten.	
Realismus (M 34)		
Ziele der Bush-Administration NSS	Verteidigung des Friedens gegen Terroristen und Tyrannen Schaffung von Sicherheit	Z. 34 – 36 Z. 32 – 34
	Wichtigste Aufgabe der Regierung: Verteidigung der Nation angesichts neuer Bedrohungslagen, bzw. terroristischer Bedrohung	Z. 41 – 43 Z. 43 – 53
Handlungsziele Realismus	Sicherung der staatlichen Eigenentwicklung und Durchsetzung des Nationalinteresses in einer dem Grunde nach feindlichen Umwelt; Stabilisierung des internationalen Staatensystems	
Mittel NSS	Anwendung „jeglicher“ Mittel	Z. 54 – 60
	Länder, die dem Terrorismus Vorschub leisten, würden „zur Rechenschaft“ gezogen.	Z. 65 – 68
	Die USA besitzen die Definitionsmacht zu entscheiden, welche Länder „zur Rechenschaft“ zu ziehen sind. Indirekter Bezug zum „Unilateralismus“	
	Verhinderung von Terrorismus, bevor er „übermächtig“ wird. Indirekter Bezug zur „Präemption“	Z. 70 – 75 Z. 87 – 92
	Offener Bezug zu „Multilateralismus“, allerdings als „Kann-Formulierung“.	Z. 102 – 107 Z. 112 – 117
	Führungsanspruch der USA	Z. 112 Z. 70 – 71
Typische Mittel zur Verwirklichung der Ziele Realismus	<ul style="list-style-type: none"> – Erwerb, Erhalt, Vermehrung, Demonstration von Macht – Sicherheits-, Bündnis- und Gleichgewichtspolitik – Notfalls militärische Selbsthilfe oder Gewaltanwendung 	

Fazit:

Der Wertbezug der NSS ist eher dem Idealismus, militärische Ziele und Mittel sind eher dem Realismus zuzuordnen. (Vgl. M 17)

6. Aufgabe

Vertreten Sie die Strategie des „Krieges gegen den Terror“ der Bush-Administration im Rahmen einer rollengebundenen Podiumsdiskussion.

7. Aufgabe

Insbesondere die in Aufgabe 1 erarbeiteten „Mittel“ sowie das vorrangige militärische Ziel der „Selbstverteidigung“ (Z. 41–53) der in der NSS dargelegten Politik sind der „Realistischen Prämisse“ zuzuordnen.

Die Staaten sind die einzigen bedeutenden Akteure der internationalen Beziehungen. Zu erforschen sind daher ihre Motive und Verhaltensweisen – oder genauer: die Motive und Verhaltensweisen der sie nach außen vertretenden politischen Entscheidungsträger.	
Die NSS bündelt die Motive und Verhaltensweisen der Bush-Administration	
Internationale Beziehungen sind das Ergebnis einzelstaatlicher außenpolitischer Aktionen, die das Ziel der Erhaltung der in Kategorien militärischer Macht sowie territorialer und/oder weltanschaulicher Herrschaft definierten nationalen Sicherheit (sog. „high politics“) verfolgen. Andere Ziele werden als „low politics“ definiert und belegen im Ziel- und Wertinventar der Staaten einen nachrangigen Stellenwert.	
Offener Bezug zu „ Multilateralismus “, allerdings als „Kann-Formulierung“. Multilaterale Bündnisse als „low-politics“.	Z. 102–107 Z. 112–117 Vergl. M 29
Wichtigste Aufgabe der Regierung: Verteidigung der Nation angesichts neuer Bedrohungslagen, bzw. terroristischer Bedrohung: „High politics“	Z. 41–43 Z. 43–53
Die internationalen Beziehungen sind ein Nullsummenspiel; der Gewinn eines Akteurs im internationalen System geht zu Lasten eines/mehrerer/aller anderen Mitspieler. Der Austragungsmodus des Spiels ist der Konflikt; (militärische) Gewalt dient latent oder offen als Konfliktentscheidungsmittel.	
Anwendung „jeglicher“ Mittel	Z. 54–60 Vergl. M 32
Länder, die dem Terrorismus Vorschub leisten, würden „zur Rechenschaft“ gezogen.	Z. 65–68
Die USA besitzen die Definitionsmacht zu entscheiden, welche Länder „zur Rechenschaft“ zu ziehen sind. Indirekter Bezug zum „ Unilateralismus “	
Verhinderung von Terrorismus, bevor er „übermächtig“ wird Indirekter Bezug zur „ Präemption “.	Z. 70–75 Z. 87–92 Vergl. M 30
Internationaler Einfluss resultiert aus dem Einsatz von oder der Drohung mit dem Einsatz von Macht, definiert als aktuelle oder potentielle militärische und/oder wirtschaftliche Handlungsbefähigung.	
Führungsanspruch der USA	Z. 112 Z. 70–71

1. Aufgabe

Die „veränderte Politik“ (Z. 35 ff.) und die Ermittlungstätigkeit von Militär und Nachrichtendiensten waren laut Bush insofern effizient, als es keine wiederholten Anschläge seit September 2001 in den USA gegeben hat. Kurzfristig war die Strategie des „Krieges gegen den Terror“ angesichts der Festnahme Saddam Husseins 2003 erfolgreich, zumal diese die Umfragewerte des Präsidenten positiv beeinflusste.

2. Aufgabe (Schulung der Bearbeitungsform „Analyse“)

Die bereits in der NSS angedeutete Anwendung „jeglicher Mittel“ wird in **M 4** konkretisiert.

Der Umgang mit den Häftlingen in Guantanamo entspricht in keiner Weise der Genfer Konvention. (Weitere Details vgl. **M 20**) Das Folterverbot wird umgangen, bzw. missachtet.

Die Anwendung „jeglicher Mittel“ (**M 3**, Z. 54–60) wird mit der neuen Bedrohungslage (**M 4**, Z. 40 ff.) gerechtfertigt, in der der Terrorist die „wichtigste Informationsquelle“ sei. Es müsse garantiert sein, dass die Feinde nicht auf das Schlachtfeld zurückkehren. (**M 4**, Z. 65 ff.) Die Gefährlichkeit der Terroristen (Z. 100 ff.) rechtfertige deren dauerhafte Inhaftierung zum Schutz der amerikanischen Bürger. (Z. 95 ff.) „Die Sicherheit unseres Landes und das Leben unserer Bürger hängen von unserer Fähigkeit ab herauszufinden, was diese Terroristen wissen.“ (Z. 103–106) Mit diesem unscheinbaren Satz rechtfertigt Bush die in **M 32** konkretisierten Verhörmethoden, die sowohl der Genfer Konvention (**M 31**) als auch der Anti-Folterkonvention (**M 31**) widersprechen. Er rechtfertigt die gewählten Mittel mit der zu erwartenden Effizienz im „Krieg gegen den Terror“. Gleichwohl widerspricht diese Strategie dem in der NSS dargelegten Wertbezug. (**M 3**, Z. 5–14, 119–125)

S. 35, A1–3

1. Aufgabe

Kagan beschreibt die nationale Identität der USA (Z. 43) in deutlicher, teilweise ironischer Abgrenzung zum seiner Meinung nach verklärten, „mythischen“ (Z. 68) Bild der USA in Europa, welches er im Grunde für unangemessen hält. (Z. 76, 77) Gleichwohl räumt er ein, dass dieses USA-Bild der Europäer auch dem eigenen „idealisierten“ (Z. 87) „Gründungsmythos“ (Z. 88) der USA selbst entspricht, welchen er mit weltpolitischer Passivität und dem Ziel der „Vervollkommung“ (Z. 83) der eigenen Gesellschaft und Kultur umschreibt.

In den Zeilen 100 ff. grenzt Kagan die US-amerikanische nationale Identität (Z. 128), die er bewusst als ideologisch bezeichnet (Z. 130), vom eigenen Gründungsmythos sowie vom romantisch-verklärten Fremdbild der USA in Europa ab.

Dem verklärten USA-Bild setzt er historische Beispiele für interessegeleitetes Handeln und Einschluss von Gewaltanwendung entgegen. (Beispiel „Expansion als Schicksal“, Z. 100 ff., 164 ff.) Insbesondere der absolute Wahrheitsanspruch der Amerikaner, das „Wesen der Menschheit“ (Z. 134) betreffend, ist gemäß Kagan das Fundament der nationalen Identität der USA, und die Amerikaner hätten diese „Wahrheit zur herrschenden Lehre“ (Z. 139) gemacht und versucht, diese in die Praxis umzusetzen. Hierin spiegelt sich eine deutliche Verknüpfung zu den in der NSS genannten Wertbezügen, Zielen und Mitteln. (Vgl. Lösungsskizze Aufg. 1, SB Seite 29) und dem damit verbundenen Sendungsbewusstsein. (Vgl. **M 3**, /S. 63–70) Gleiches gilt für Kagens Erläuterungen im Hinblick auf den Veränderungswillen der USA. (Z. 211 f.) und für seine Erläuterungen zur „Demokratischen Republik“ als der einzigen „legitimen“ (Z. 220) Regierungs-

form. Indirekt können diese Ausführungen so verstanden werden, dass, wenn die USA die Macht dazu hätten, ein demokratischer Wechsel (im Ausland) unbedingt herbeigeführt werden müsse. (Vgl. **M3**, Z. 117 ff.) Dies muss laut Kagan, wenn nötig, auch gegen die internationale Gemeinschaft erfolgen. (Z. 249 ff.) In den Zeilen 274–287 bringt Kagan das (seiner Meinung nach) der US-amerikanischen nationalen Identität inhärente Sendungsbewusstsein in Sachen Demokratieexport direkt zum Ausdruck, wenn er schreibt, die Stärke Amerikas liege in jedermanns Interesse. (Z. 285).

Final legitimierte Kagan – in seiner Argumentation folgerichtig – den Einsatz von Gewalt. „Denn wenn der Gewalteininsatz um der Vereinigten Staaten willen erfolgt, und um der Prinzipien willen, die die Vereinigten Staaten verkörpern, dann ist er eine gute Sache.“ (Z. 294 ff.) Mit anderen Worten: Die „gute Sache“ rechtfertigt den Gewalteininsatz. Amerika ist im Besitz der univervellen Wahrheit. Demzufolge kämpft Amerika für die gute Sache. Folglich ist die Gewaltanwendung legitimiert.

Scheinbar in sich konsistent, wird diese Argumentationskette dann zu einem Problem, wenn der jeweils auserkorene Gegner ebenso vor dem Hintergrund der Prämisse argumentiert, er sei im Besitz der univervellen Wahrheit, folglich sei Gewaltanwendung legitimiert. Es bleibt den jeweiligen Kontrahenten dann nur noch die Möglichkeit, sich jeweils als „gut“, den anderen jeweils als „böse“ zu kennzeichnen. Mittels der Definitionsmacht des Gewaltanwenders darüber, was die gute Sache sei, wird das Recht des Stärkeren legitimiert, und es wird ein Zustand herbeigeführt, der über die Gründung der Vereinten Nationen nach 1945 gebändigt werden sollte. Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen sollte deutlich werden, wie wichtig die Forderung des ehemaligen Generalsekretärs der UN Kofi Annan nach einer international anerkannten finalen Definition von Terrorismus ist. (**M25**, Z. 55 ff.)

2. und 3. Aufgabe

Vgl. Lösungsmatrix zu S. 23 Schülerbuch (s. o.)

1. Aufgabe

Riverbend lehnt den Krieg gegen den Terror ab. Im Schlusswort wird deutlich, dass ihrer Auffassung nach der „Krieg gegen den Terror“ das hervorruft, was durch ihn selbst bekämpft werden soll: Zerstörung, Unsicherheit, Willkürherrschaft, Verstöße gegen die Menschenrechte, ein Leben in Angst.

Sie führt u. a. folgende Argumente an:

M7 Frauen	Frauen können nur in männlicher Begleitung auf die Straße. Religiöser Fundamentalismus wächst. Westliche Kleidung provoziert Beschimpfungen, ggf. Säureattacken Frauen müssen die UNI verlassen, verlieren den Arbeitsplatz.
M8 Fehlentscheidung	Auflösung von Armee, Informationsministerium und Verteidigungsministerium führte zu hoher Arbeitslosigkeit.
M9 Krieg gegen Terror	Die Behauptung der Existenz von Massenvernichtungswaffen erwies sich als Lüge. Verschlechterte Sicherheitslage: Der Besatzung fallen Zivilisten (Kinder) zum Opfer. Die Anschläge in Madrid konnten nicht verhindert werden. Unschuldige werden verhaftet. Schlechte Infrastruktur: Abwasser steht in Straßen. In Krankenhäusern fehlen Medikamente. Auch nach einem Jahr gibt es nur mit Unterbrechungen Strom. Krieg gegen Terror stärkt Terrorismus. Terroristen sind während der Besatzung „eingewandert“.
M10 Wiederaufbau	Irakische Firmen werden beim Wiederaufbau übergangen. Am Wiederaufbau verdienen amerikanische Firmen.
M11 Abu-Ghraib	Amerikaner verhaften willkürlich (sogar 13-Jährige), insofern unterscheiden Sie sich nicht vom alten Regime Saddam Husseins. Verhaftete verschwinden teilweise spurlos. Verhaftete werden gefoltert. In AG wurden Gefangene misshandelt, teilweise vergewaltigt. Es gibt keine Anklage, keine Information für Angehörige, kein öffentliches Verfahren, d.h. keine Rechtsstaatlichkeit, keine Garantie der Menschenrechte. Verdachtsmomente reichen für eine Verhaftung aus. Skandal in AG erzürnt die Bevölkerung des Irak.

2. und 3. Aufgabe

Vgl. Lösungsmatrix zu S.23 Schülerbuch (s. o.)

1. Aufgabe

Die Informationen aus **M 13–16** belegen die Richtigkeit der Behauptungen Riverbends. Es wird deutlich, dass es sich in Bezug auf die geschilderten Vorfälle nicht um Einzelfälle handelt.

2. Aufgabe

Vgl. Lösungsmatrix zu S.23 Schülerbuch (s. o.)

S.55, A1–6**1. Aufgabe****1a) Aufgabe**

Barber lehnt den Krieg gegen den Terror als überholte und ineffiziente Strategie ab. (Z.90). Er stellt zwei zentrale Fragen, deren Beantwortung hier mittels einer Zusammenstellung relevanter Textstellen skizziert werden soll. Dabei stellt Barber zwar in Bezug auf die erste Frage den Widerspruch zwischen Wertbezügen und Mitteln fest, bleibt die Antwort auf seine erste aufgeworfene Frage aber schuldig.

1. Frage Können die USA Präventivkriege führen und gleichzeitig demokratischen Werten treu bleiben?	Z. 50 ff.
Obwohl die Vereinigten Staaten der Inbegriff der demokratischen Gesellschaft sind, handeln sie außenpolitisch oft mit einer plutokratischen Geringschätzung für die Anforderungen einer gerechten Weltordnung.	Z. 133–140
In ihrer Reaktion auf globale Gesetzlosigkeit sind sie hin und her geschwankt zwischen der Anrufung des Völkerrechts und seiner Missachtung, zwischen der Hinwendung zu internationalen Institutionen und deren trotziger Zurückweisung.	Z. 96–102
Militärische Aktionen können Demokratisierungsprozesse nicht anstoßen.	Z. 85 ff.
2. Frage Können die neuen Strategien (NSS) einen wirksamen Schutz vor Terrorismus bieten? oder: Ist Angst der beste Verbündete der USA?	Z. 55 ff. Z. 65 ff.
Strategie der USA ist überholt.	Z. 90
Kriegerische Aktionen der USA bewirken Angst.	Z. 28
Leuchtturm der Demokratie wird zum gefürchteten Kriegsherrn.	Z. 45
Auf der Suche nach einer sichereren Welt haben überholte militärische Strategien unsere kollektive Sicherheit systematisch untergraben.	Z. 94–96
Von der HIV-Epidemie bis zur globalen Klimaerwärmung, von marktbeherrschenden globalen Medienkonzernen bis zu internationalen Verbrechersyndikaten verlangt jedes Problem der im Entstehen begriffenen interdependenten Welt von Amerika, sich nach außen zu orientieren.	Z. 118–125
„Sie haben für sich das Recht auf unilaterales Vorgehen, präventive Kriegführung und gewaltsamen Regimewechsel in Anspruch genommen und damit gegen die Grundsätze der internationalen Zusammenarbeit und des Völkerrechts verstoßen, an deren Erarbeitung sie einst federführend beteiligt waren.“	Z. 103–109

Allein diese internationalen Errungenschaften (völkerrechtliche Grundsätze) sind in der Lage, gegen terroristische Anarchie zu obsiegen.	Z. 109–111
Präsident Bushs Krieg gegen den Terrorismus mag gerecht sein oder nicht, mag mit amerikanischen Werten übereinstimmen oder nicht – der wesentliche Punkt ist, dass dieser Krieg in der Art und Weise, wie er geführt wird, ungeachtet seiner militärischen Erfolge, den Terrorismus nicht besiegen kann.	Z. 110–118
Die Angst des Imperiums erzeugt ein Imperium der Angst, das weder Freiheit noch Sicherheit fördert.	Z. 167–169

1b) Aufgabe (Materialbezogene Vertiefung)

Czempiel (M17) unterstreicht die Definitionsmacht der USA in Bezug auf die Diagnose der Gefährdung durch den Terrorismus. Kritisch sieht er, dass der Verdacht ausreiche (Z. 22) und dass derjenige, der Widerstand leiste, als „Terrorist“ bezeichnet würde. (Z. 25) Damit spielt er auf unschuldig Verhaftete in Abu-Ghraib und Guantanamo an. (In Bezug auf die zitierte neokonservative Strategie vgl. M5.)

Neu (M18) erläutert den seiner Meinung nach scheinbaren Multilateralismus der NSS (Z. 37) und argumentiert, mittels der neuen amerikanischen Politik stehe das „internationale Rechtssystem zur Disposition“ (Z. 19, 20), es werde gleichwohl durch eine US-amerikanische „Weltordnungspolitik“ abgelöst. (Z. 75 ff.) Er kritisiert die mit dieser Politik (Krieg gegen den Terror) einhergehende Abwertung des Systems der internationalen Konfliktregelung. (Z. 62. ff.)

Nowak (M20) wirft den USA mangelnde Kooperationsbereitschaft in Bezug auf die Klärung von Vorwürfen von Menschenrechtsverletzungen in Guantanamo vor. (Z. 8–23, 40 ff.) Indirekt wirft er ihnen somit vor, die Einlösung der Ziele, die sie für sich selbst reklamieren (Kampf für Menschenrechte, Freiheit, Demokratie) zu behindern. Im Verweis auf China wirft Nowak den USA vor, dass sie gegen eigene Forderungen verstießen. (Z. 50 ff.) In Z. 65–105 listet Nowak die Menschenrechtsverletzungen der USA auf. Insbesondere wirft Nowak den USA deren Haltung vor, Menschenrechtsverträge seien auf den „Krieg gegen den Terror“ nicht anwendbar. (Z. 120 ff.)

2. Aufgabe (Schulung der Bearbeitungsform „Analyse“)

Czempiel und Nowak werben dezidiert für die Anerkennung des internationalen Völkerrechts, indem sie allesamt den USA dessen Missachtung vorwerfen

Barbers Bezüge zum Idealismus sind in der Lösungsskizze zu Aufgabe 1 a kursiv markiert. Sie entsprechen u.a. folgenden Feldern in M34. Barber wirbt dezidiert für eine Änderung der damaligen amerikanischen Außenpolitik hin zu einem dem Völkerrecht verpflichteten Multilateralismus. Angesichts globaler Problemlagen in einer interdependenten Welt hätten sich die USA der Weltgemeinschaft zu öffnen, statt über Drohungen und militärische Interventionen ein Imperium der Angst zu errichten.

Erkenntnisinteresse	Bewahrung des Weltfriedens durch Überwindung der Staatenkonkurrenz zugunsten einer internationalistisch-kosmopolitischen Weltgesellschaft
Handlungsziele	Herstellung einer internationalen Friedensordnung
Handlungsmilieu	Universales Weltgemeinwesen Strukturprinzip: horizontale Schichtung

Mittel zur Verwirklichung der Ziele	<ul style="list-style-type: none"> – Aufklärung über gemeinsame Interessen – Erziehung zu normgerechtem Handeln – Demokratisierung autokratischer Herrschaftsgebilde – Förderung der kollektiven Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit (Kooperation) – Spinnwebnetzartige Vermaschung internationaler Organisationen im Weltmaßstab
-------------------------------------	--

3. bis 6. Aufgabe

Vgl. Lösungsmatrix zu S. 23 Schülerbuch (s. o.)

S. 59, A1-3

1. Aufgabe

Warum gelingt es den besten Streitkräften der Welt nicht, sich gegen Hisbollah, „al-Qaida“ und andere Dschihadisten durchzusetzen?	Z. 1
Besonderheit des Besatzung im Irak: Der Feind ist von Zivilisten nicht zu unterscheiden.	Z. 55
Insofern ist in diesem Fall eine effiziente Kriegsführung auch mit modernsten Waffen nicht möglich.	
moralisch-rechtliche Asymmetrie	Z. 97, 104
El-Kaida, sunnitische und schiitische Todesschwadronen haben absolut keine Hemmungen, Zivilisten umzubringen; dies ist integraler Bestandteil ihrer Strategie. Dagegen hadern westliche Staaten mit sich und anderen, wenn Zivilisten getroffen werden.	Z. 97 – 103
Zivile Opfer rufen in einer Demokratie die Frage nach der Legitimität des Einsatzes hervor, während Terroristen zivile Opfer einkalkulieren oder sogar instrumentalisieren. (Vgl. M 21)	
Solange ihre existenzielle Sicherheit nicht gefährdet ist, lassen sich Demokratien nur auf kurze, unblutige und siegreiche Kriege ein – wie etwa 2003 auf den dreiwöchigen Feldzug im Irak oder 2001 auf den Dreimonatekrieg gegen die Taliban in Afghanistan. Sie werden aber regelmäßig der Sache überdrüssig, wenn sich der Kampf als lang, blutig und unentschieden erweist. Die Aufständischen wissen das. Sie werden immer da sein, die Besatzer nicht. Es ist ihr Land, während deren Heimat Tausende von Kilometern weit entfernt liegt. Warum sollten sich Iraker auf die Seite ihrer Regierung oder der USA schlagen, wenn beide übermorgen nicht mehr da sind?	Z. 120 – 134
Legitimität: Ein lang andauernder Krieg mit hohen Verlusten fände im Heimatland keine Akzeptanz in der Bevölkerung. (Vgl. M 22)	
Was daraus für Interventionskriege folgt? Mann für Mann kann der Westen wahrscheinlich jeden Krieg gewinnen – aber nur gegen andere Armeen. Bomben demolieren Gebäude, errichten aber keine politische Ordnung.	Z. 177 – 184
Fazit: Eine effiziente Terrorbekämpfung mit rein militärischen Mitteln ist nach Joffe nicht möglich.	

Effizienz

Legitimität

2. Aufgabe

Joffes Ausführungen werden in **M21/22** belegt. **M21** hebt auf die moralisch-rechtliche Asymmetrie ab, **M22** zeigt die langfristig fallenden Zustimmungswerte Bushs im Verlauf des andauernden Irakkrieges, welche auch mit den steigenden Opferzahlen unter den amerikanischen Soldaten zusammen hängen dürften.

3. Aufgabe

individuelle Lösung durch SuS

S. 64, A1-4**1. und 2. Aufgabe**

Vgl. Lösungsmatrix zu S. 23 Schülerbuch (s. o.)

3. und 4. Aufgabe

individuelle Lösung durch SuS

2 Zukunft und Herausforderungen der Europäischen Union

- Die Textauswahl des Kapitels hat einen klaren politikwissenschaftlichen Schwerpunkt, in dem aus der Vielfalt der **europapolitischen Themen** drei **Aspekte** herausgegriffen werden:
 - Motive, Etappen und Erfolge des europäischen Einigungsprozesses, einschließlich des institutionellen Aufbaus und der EU wobei die einzigartige Mischform zwischen Staatenbund und Bundesstaat diskutiert wird.
 - Debatte um Erweiterung der EU am Beispiel der Türkei und das Problem einer europäischen Identität.
 - Diskussion um die Finalität der EU: Heterogenität und noch differenziertere Integrationskonzepte oder Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation, Vertiefung und Erweiterung ein Widerspruch? Handlungsfähigkeit der EU.
- Wirtschaftliche Themen der EU werden im Band „Wirtschaftspolitik im internationalen Rahmen“ dieser Reihe in den Kapiteln zur Geldpolitik der europäischen Zentralbank und zur außenwirtschaftlichen Abhängigkeit Deutschlands behandelt.
- Das Material lässt je nach Zeitbudget, Interessen des Kurses und Abiturvorgaben eine mehr orientierende oder eine vertiefende Bearbeitung zu.
Als Basis- und Vertiefungstexte werden für die einzelnen Abschnitte des Kapitels folgende Materialien vorgeschlagen. Je nach Schwerpunktsetzung sind aber auch andere Einteilungen möglich.

	Basismaterial	Vertiefungsmaterial (Für Zusatz-Referate geeignet, oder als Basis materialgebundener Binnendifferenzierung)
Abschnitt 2.1	M1– M4	
Abschnitt 2.2	M 5, M 6, M 7, M 8, M 9 bis Zeile 50, M10	M 9, M 11, M 12, M 13
Abschnitt 2.3	M 14, bis M 19, M 21, M 22	M 20, M 22
Abschnitt 2.4	M 24, M 25, M 26, M 27	M 28 – M 30

- Zum Themenbereich bietet es sich an, außerschulische Partner in den Unterricht mit einzubeziehen. Dazu können Vertreter der Parteien, Europaabgeordnete, Referenten der Industrie- und Handelskammer, der Gewerkschaften und Vertreter örtlicher Unternehmen eingeladen werden.

Ein interessanter Ansprechpartner ist das Europäische Jugendparlament (EJP). Es bringt seit über 20 Jahren junge Menschen aus ganz Europa zusammen. Es bietet Jugendlichen eine Plattform, Politik zu entdecken, sich mit europäischen Themen auseinanderzusetzen und Jugendliche aus ganz Europa kennenzulernen. Die folgenden Webadressen informieren über die sich bietenden Möglichkeiten:

<http://www.eyp.de/sitzungen/schule/>

Information für Lehrerinnen und Lehrer:

http://www.eyp.de/data/Flyer_Outreach_web.pdf

http://www.europarl.be/view/de/Ep_teachers/Europolis_EYP.html;jsessionid=7529301823DD397FFA37D453456424AE

- Eine Studienfahrt nach Brüssel, Luxemburg und Straßburg kann interessante Einblicke in die Arbeitsweise der Institutionen der EU geben. Über die jeweiligen Europaabgeordneten gibt es Möglichkeiten, die notwendigen Kontakte individuell herzustellen. Es gibt zahlreiche Organisationen und Unternehmen, die solche Studienfahrten planen und durchführen, z. B.

<http://www.pas-bonn.de/studienfahrten/bruessel/bruessel.html>

S. 82, A1–6

Der Abschnitt 2.1 stellt Materialien und Aufgaben für unterschiedliche Einstiegsmöglichkeiten vor.

Eine Möglichkeit wäre der Einstieg über ein Blitzlicht in Verbindung mit einem Vergleich zu repräsentativen Befragungen Jugendlicher, vgl. Aufgaben 1 und 2.

Über die Aufgabe 3 und 4 könnte ermittelt werden, wie die Einstellung zur EU nach Alter, Bildung und beruflicher Tätigkeit variiert und welche Gründe für die Unterschiede ursächlich sein können.

Die weiteren Materialien und Aufgaben sollen verdeutlichen, dass die Zustimmung zur EU im Zeitverlauf Schwankungen unterliegt und von wirtschaftlichen und politischen Ereignissen beeinflusst werden kann.

Ein stärker problemorientierter Einstieg könnte sich aus der Karikatur auf S. 78 ergeben, verbunden mit der Frage, ob die Türkei Mitglied der EU werden sollte. Es könnte dann mit dem Abschnitt 2.3 fortgefahren werden. Der Abschnitt 2.2 müsste aber auf jeden Fall folgen, weil Abituraufgaben in ihrem Darstellungsteil häufiger auf diese hier dargestellten Sachverhalte und Problemlagen zurückgreifen.

S. 96, A1–14

1. Aufgabe

Mögliche Intentionen des Karikaturisten

- EU hat sich ohne systematischen Bauplan entwickelt
- EU ist ein fragiles Gebilde in unfertigem Zustand
- Die „Architekten“ sehen häufig nur ihre nationalen Interessen

2. Aufgabe

Am positivsten wird die kulturelle Zusammenarbeit von den Befragten in der EU bewertet mit 52 %, wobei aber offen bleibt, was die Befragten unter kultureller Zusammenarbeit jeweils verstanden haben.

Am schwächsten wird die politische Einigung Europas bewertet mit 45 % negativen Voten. Überraschend ist, dass 39 % die politische Einigung eher positiv sehen. Aber auch hier ist die Frage sehr mehrdeutig formuliert.

Angesichts des freien Warenaustausches und der vielen grenzübergreifenden Unternehmensaktivitäten sowie des freien Reiseverkehrs überrascht, dass nur 42 % die wirtschaftliche Zusammenarbeit eher positiv bewerten.

3. Aufgabe

- **Friedenssicherung;** nach den beiden Weltkriegen im Herzen Europas im vorigen Jahrhundert mit Millionen von Toten, Vertreibung, Zerstörung und der Vernichtung von unwiederbringlichen Kulturgütern ist der Wunsch, solches Unglück in der Zukunft zu vermeiden und eine Versöhnung zwischen den Völkern Europas zu erreichen, die dominierende Triebkraft für den europäischen Einigungsprozess gewesen. Nicht zu unterschätzen als Motiv bei dem Einigungsprozess innerhalb Westeuropas ist auch der Kalte Krieg zwischen den beiden Blöcken mit der Grenze quer durch Deutschland gewesen.

- **Zugehörigkeit zu einer Wertegemeinschaft:**
 Sind es nur die wirtschaftlichen Interessen, die die Europäische Union zusammenhalten? In idealistischer Manier wird das zurückgewiesen und auf gemeinsame Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenrechte verwiesen, die auf die prägenden Einflüsse der abendländischen Wurzeln: Antike, Christentum und Aufklärung zurückgeführt werden.
 Das wird mit der „Berliner Erklärung“ vom 25.03.2007 bekräftigt: „Wir verwirklichen in der Europäischen Union unsere gemeinsamen Ideale: Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt. Seine Würde ist unantastbar. Seine Rechte sind unveräußerlich. Frauen und Männer sind gleichberechtigt.
 Wir streben nach Frieden und Freiheit, nach Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, nach gegenseitigem Respekt und Verantwortung, nach Wohlstand und Sicherheit, nach Toleranz und Teilhabe, Gerechtigkeit und Solidarität.
 Wir leben und wirken in der Europäischen Union auf eine einzigartige Weise zusammen. Dies drückt sich aus in dem demokratischen Miteinander von Mitgliedstaaten und europäischen Institutionen. Die Europäische Union gründet sich auf Gleichberechtigung und solidarisches Miteinander. So ermöglichen wir einen fairen Ausgleich der Interessen zwischen den Mitgliedstaaten.
 Wir wahren in der Europäischen Union die Eigenständigkeit und die vielfältigen Traditionen ihrer Mitglieder. Die offenen Grenzen und die lebendige Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Regionen bereichern uns. Viele Ziele können wir nicht einzeln, sondern nur gemeinsam erreichen. Die Europäische Union, die Mitgliedstaaten und ihre Regionen und Kommunen teilen sich die Aufgaben.“
http://eu2007.de/de/News/download_docs/Maerz/0324-RAA/German.pdf

- Es ist jedoch höchst umstritten, ob es historisch gesehen gemeinsame europäische Werte gibt. Man denke nur an die Konfessionskriege in Europa, ferner daran, dass in Teilen Europas um die Mitte des 20. Jahrhunderts die der EU als gemeinsame historische Wurzeln zugeschriebenen Werte negiert wurden, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien, Frankreich, Österreich, Rumänien, Polen, Spanien und Portugal. Außerdem wird dabei der Holocaust aus der europäischen Geschichte ausgeklammert. Länder, die nicht zu Europa gehören, wie z. B. die USA, haben Demokratie, Rechtsstaat, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität und die Menschenrechte ebenfalls als Wertbasis. Von daher wäre es wohl zutreffender von westlichen anstatt von europäischen Werten zu sprechen.

- **Steigerung des wirtschaftlichen Wohlstands:**
 Durch den gemeinsamen Binnenmarkt, infolge des Abbau von Zöllen und nationalstaatlichen Regulierungen sowie des Wegfalls der Grenzen im Schengenraum ist der Warenaustausch innerhalb der EU erheblich erleichtert worden. Im Euroraum hat noch zusätzlich die gemeinsame Währung Erleichterungen geschaffen. Darüber hinaus bietet die wirtschaftliche Integration von Volkswirtschaften große Chancen, durch eine vertiefte Arbeitsteilung die Produktion von Gütern und Dienstleistungen effizienter zu gestalten und den Verbrauchern Wohlfahrtsgewinne durch vermehrte Wahlmöglichkeiten und niedrigere Preise zu verschaffen.
 Dies ist auf den Märkten für gewerbliche Erzeugnisse in großem Umfang so geschehen. Bei Dienstleistungen und bei netzabhängigen Industrien (Strom, Gas etc.) sind diese Wirkungen allerdings erst in Ansätzen realisiert worden. Zugleich stärkte die

Integration der europäischen Unternehmen im internationalen Wettbewerb. Ferner wird angenommen, dass die wirtschaftliche Integration sich auch dauerhaft auf das Wachstumstempo der Volkswirtschaften ausgewirkt hat. Das wird mit der Realisierung von Größenvorteilen in der industriellen Produktion sowie einer höheren Investitionstätigkeit der Unternehmen, die zu einem steigenden Produktionspotential geführt hat, begründet.

– **Mehr Einfluss in der Außen- und Sicherheitspolitik:**

Um im internationalen Rahmen in diesen Politikfeldern mehr Einfluss zu gewinnen, schien ein gemeinsames Auftreten der EU-Staaten sinnvoll. Unterschiedliche nationale Interessen haben jedoch ein gemeinsames Handeln weitgehend verhindert. Nur bei Einstimmigkeit können außen- und sicherheitspolitische Entscheidungen getroffen werden, vgl. auch Aufgabe 5.

– **Bekämpfung grenzübergreifender Probleme:**

Viele Probleme erfordern eine Abkehr von nur nationalstaatlichen Lösungsversuchen. CO₂ macht an den Grenzen nicht halt, ebenso wenig wie Kriminalität und Terrorismus. Hier sind gemeinsame Lösungen gefragt. Die EU hat sich so auf gemeinsame Klimaziele einigen können. Auch die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität hat sich vertieft nicht nur beim Datenaustausch, sondern auch bei der Verfolgung von Straftätern über die nationale Grenze hinaus.

– **Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen:**

Entscheidend für das Zusammenwachsen Europas ist die Verständigung der Menschen verschiedener Nationalität auf den unterschiedlichsten Ebenen. Gerade die vielen Städtepartnerschaften haben zum Abbau von Vorurteilen geführt, ebenso der Schüler- und Studentenaustausch. Auch die problemlosen Reisemöglichkeiten ohne Grenzkontrollen und Visumzwang sind zu einer Selbstverständlichkeit geworden.

Mögliche Stellungnahme:

Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten vieler Mitgliedsländer der EU in und nach der Finanzmarktkrise von 2007 bis 2009 und der damit verbundenen hohen Staatsverschuldung sind es noch immer die wirtschaftlichen Motive, die in der EU dominieren, wie die Diskussionen um die Währungskrise des Euro und die hohe Staatsverschuldung zeigen. Die friedensstiftende Wirkung der europäischen Einigung wird nur allzu leicht als Selbstverständlichkeit übersehen.

4. Aufgabe

Stichworte für das Referat können sein:

- **1949:** Gründung des Europarates.
Ziele: Schutz und Förderung gemeinsamer Ideale, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Vorherrschaft des Rechts.
- **1952:** Gründung der EGKS (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl)
Gründungsstaaten : Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Gründe für die Errichtung der EGKS: wirtschaftliche Erwägungen, deutsch-französische Aussöhnung, Kontrolle wichtiger Schlüsselindustrien wie z. B. der Kohle- und Stahlindustrie.
- **1958:** EWG und Euratom.
Ziel: Schaffung eines gemeinsamen Marktes, in dem Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital frei zirkulieren können. Die Vertragspartner einigen sich auf eine gemeinsame Außenhandels- und Agrarpolitik. Zusammenlegung der drei Teilgemeinschaften EGKS, EWG und Euratom mit den drei Säulen der Europäischen Gemeinschaft: EG – EGKS – Euratom.
- **1970:** Gründung der europäisch-politischen Zusammenarbeit mit dem Ziel einer besseren, freiwilligen Zusammenarbeit der Regierungen der einzelnen Staaten in der Außenpolitik.

- **1973:** Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft um Großbritannien, Dänemark und Irland.
- **1978:** Europäisches Währungssystem EWS als Reaktion auf die starken Währungsschwankungen des US-Dollars.
Ziel: Stabilisierung der Währungen, neue Verrechnungseinheit wird der ECU. Griechenland (1981), Belgien, Dänemark, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande nehmen am EWS teil.
- **1981/86:** Süderweiterung der EG um Spanien und Portugal, EG umfasst nun 320 Millionen Einwohner und 12 Staaten.
- **1986:** Einheitliche Europäische Akte (In-Kraft-Treten 1987)
Aufwertung des Parlaments, Abschaffung des Einstimmigkeitserfordernisses im Ministerrat.
- **1990:** Vollzug der Deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990
Der EG gehören rund 340 Millionen Menschen an.
- **1992:** Europäischer Binnenmarkt, vollständige Öffnung der Grenzen zwischen den EG-Staaten für Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital.
- **1992:** Maastrichter Vertrag: Umbenennung der EG (Europäische Gemeinschaft) in EU (Europäische Union). Verpflichtung zu einer engeren Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) sowie in der Innen- und Justizpolitik. Rechte des Europäischen Parlaments werden ausgebaut. Die Einführung einer gemeinsamen Währung wird beschlossen.
- **1993:** Inkrafttreten des Maastrichter Vertrages am 1. November 1993. Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist damit verbindlich beschlossen.
- **1995:** Am 1. Januar 1995 treten drei Staaten der europäischen Freihandelszone, Finnland, Österreich und Schweden, der Europäischen Union bei: Jetzt 15 Mitgliedsstaaten.
- **1995:** Schengener Abkommen, das den schrittweisen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen vorsieht.
- **1999:** Wirtschafts- und Währungsunion, Euroeinführung.
- **2004:** Osterweiterung der EU um Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Ungarn (EU 25).
- **2007:** EU 27, Beitritt von Rumänien und Bulgarien.
- **2007:** Verabschiedung des EU-Grundlagenvertrages in Lissabon, mehr Rechte für das Europäische Parlament, hoher Vertreter Außen- und Sicherheitspolitik, klare Beitritts- und Austrittsregelungen, verbindliche Bürgerrechte.
- **2009:** Vertrag von Lissabon trat am 1. Dezember 2009 in Kraft.

5. Aufgabe

Ein Standardproblem der EU ist die Asymmetrie zwischen dem wirtschaftlichem Potential und der nicht vereinheitlichten Außenpolitik, so dass die EU in wichtigen internationalen Fragen oft nicht mit einer Stimme gesprochen hat. Vor allem auf dem Feld der Sicherheitspolitik ist das vorherrschende Muster die Uneinigkeit.

Die Spaltung der EU beim 2. Irakkrieg hat dies deutlich gezeigt. Während Frankreich und Deutschland eine Beteiligung ablehnten, haben Großbritannien, Italien, Polen, Spanien, Portugal etc. die USA mit Truppen unterstützt.

Diese Schwäche Europas hat der frühere amerikanische Sicherheitsberater und Außenminister Henry Kissinger bereits in den 70er Jahren so formuliert: „Wenn er Europa anrufen wolle, welche Nummer solle er dann wählen.“ Tatsächlich musste er alle europäischen Außenminister anrufen, um sich ein Bild zu machen, wer für oder gegen die amerikanische Politik war.

Am 1. Dezember 2009 trat der Vertrag von Lissabon (EUV) als neue Rechtsgrundlage der Europäischen Union in Kraft. Er schuf den Posten der Hohen Vertreterin für die Außen- und Sicherheitspolitik (HV), der mit der Britin Catherine Ashton besetzt wurde. Zur Unterstützung ihrer Tätigkeit sieht der Vertrag in Artikel 27 (3) die Schaffung eines Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) vor, der ein Jahr darauf offiziell

seine Arbeit aufnahm. Bis Dezember 2010 hat der EAD seinen Dienst in Brüssel mit 1 500 öffentlichen Bediensteten und mit 800 Mitarbeitern an 160 EU-Botschaften in Drittländern begonnen. Am Ende der Ausbauphase soll er bis zu 8 000 Mitarbeiter beschäftigen. Damit ist das Problem von Kissinger aber noch nicht beseitigt, weil die Souveränität der europäischen Nationalstaaten in diesem Politikfeld unangetastet bleibt. Es ist jedoch mit der neuen Institution die Hoffnung verbunden, dass es angesichts der vielfältigen globalen Probleme eher gelingt, in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Fragen mit einer europäischen Stimme zu sprechen.

6. Aufgabe

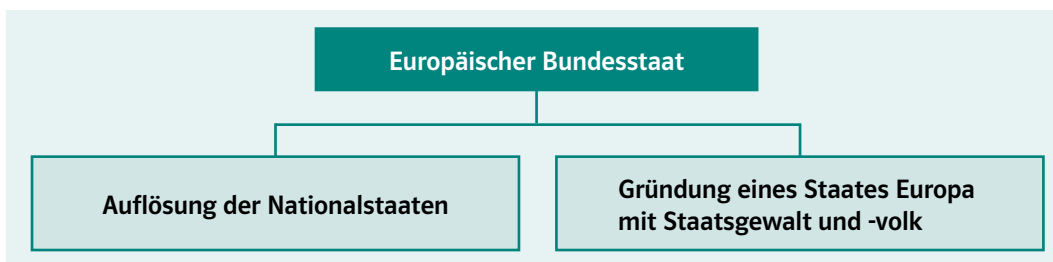
<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Archiv16/Artikel/2006/07/2006-07-03-europa-service-jugendaustausch-und-schueler.html>

Daneben gibt es zahlreiche private Institutionen und Stiftungen, die den Schüleraustausch fördern.

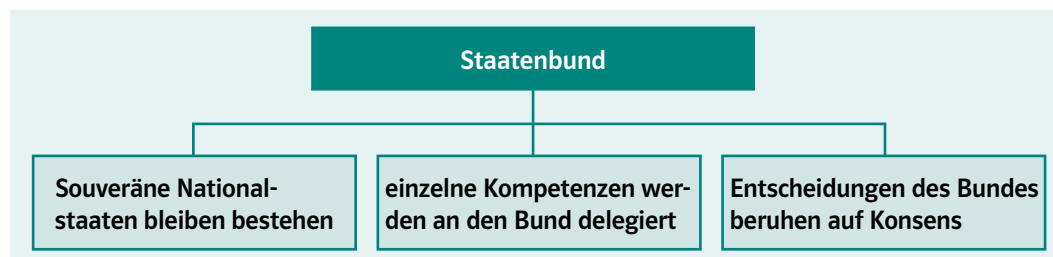
7. Aufgabe

Modellhaft lassen sich die beiden Verfassungsformen bezogen auf Europa in ihren wesentlichen Unterschieden z. B. durch folgende Schaubilder darstellen.

Bundesstaat:



Staatenbund:



Die EU ist eine Art Zwitter zwischen diesen beiden Modellen, weil sie Elemente von beiden Modellen vereinigt. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnet die EU verfassungsrechtlich als Staatenverbund, weil einerseits das Europäische Parlament, dessen Mitglieder durch die Europawahlen bestimmt werden (jedoch mit eingeschränkten gesetzgeberischen Kompetenzen) verfassungsrechtlich dem Modell des Bundesstaates zuzurechnen ist und andererseits z. B. der Ministerrat, dessen Mitglieder aus den Ministern der jeweiligen Nationalstaaten besteht, eine Institution ist, die dem Modell des Staatenbundes zugerechnet werden kann.

8. Aufgabe

In M7 werden zwei **Möglichkeiten der differenzierten Integration** dargestellt

- Europäische Union verschiedener Geschwindigkeiten; die Integrationsziele werden von allen Mitgliedsstaaten verbindlich vereinbart, jedoch ist der Zeithorizont für das Erreichen der Ziele für einzelne Staaten unterschiedlich. Das kann vom Erreichen bestimmter Kriterien abhängen oder auch von einer festgelegten Zeit. So ist die Einführung des Euro einerseits an das Erreichen der Stabilitätskriterien gebunden. Andererseits haben Dänemark und Schweden, obwohl sie die Kriterien für den Beitritt erfüllen, Sondervereinbarungen getroffen, um den Euro nicht einführen zu müssen. Das gilt auch für andere Bereiche. Solche Opting-Out-Regeln können die Solidarität zwischen den EU-Staaten gefährden.
- Europa a' la carte; einzelne Mitgliedsstaaten finden sich zu einer Gruppe zusammen, um bestimmte Probleme zu lösen oder Ziele zu erreichen, andere Mitgliedsstaaten verfolgen gemeinsam andere Ziele. Wenn jeder Mitgliedstaat sich nur die Rosinen herauspickt, werden gemeinsame Entwicklungen gefährdet.

9. Aufgabe

Folgende URL geben u. a. übersichtliche und hinreichende Informationen für ein Referat:

<http://www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Europa/WieFunktioniertEuropa/wie-funktioniert-europa.html>

10. Aufgabe

Mögliche Stichworte für das Gruppenreferat:

Europäische Rat (ER)

- **Zusammensetzung:** besteht aus den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und dem Präsidenten der EU-Kommission sowie dem Hohen Vertreter/in für die Außen- und Sicherheitspolitik.
- **Funktionen:** Artikel 15 EU-Vertrag: „Der Europäische Rat gibt der Union die für ihre Entwicklung erforderlichen Impulse und legt die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten hierfür fest. Er wird nicht gesetzgeberisch tätig.“

Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat)

- **Zusammensetzung:** Dem Ministerrat gehören die jeweiligen Fachminister jedes Mitgliedstaates an. Es gibt neun Ratsformationen:
 - Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen
 - Wirtschaft und Finanzen
 - Justiz und Inneres
 - Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucher
 - Wettbewerbsfähigkeit
 - Verkehr, Telekommunikation und Energie
 - Landwirtschaft und Fischerei
 - Umwelt
 - Bildung, Jugend und Kultur
- **Funktionen:** Er verkörpert neben dem Europäischen Parlament die Legislative der EU. Die Fachminister entscheiden über die Gesetzentwürfe (Verordnungen, Richtlinien), deren Entwürfe die Europäische Kommission vorlegt. Ferner behandeln sie wichtige aktuelle politische Fragen. Der Ministerrat wird vom Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten in Brüssel (AStV) und zahlreichen Arbeitsgruppen aus nationalen Fachbeamten in seiner Arbeit unterstützt. Sie bereiten die Beschlüsse des Ministerrates vor und führen

unterschiedliche politische Ziele der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission zusammen.

- **Beschlussfassung:** Beschlüsse werden entweder einstimmig oder mit qualifizierter Mehrheit getroffen. Mit dem Vertrag von Lissabon wird die sogenannte „doppelte Mehrheit“ im Rat eingeführt. Das heißt: Mindestens 55 Prozent der Mitgliedstaaten, die mindestens 65 Prozent der EU-Bevölkerung repräsentieren, sind für einen Mehrheitsbeschluss erforderlich. Diese Regelung gilt jedoch erst ab 2014 mit einer Übergangsfrist bis 2017.
Bei Mehrheitsbeschlüssen verfügen die Mitgliedsländer über unterschiedliche Stimmengewichte, vgl. **M 8**.

Europäische Kommission

- **Zusammensetzung:** Sie besteht aus 27 Mitgliedern. Jedes Land der EU stellt ein Mitglied, die sog. Kommissare/innen und den Präsidenten. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten nominieren einvernehmlich einen Präsidenten/Präsidentin, der seinerseits auf Vorschlag der jeweiligen nationalen Regierungen die Kommissare/innen nominiert. Präsident und Kommissare/innen müssen vom Europäischen Parlament bestätigt werden (Amtszeit 5 Jahre). Die Kommissare stehen bestimmten thematischen Ressorts, den sog. Generaldirektionen, vor. Die Kommissionsmitglieder sollen unabhängig von den Interessen der jeweiligen Mitgliedsländer, aus denen sie stammen, nur den Interessen der EU dienen. Beschlüsse werden mit der Mehrheit der Stimmen gefasst.
- **Funktionen:** Sie ist das exekutive Organ der Union, Hüterin der Europäischen Verträge und muss darauf achten, dass die Mitgliedstaaten ihre vertraglichen Pflichten einhalten. Sie erarbeitet die Vorschläge für die Verordnungen, Richtlinien, Entscheidungen, hat also das alleinige Initiativrecht. Diese Vorschläge werden vom EU-Ministerrat und dem Europäischen Parlament beschlossen und gegebenenfalls geändert. Die EU-Kommission stellt den EU-Haushalt auf, der von Rat und Parlament beschlossen wird. Nach dessen Verabschiedung verwaltet die Kommission die Haushaltsgelder. Anders als nationale Regierungen ist die Kommission nicht auf demokratische Bestätigung angewiesen. Sie wird nicht von einer Opposition kontrolliert.

Europäisches Parlament

- **Zusammensetzung:** Die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes (EP) werden durch die Europawahlen von den Bürgern/innen der Europäischen Union gewählt. Wahlkreise und Direktmandate wie bei der Bundestagswahl gibt es nicht. Daher hat jeder Wähler nur eine Stimme. Die Zahl der Abgeordneten pro Nation richtet sich nach der Bevölkerungsgröße, vgl. **M 8**.
- **Funktionen:** Da die EU kein Bundesstaat mit klassischen Staatsorganen ist, unterscheidet sich die Arbeit des Europäischen Parlamentes von der eines nationalen Parlaments. Seine Befugnisse wurden im Laufe der Entwicklung der Europäischen Union schrittweise erweitert. Mit dem Vertrag von Lissabon ist das EP gleichberechtigter Gesetzgeber in der EU mit dem EU-Ministerrat geworden, es hat jedoch keine Gesetzesinitiative. Weiter Aufgaben; Bestätigung des Präsidenten und der Kommissare/innen, Haushaltsplan der EU verabschieden.
Im EP gibt es kein Spannungsverhältnis zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien wie bei nationalen Parlamenten. Dieses wesentliche demokratische Element der Kontrolle entfällt, da die Kommissionsmitglieder als Quasiregierung der EU direkt von den Regierungen der Mitgliedsländer bestimmt werden.

Europäischer Gerichtshof

- **Zusammensetzung:** Im Gerichtshof ist jedes Mitgliedsland der EU mit einem/r Richter/in vertreten. Der EuGH umfasst den Gerichtshof, das Gericht und die Fachgerichte. Über die Besetzung bestimmen die Regierungen der Mitgliedstaaten im gegenseitigen Einvernehmen.
- **Funktion:** Der (EuGH) ist das Rechtsprechungsorgan der Europäischen Union. Die Aufgabe des Gerichts besteht darin, das EU-Recht bei der Auslegung und Anwendung der europäischen Verträge sowie der von den Organen der Europäischen Union erlassenen Rechtsvorschriften zu wahren.

Europäische Zentralbank, Europäisches Zentralbankensystem

Das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) wacht über die Stabilität des Euro. Das ESZB besteht aus der Europäischen Zentralbank (EZB), die ihren Sitz in Frankfurt am Main hat, und aus den Zentralbanken der Mitgliedstaaten der EU.

Die EZB hat das primäre Ziel, die Geldwertstabilität des Euro zu sichern. Sie ist zuständig für die Festlegung und Ausführung der Geldpolitik, für den Abschluss von Devisengeschäften und die Verwaltung der Währungsreserven. Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterliegt sie keinen Weisungen der Nationalstaaten oder der EU, sie ist autonom.

11. Aufgabe

Winkler schrieb den Beitrag, nachdem der Europäische Verfassungsvertrag an den Referenden von Frankreich und den Niederlanden gescheitert waren und der Lissabon-Vertrag noch nicht verabschiedet war. Die Vertiefung der EU in Richtung einer Föderation mit einem echten parlamentarischen System habe mit der Erweiterung der EU nicht Schritt gehalten. Deshalb gebe es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Er kritisiert den Begriff Verfassungsvertrag als pathetischen Fehlgriff, weil dieser Vertrag nicht der revolutionäre Schritt vom Staatenverbund hin zu einem Bundesstaat gewesen wäre, sondern nur notwendige Reformen der Institutionen und Entscheidungsprozesse gebracht hätte. Eine Reihe von Mitgliedsländern sei gar nicht bereit, den Weg in Richtung Bundesstaat zu gehen.

Die von ihm angeführten Elemente für die Reform der Institutionen und Entscheidungsprozesse, die die Substanz des Verfassungsvertrages darstellten, sind in den Grundlagenvertrag/Lissaboner Vertrag übernommen worden.

Für die Vertiefung der EU betont Winkler die Notwendigkeit der Stärkung eines europäischen Wir-Gefühls und eine Klärung und Konkretisierung des Begriffs europäische Wertegemeinschaft. Bei dem Wir-Gefühl geht es ihm um die Stärkung des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit und der Solidarität nicht nur unter Politikern, sondern auch unter den Bürgern der EU.

Mögliche Stellungnahme

Winkler hat Recht, wenn er den Begriff Verfassungsvertrag als pathetischen Fehlgriff bezeichnet, der an der Realität des Vertrages völlig vorbei ging. Leere Symbolik, wie Flagge, europäischer Außenminister etc. täuscht nur darüber hinweg, dass die EU durch den Vertrag keine verfassungsrechtliche Veränderung in Richtung Bundesstaat gebracht hätte.

Wie wenig das Wir-Gefühl in der EU unter Bürgern und Politikern ausgeprägt ist, hat die Diskussion anlässlich der Verschuldungs- und Eurokrise gezeigt. Nationale Interessen und Gefühle dominierten die Diskussion auf der Straße und in den politischen Gremien. Die einen empfinden sich als Zahlmeister, die anderen schieben die Schuld an den ihnen zugemuteten Einschnitten auf die fehlende Solidarität der wirtschaftlich stärkeren Länder.

Dabei gerät völlig aus dem Blick, dass wir in der EU seit dem Ende des 2. Weltkrieges in Frieden und wachsendem Wohlstand leben.

Hinweis:

Als aktuelle Ergänzung zu Winklers Forderung nach der Stärkung des Wir-Gefühls im Zusammenhang mit der Verschuldungskrise eignet sich sehr gut ein Beitrag von Altkanzler Helmut Schmidt: Ohne den Euro ist alles nichts! In: Die Zeit 15.12.2010.

<http://www.zeit.de/2010/51/01-Europa-Waehrung?page=3>

12. Aufgabe

Unter Finalität der europäischen Integration versteht Fischer die Vertiefung vom Staatenverbund zu einem Bundesstaat mit einem parlamentarischen System. Das europäische Staatsvolk, die Bürger der EU, wählt am gleichen Tag das Europäische Parlament. Aus den sich daraus ergebenden Mehrheitsverhältnissen wird eine europäische Regierung gebildet, die der Kontrolle des Parlaments unterliegt. Eine Art Bundesrat als 2. Kammer soll dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Nationalstaaten berücksichtigt werden.

Die Nationalstaaten sollen ebenso wie in Deutschland die Bundesländer ihre eigenen Regierungen und Parlamente haben. Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden den Nationalstaaten die politischen Entscheidungsfelder überlassen, die sie kompetenter als der Europäische Staat bearbeiten können, um dadurch die nationalen Eigenarten zu wahren und zu pflegen.

13. Aufgabe

Guy Verhofstadt	Joschka Fischer	H. A. Winkler
Ziel: Bundesstaat, Vereinigte Staaten von Europa	Ziel: Bundesstaat, Vertiefung zu einer europäischen Förderation mit parlamentarischem Zwei-Kammer-System	Ziel: Vertiefung durch Reformen der Institutionen und Entscheidungsprozesse sowie durch Stärkung eines europäischen Wir-Gefühls und Klärung des Begriffs der europäischen Wertegemeinschaft
Realität: EU keine homogene Gruppe, einige Staaten wollen politische Union, einige Staaten sehen in EU nur eine wirtschaftliche Kooperation, andere nur einen Geldhahn	Realität: Erweiterung der EU erzwingt Reform aller Institutionen, um Handlungsfähigkeit der EU zu erhalten	Realität: Ein europäischer Bundesstaat ist zurzeit utopisch, weil die meisten Mitgliedsstaaten dazu nicht bereit sind. Daher sind nur Reformen der Institutionen und Entscheidungsprozesse möglich
Weg zum Ziel: zwei konzentrische Kreise; einige Länder bilden den politischen Kern und schließen sich zu den „Vereinigten Staaten von Europa“(gemeinsame Armee, Außenpolitik Sozial-, Finanz- und Wirtschaftspolitik) zusammen, also zu einem Bundesstaat. Andere Ländern bilden um diesen Kern den Staatenbund „Organisation europäischer Staaten“, diesen Ländern steht aber der Weg zu den Vereinigten Staaten von Europa offen	Weg zum Ziel: Verfassungsvertrag, Souveränitätsteilung zwischen Bundesstaat/Förderation und Nationalstaaten unter Beachtung der Subsidiarität, Zweikammersystem als Legislative, europäische Exekutive entweder durch Fortentwicklung des Europäischen Rates oder durch Übernahme der Kommissionsstruktur mit einer Direktwahl des Präsidenten	Weg zum Ziel: Grundlagenvvertrag, wie im Lissabonvertrag vereinbart (qualifizierte Mehrheitsentscheidungen, mehr Rechte für das Parlament), ferner Diskussionen in den nationalen Parlamenten bevor wichtige Entscheidungen in der EU getroffen werden

Zwischen den drei Autoren besteht Einigkeit darüber, dass die EU zu einem Bundesstaat weiterentwickelt werden müsste. Die Chancen, dieses Ziel zu erreichen, werden unterschiedlich bewertet. Winkler sieht keine Realisierungschance dafür, weil die meisten Nationalstaaten das nicht wollen. Er hält daher zurzeit nur Reformen von Institutionen und Entscheidungsprozessen im Rahmen des bisherigen Staatenverbundes sowie die Stärkung eines Bewusstseins der Zusammengehörigkeit und Solidarität auf allen gesellschaftlichen Ebenen für möglich.

Verhofstadt geht davon aus, dass es zwei Gruppen von Nationalstaaten in der EU gibt. Eine Gruppe ist zur Vertiefung bereit, die andere Gruppe will nur eine wirtschaftliche Kooperation. Daher schlägt er für jede Gruppe eine andere Art der Vereinigung vor. Die Avantgarde schließt sich zu einem europäischen Bundesstaat zusammen, die anderen zu einem Staatenbund, wobei der Übertritt aller Nationalstaaten in den Bundesstaat das Ziel bleibt. Dadurch könne seiner Ansicht nach die Blockade im Einigungsprozess durchbrochen werden.

Für Fischer ist angesichts der EU-Erweiterung ein Übergang vom Staatenverbund zu einer echten europäischen Föderation, also zu einem Bundesstaat unverzichtbar. Das würde aber nur auf der Grundlage einer Souveränitätsteilung zwischen Europa und Nationalstaaten auf der Basis des Subsidiaritätsprinzips funktionieren. Für die Umsetzung bei Legislative und Exekutive werden verschiedene Varianten vorgestellt.

Zur Diskussion Verhofstadt, mögliche Pro- und Contraargumente

Pro	Contra
Kerneuropa kann endlich eine wirklich gemeinsame Politik auf allen wichtigen Politikfeldern entwickeln und praktizieren	Spaltung in zwei Gruppen gefährdet den Zusammenhalt in Europa insgesamt, Solidarität zwischen den Staaten geht noch mehr verloren
Ein echtes parlamentarisches System bei Beachtung der nationalen Vielheit wird die Bürger zu wirklichen Europäern werden lassen.	Entwicklung von Spannungen zwischen den Gruppierungen
Im Konzert der internationalen Mächte hätte Europa eine ganz andere Machtposition, um europäische Interessen durchzusetzen.	Es müssten für den Staatenbund neue Institutionen und Entscheidungsfindungsprozesse erfunden werden.
In dem nun wirklich einheitlichen Wirtschaftsraum wird es viel leichter, Arbeitslosigkeit und Krisen zu bekämpfen	Wahrscheinlich ist der Vorschlag nur als Provokation gedacht.
Große Anziehungskraft für die anderen europäischen Staaten, in die Vereinigten Staaten von Europa aufgenommen zu werden, daher der beste Weg zu einem Europäischen Bundesstaat	Internationaler Bedeutungsverlust durch Zersplitterung
	Verhinderung des Ziels einen europäischen Bundesstaat zu realisieren.

Für Beck gibt es kein Europa, weil

- die Europäer kein Volk, keine Nation bilden,
- die Grenzen, die Mitgliedsstaaten der EU variabel sind
- die EU nicht über gemeinsame historische Wurzeln und Werte zu definieren ist.

Die EU sei vielmehr die Antwort auf die Selbstzerstörung durch zwei Weltkriege, den Holocaust und den stalinistischen Terror. Daraus resultiert die Europäisierung als historischer Lernprozess, wie aus Feinden Nachbarn werden. Das sei die Entdeckung und

Entwicklung der europäischen Idee. Dieser Prozess der Selbsteuropäisierung ist nach Beck nicht an die Mitgliedschaft in der EU gebunden, sondern an die Antizipation der Mitgliedschaft. Wenn diese die Macht der Selbsteuropäisierung entfalte, dann könne auch z. B. die Türkei EU-reif werden.

Mögliche Stellungnahme

Betrachtet man die Geschichte Europas mit seinen Religions- und Eroberungskriegen, Diktaturen, der Unterdrückung von Minderheiten und den Katastrophen des vorigen Jahrhunderts, fällt es schwer, von einer gemeinsamen kulturellen Herkunft und gemeinsamen Werten zu sprechen. Insofern kann man der Argumentation von Beck folgen. Auch sein Verständnis des Begriffs Europäisierung ist nachvollziehbar. Jedoch ist die Verwendung dieses Begriffs unpraktikabel, wenn es um die Ab- oder Eingrenzung der EU geht. Schließlich könnten dann alle Länder, die diesen Prozess der Selbsteuropäisierung erfolgreich vollziehen, EU-reif werden. Aspekte der Funktionsfähigkeit der Institutionen, der Überdehnung, der Vertiefung des Integrationsprozesses kommen dabei zu kurz. Es ist wohl eher eine schöne philosophische Idee als eine praktikable Handlungsanweisung für die Erweiterung der EU.

14. Aufgabe

Eine mögliche Lösung könnte folgendermaßen aussehen:

„Denk ich an die EU in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht“, die Abwandlung des Beginns von Heinrich Heines satirischem Versepos „Deutschland. Ein Wintermärchen“ (1844 erschienen) gilt für viele Bürger Europas, wenn man den Umfragen glauben darf. Die Krümmung der Bananen und Gurken, die Schuldenkrise, Korruption und Verschwendung, die aufgeblähte Bürokratie sind schnell bei der Hand, um die ablehnende Haltung zu begründen. Dabei ist die Einigung Europas eine einzigartige Erfolgsgeschichte, geradezu ein „europäisches Wunder“, wie der Soziologe Ulrich Beck formuliert. Schließlich hat sie bewirkt, dass aus Feinden Nachbarn geworden sind. Nicht mehr Kriege bestimmen seit mehr als 50 Jahren die Beziehungen zwischen den europäischen Staaten, sondern Frieden, Zusammenarbeit zwischen nunmehr 27 europäischen Nationalstaaten, auch wenn es manchmal knirscht, wachsender Wohlstand, Abbau von Grenzkontrollen und in Teilen auch eine gemeinsame europäische Währung. Über die Grenzen hinweg sind Freundschaften auf vielen Ebenen der Politik und der Zivilgesellschaft entstanden. Das schließt Meinungsverschiedenheiten, über die Massenmedien heftig ausgetragenen Streit nicht aus. Aber am Ende siegt doch immer der Wille zur verträglichen Lösung der anstehenden Probleme, ein Kompromiss, der sicher nicht jeden befriedigt. Bedenkt man das „europäische Wunder“, von dem Ulrich Beck spricht, sollte das obige Zitat z. B. lauten: „Denk ich an die EU in der Nacht, dann bin ich vor Dankbarkeit und Freude hellwach“.

1. Aufgabe

Mögliche Intentionen

- Hinweis auf Probleme bei möglicher Erweiterung der EU durch die Türkei: Der Stier stoppt seinen Erweiterungs-Galopp und glotzt erstaunt oder erschrocken auf den Beitrittswunsch der Türkei.
- Hinweis auf die Uneinigkeit innerhalb der EU in Bezug auf den Beitrittswunsch, die Bedenken unter den Mitgliedsstaaten der EU: Die Europa schließt die Augen, ist nachdenklich und unentschlossen. Oder würde sie lieber die Augen vor den mit dem Beitritt verbundenen Problemen verschließen?
Der Karikaturist scheint die Bedenken gegen dem Beitrittswunsch der Türkei betonen zu wollen.

2. Aufgabe

Die **Gegner des EU-Beitritts** führen politische, wirtschaftliche und rechtstaatliche Gründe an:

- Politische Gründe: Gefährdung der europäischen Identität, Osterweiterung muss erst erfolgreich abgeschlossen werden, Zusammenhalt der EU würde gefährdet
- Wirtschaftliche Gründe: Überforderung der finanziellen Leistungsfähigkeit der EU
- rechtstaatliche Gründe: Missachtung wesentlicher Menschenrechte (Zwangsheirat, Ehrenmorde, Rechtsprechung)

Bei den **Befürwortern** fehlen teilweise die Begründungen (was an der Auswahl der Sprechblasen liegen kann, aber der Papst z. B. hat seine Aussage nicht begründet).

Für den Beitritt werden

- die Absatzchancen in dem Wachstumsmarkt Türkei,
- die Orientierung des Landes an westlichen Standards,
- größere Chancen für eine Lösung des Zypernproblems und der Hoheitsrechte in der Ägäis
- sowie die seit vielen Jahren geweckten Hoffnung auf eine Mitgliedschaft angeführt.

Bei der Stellungnahme kann es sich vor dem Hintergrund des Materials und des Alltagswissens in der Regel nur um ein vorläufiges Urteil handeln. Am Ende des Abschnitts 2.3 wird in Aufgabe 8 eine finale Urteilsbildung verlangt. Wenn der Abschnitt 2.2 bearbeitet wurde, können aber auch bereits auf einer eher politikwissenschaftlichen Ebene die Probleme der europäischen Identität (**M 10**) und der Konflikt zwischen Vertiefung und Erweiterung angesprochen werden (**M 11 – M 13**).

3. Aufgabe

Folgende Aspekte können bei der Diskussion beachtet werden:

- Istanbul liegt auf zwei Kontinenten.
- Historisch gesehen war Konstantinopel/Byzanz/Istanbul bis in das 15. Jh. eine europäische Stadt, nach der Teilung des Römischen Reiches 395 war es die Hauptstadt Ostroms/des Byzantinischen Reiches, schon vorher bedeutendes Verwaltungszentrum der oströmischen Provinz (326: Grundsteinlegung Konstantinopels), für das Byzantinische Reich war eine fruchtbare Mischung bestehend aus römischen Staatswesen, griechischer Hochkultur und orthodoxem christlichem Glauben charakteristisch. Die Hagia Sophia aus dem Jahr 537 hat diesen Dreiklang in Stein verewigt. Byzanz wird zum Ausgangspunkt der Christianisierung der Völker Ost- und Südosteuropas. 1453 wird Istanbul zur Hauptstadt des Osmanischen Reichs.
- Zwar in Teilen Übernahme westlichen Lebensstils, aber deutlich durch Islam geprägte Verhaltensweisen und Lebensgewohnheiten.
- Mischung aus Orient und Okzident, wobei Okzident überwiegt.

4. Aufgabe

Hinweis: aktuelle Basisinformationen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Türkei stellt das Auswärtige Amt zur Verfügung unter:

http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaft_node.html

http://www.auswaertiges-amt.de/sid_4F6684AE6BF7387096A25357BD6DFA02/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Tuerkei/Wirtschaftsdatenblatt_node.html

Wirtschaftliche Argumente für und gegen den Beitritt der Türkei zur EU

Pro	Contra
Wachstumsfördernde Effekte durch Reformen	Regionale Disparitäten in der Wirtschafts- und Wohlfühlentwicklung, West-Ostgefälle
Einführung europäischer Standards	25 % der Bevölkerung leben unter der Armutsschwelle, hoher Anteil im Osten und Südosten
Verringerung der Korruption	hohe Arbeitslosigkeit, geringe Produktivität der Agrarwirtschaft, 33 % der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, Anteil am BIP aber nur ca. 10 %
wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität	Anteil der Schattenwirtschaft 30 % – 35 % am BIP
bedeutender Absatzmarkt für deutsche Unternehmen	hohe Analphabetenquote unter Frauen bei der ländlichen Bevölkerung im Osten und Südosten
hohe Wachstumsraten des BIP und der Pro-Kopf-Einkommen	hoher Migrationsdruck durch Armut, Bevölkerungswachstum, defizitäres Ausbildungs- und Gesundheitssystem in den östlichen Provinzen
Abbau von Haushaltsdefiziten und hohen Inflationsraten	unqualifiziertes Arbeitskräftepotential
	unterentwickelte Landwirtschaft würde Transfers der EU von jährlich 9 Mrd. Euro erfordern

5. Aufgabe

Wehler geht von der These aus, dass durch einen Beitritt der Türkei vitale europäische und deutsche Interessen verraten würden und das finale Ziel eines europäischen Staatenbundes, also einer politischen Einigung Europas unmöglich würde. Er plädiert daher für eine privilegierte Partnerschaft. Zur **Begründung seiner These** führt er folgende Argumente an, nachdem er sich mit der protürkischen Argumentation kritisch auseinandergesetzt hat:

- Die Türkei ist kein europäischer, sondern ein kleinasiatischer Staat mit zukünftig 90 Millionen Einwohnern muslimischer Prägung ohne jedes historisch gewachsenen europäischen Identitätsbewusstseins (Z. 96–106).
- Es existiere ein Demokratiedefizit, die Bevölkerung befürworte mehrheitlich einen starken Einfluss der Religion auf die Politik und autoritäre Führungspersönlichkeiten, der Genozid an den Armeniern werde von der Bevölkerung und der Regierung geleugnet, in der Realität bestehe keine Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft. Die Menschenrechte sind zwar in der Verfassung verankert, allerdings fehle die verfassungsmäßige Umsetzung der Meinungs-, Informations- und Religionsfreiheit (Z. 215–264).
- Bei Aufnahme der Türkei in die EU fehle jede Begründung, den Beitritt der Maghrebstaaten oder der Ukraine abzulehnen. Statt des Ziels der politischen Einheit Europas würde lediglich eine Freihandelszone entstehen (Z. 107–119).

- Die Osterweiterung hat zu einer extremen Belastung aller europäischen Ressourcen geführt. Ein weitere Ausdehnung durch den Beitritt der Türkei würde die Gefahr einer imperialen Überdehnung (Imperial Overstretch) verstärken, also zur Gefahr eines Niedergang des bisher erreichten Integrationsstandes führen (Z. 129–153).
- Wirtschaftlich bleibe die Türkei auf unabsehbare Zeit ein Fass ohne Boden, ein Drittel der Erwerbstätigen lebten weitgehend als Selbstversorger in Armutsverhältnissen, der Zuschussbedarf der EU wird jährlich auf 40 Mrd. Euro geschätzt (Z. 154–172).
- Die Armut und das hohe Bevölkerungswachstum in Anatolien führen zur Migration. Die unbewältigte Integration von 3 Millionen Türken in Deutschland mit mangelhafter Sprachkompetenz und fehlenden Schulabschlüssen selbst bei vielen Türken der 3. Generation mache das Problem deutlich, wenn noch mehr Migranten ungehindert in die EU strömen könnten (Z. 172–213).
- Bei einem Beitritt der Türkei würden die Außengrenzen der EU verschoben, problembeladene Staaten wie Irak, Syrien, Georgien, Armenien, Iran würden zu Nachbarn (Z. 265–273).
- Der überwiegende Teil der Deutschen ist gegen einen EU-Beitritt der Türkei (in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid vom Oktober 2010 sprachen sich 69 Prozent der Bundesbürger gegen einen EU-Beitritt aus (Z. 273–295).

http://www.rp-online.de/politik/deutschland/69-Prozent-sind-gegen-EU-Beitritt-der-Tuerkei_aid_916470.html

Gegenposition:

Folgende Argumente könnten für die Formulierung einer Gegenposition verwendet werden:

- Es gibt kein historisch gewachsenes europäisches Identitätsbewusstsein. Hier könnte die Argumentation von Ulrich Beck aus **M 13** aufgenommen werden.
- Seit 1930 dürfen Frauen in der Türkei wählen und seit 1934 können sie sich selbst zur Wahl stellen. 2004 wurde ein Gesetz durch das Parlament beschlossen, das Ehrenmorde wie vorsätzlichen Mord mit lebenslanger Haftstrafe ahndet.
- Im Gegensatz zu den Maghrebstaaten liegt ein Teil der Türkei in Europa, Istanbul war historisch gesehen bis in 13 Jh. eine durch und durch europäische Stadt, wie viele bedeutende Gebäude noch heute zeigen.
- In den Jahren seit 2001 gibt es hohe Wachstumsraten beim BIP, die Inflation ist erfolgreich eingedämmt worden etc. (vgl. **M 18**). Von daher sind die Schätzungen über die finanziellen Belastungen total übertrieben. Außerdem wird nicht gesehen, welcher bedeutender Absatzmarkt für deutsche Exporteure die Türkei ist.
- Bei dem Bevölkerungsschwund in Deutschland und der Überalterung der Bevölkerung sind wir auf Arbeitskräfte aus dem Ausland angewiesen. Für die Integration muss eben mehr getan werden als bisher.
- Seit 1997 ist die gesetzliche Schulpflicht von 5 auf 8 Jahre angehoben worden, auch wenn die Schulpflicht nicht überall durchgesetzt werden kann, vor allem in ländlichen Regionen und bei Mädchen, wird sich die Situation nur verbessern.
- Die Türkei ist seit vielen Jahrzehnten Mitglied der Nato und hat damit Schutzfunktionen für Europa gerade auch gegenüber den Anrainerstaaten der Türkei. Sie kann als EU-Mitglied gegenüber den islamisch geprägten Staaten eine Vermittlerrolle spielen.
- Umfrageergebnisse können sich ändern, würde man Politik nur nach Umfrageergebnissen ausrichten, hätte man in Deutschland die Todesstrafe, wäre Deutschland nicht dem Euroraum beigetreten etc.

6. Aufgabe

Winkler spricht sich für eine privilegierte Partnerschaft der Türkei aus, da er eine Überdehnung der EU durch den Beitritt der Türkei befürchtet, weil sie sich der politischen Kultur des Westens nicht geöffnet hat und keine Ansätze für ein europäisches Wir-Gefühl vorhanden sind (Z. 41–52).

Zum Verständnis seiner Position ist der Begriff europäisches Wir-Gefühl entscheidend. Bei dem Wir-Gefühl geht es ihm um die Stärkung des Bewusstseins der Zusammengehörigkeit und der Solidarität nicht nur unter Politikern, sondern auch unter den Bürgern der EU. Das sei eine Voraussetzung für die Zukunft des „Projekts Europa“ (Z. 1–11). Wir-Gefühl ist also nicht nur etwas Emotionales, sondern setzt letztlich Bewusstsein voraus und zwar Bewusstsein von „europäischer Identität“. Dazu zählt er einerseits die Zeugnisse der europäischen Architektur, bildenden Kunst und Musik, andererseits gemeinsame Rechtstraditionen und Emanzipationsprozesse (Humanismus, Aufklärung, Rechtsstaat, Demokratie), aber auch die Erfahrungen von Krieg, Hass, Rassismus und Holocaust (Z. 12–41). In den Zeilen 35–41 fasst er sein Verständnis eines aufgeklärten europäischen Wir-Gefühls zusammen. Dazu gehört ganz entscheidend auch die Erinnerung an das, was Europäer über Jahrhunderte trennte. Wenn in der Türkei ein solches aufgeklärtes europäisches Wir-Gefühl vorhanden wäre, gäbe es keinen Streit um den Beitritt der Türkei. Da aber eine vorbehaltlose Öffnung gegenüber der politischen Kultur des Westens nicht vorhanden sei, wie die Leugnung des Genozids an den Armeniern, aber auch die Probleme bei der Umsetzung der Rechtsstaatlichkeit zeigen, empfiehlt Winkler eine privilegierte Partnerschaft, um beim Scheitern des Beitritts einen Bruch zwischen Europa und der Türkei zu vermeiden.

7. Aufgabe

Altbundeskanzler Schröder hat sich in seiner Amtszeit eindeutig für den Beitritt der Türkei zur EU ausgesprochen.

Seine Rede ist in weiten Teilen (Z. 1–88) eine Darstellung der Ziele, Fundamente und Dimensionen der kulturellen Identität der EU, die als Appell an die Türkei verstanden werden können, notwendige Veränderungen durchzuführen. Erst ab Z. 89 geht Schröder vor dem Hintergrund dieser Überlegungen auf Gründe für den Beitritt der Türkei ein;

- den eingeschlagenen Weg der türkischen Regierung zur Normalisierung der Beziehungen mit Armenien
- die Bewahrung des römischen Rechtes durch muslimische Gelehrte und die Gemeinsamkeiten des gegenwärtigen türkischen Rechts mit dem in Deutschland, der Schweiz und Italien
- die Aufnahme der spanischen Juden im Mittelalter und deutscher Flüchtlinge während der NS-Zeit in der Türkei
- das Miteinander von 2,5 Millionen türkischer Herkunft in Deutschland
- die Trennung von Staat und Religion
- Türkei als Scharnier zwischen Okzident und Orient, Herstellung einer Synthese zwischen Werten der westlichen Demokratie und aufgeklärtem Islam
- bessere Chancen beim gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus
- bessere Chancen bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die Globalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet
- aus der Vielfalt der Kulturen, Sprachen, Religionen innerhalb der EU erwachsen gegenüber den Nachbarn Wertschätzung, Respekt und Toleranz im Sinne der EU „in Vielfalt vereint“.

8. Aufgabe

Die Synopse kann aus den Lösungen zu den Aufgabe 2, 4, 5, 6, 7 zusammengestellt werden.

Türkeibeitritt zur EU

Pro	Contra
Wachstumsfördernde Effekte durch Reformen	Regionale Disparitäten in der Wirtschafts- und Wohlstandentwicklung, West-Ostgefälle
Einführung europäischer Standards	25 % der Bevölkerung leben unter der Armutsschwelle, hoher Anteil im Osten und Südosten
Verringerung der Korruption	hohe Arbeitslosigkeit, geringe Produktivität der Agrarwirtschaft, 33 % der Beschäftigten arbeiten in der Landwirtschaft, Anteil am BIP aber nur ca.10%
wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität	Anteil der Schattenwirtschaft 30 % – 35 % am BIP
bedeutender Absatzmarkt für deutsche Unternehmen	hohe Analphabetenquote unter Frauen bei der ländlichen Bevölkerung im Osten und Südosten
hohe Wachstumsraten des BIP und der Pro-Kopf-Einkommen	hoher Migrationsdruck durch Armut, Bevölkerungswachstum, defizitäres Ausbildungs- und Gesundheitssystem in den östlichen Provinzen
Abbau von Haushaltsdefiziten und hohen Inflationsraten	unqualifiziertes Arbeitskräftepotential
der eingeschlagene Weg der türkischen Regierung zur Normalisierung der Beziehungen mit Armenien	unterentwickelte Landwirtschaft würde Transfers der EU von jährlich 9 Mrd. Euro erfordern
die Bewahrung des römischen Rechtes durch muslimische Gelehrte , Gemeinsamkeiten des gegenwärtigen türkischen Rechts mit dem in Deutschland, der Schweiz und Italien	Türkei ist kein europäischer, sondern ein kleinasiatischer Staat mit zukünftig 90 Millionen Einwohnern muslimischer Prägung ohne jedes historisch gewachsenes europäisches Identitätsbewusstsein
die Aufnahme der spanischen Juden im Mittelalter und deutscher Flüchtlinge während der NS-Zeit in der Türkei	es existiere ein Demokratiedefizit, der Genozid an den Armeniern wird von der Regierung geleugnet, die Menschenrechte sind zwar in der Verfassung verankert, allerdings fehle die verfassungsmäßige Umsetzung der Meinungs-, Informations- und Religionsfreiheit
das Miteinander von 2,5 Millionen türkischer Herkunft in Deutschland	bei Aufnahme der Türkei in die EU fehle jede Begründung, den Beitritt der Maghrebstaaten oder der Ukraine abzulehnen
die Trennung von Staat und Religion	Ein weitere Ausdehnung durch den Beitritt der Türkei würde die Gefahr einer imperialen Überdehnung (Imperial Overstretch) verstärken
Türkei als Scharnier zwischen Okzident und Orient, Herstellung einer Synthese zwischen Werten der westlichen Demokratie und aufgeklärtem Islam	wirtschaftlich bleibe die Türkei auf unabsehbare Zeit ein Fass ohne Boden, der Zuschussbedarf der EU wird jährlich auf 40 Mrd. Euro geschätzt
bessere Chancen beim gemeinsamen Kampf gegen Terrorismus	bei einem Beitritt der Türkei werden die Außengrenzen der EU verschoben, problembeladene Staaten wie Irak, Syrien, Georgien, Armenien, Iran werden zu Nachbarn

Pro	Contra
bessere Chancen bei der Bewältigung der Herausforderungen durch die Globalisierung auf wirtschaftlichem Gebiet	der überwiegende Teil der Deutschen ist gegen einen EU-Beitritt der Türkei (in einer repräsentativen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid im Oktober 2010 sprachen sich 69 Prozent der Bundesbürger gegen einen EU-Beitritt aus.
aus der Vielfalt der Kulturen, Sprachen Religionen innerhalb der EU erwachsen gegenüber den Nachbarn Wertschätzung, Respekt und Toleranz im Sinne der EU „in Vielfalt vereint“.	Zwangsheirat und Ehrenmorde sind nicht mit EU vereinbar
etc.	etc.

Eine mögliche Zuordnung (d.h. andere sind möglich) der Kategorien Effektivität und Legitimität zu den Argumenten sind in der Synopse durch folgende Farben gekennzeichnet: **Effizienz**, **Legitimität**.

Bei der Stellungnahme sollten wichtige Argumente gegeneinander abgewogen werden, Aufgaben um zu einem begründeten Urteil zu kommen.

9. Aufgabe

http://www.spiegel.de/thema/ehrenmorde_in_deutschland/ enthält Fallbeispiele und weitere Informationen zum Problem der Ehrenmorde in Deutschland. Das im Jahr 2005 in Kraft getretene neue türkische Strafgesetzbuch sieht für vorsätzliche Tötungen aus Gründen der Tradition erschwerte lebenslange Freiheitsstrafe vor. Hierunter fallen auch Ehrenmorde. Ergänzend führte der Gesetzgeber Vorschriften für eine strenge Bestrafung von Personen ein, die sich zur Tatbegehung eines Minderjährigen oder Schuldunfähigen bedienen. Trotz der Verschärfung gibt es weiterhin zahlreiche Ehrenmorde in der Türkei. Ein Bericht über einen besonders grausamen Ehrenmord und dessen gesellschaftliche Hintergründe ist zu finden unter <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,676177,00.html> vom 5. 2. 2010.

Bei der Diskussion sollte auf die Unterentwicklung der östlichen und südöstlichen Provinzen der Türkei Bezug genommen werden. Ferner sollte eruiert werden, dass erhebliche Teile der türkischen Bevölkerung, auch der Studenten, Ehrenmorde befürworten. Die Diskrepanz zwischen Rechtsvorschriften und Realität kann so beispielhaft erläutert werden, wie sie auch in anderen Bereichen zu finden ist, z. B. bei der Realisierung von Meinungs-, Informations- und Religionsfreiheit oder der Durchsetzung der gesetzlichen Schulpflicht. Insofern könnten Ehrenmorde als Beispiel für die Kluft zwischen westlichen Werten und den in der Türkei geltenden gesehen werden, die einem Beitritt entgegenstehen.

10. Aufgabe

http://de.wikipedia.org/wiki/V%C3%B6lker_mord_an_den_Armeniern gibt einen ausführlichen historischen Überblick über den Genozid an den Armeniern und die Leugnung durch die türkischen Regierungen seit dieser Zeit.

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,684184,00.html> der Artikel vom 17. 3. 2010 zeigt die Einstellung der heutigen türkischen Regierung zum Genozid an den Armeniern.

Im Kommentar sollte deutlich werden, warum die Leugnung des Genozids für das Europäische Parlament ein Hinderungsgrund für den EU-Beitritt der Türkei ist. Dazu sollte auch die Argumentation von Wehler (M21, Z. 250–261) und Winkler (M22, Z. 80–97) beachtet werden.

Hinweis:

Das Europäische Parlament hat mit den Beschlüssen vom 18. Juni 1987 und 15. November 2001 die Anerkennung des Völkermordes durch den heutigen türkischen Staat zu einer Voraussetzung des EU-Beitritts der Türkei erklärt und am 28. Februar 2002 in einem weiteren Beschluss die Türkei zur Einhaltung dieser Vorgabe gemahnt.

S.123, A1–9

1. Aufgabe

Intention des Karikaturisten

- der große Schritt zu einer politischen Union mit nach außen sichtbaren Signalen, wie Verfassung, Außenminister und die Bezeichnung Verfassungsvertrag etc. ist gescheitert (auch bei Verabschiedung des Verfassungsvertrages wäre die Union ein Staatenverbund geblieben, insofern war der Begriff Verfassungsvertrag pathetisch überhöht),
- aber die wichtigen Regelungen zur Reform der Institutionen und Entscheidungsfindung sind im Grundlagenvertrag/Lissabonvertrag gerettet worden, so dass der „Karren“ fährt.

2. Aufgabe

Die Befragten sind offensichtlich im Hinblick auf die Weiterentwicklung der EU zu einem Bundesstaat, einem politisch einheitlichen Europa mehrheitlich optimistisch. Wichtige noch nationalstaatliche Funktionen wie Verteidigung und die Außenvertretung werden bei der Union in 50 Jahren gesehen. Der Präsident wird durch die Bürger direkt gewählt, ein wichtiger Schritt in Richtung Bundesstaat. Darüber hinaus gehen die Befragten mehrheitlich davon aus, dass die EU auch noch in 50 Jahren bestehen wird, keine Selbstverständlichkeit.

Wahrscheinlich ist die geringere Bedeutung der EU als Wirtschaftsmacht aus heutiger Sicht eine realistische Einschätzung, wenn die rasante wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer betrachtet wird.

3. Aufgabe

Neuerungen beim Entscheidungsprozess

- doppelte Mehrheit (55 % der Staaten und 65 % der Bevölkerung) bei Entscheidungen des Rates ab 2014. Gilt nicht bei der Innen-, Steuer- und Sozialpolitik sowie Auswärtigen Beziehungen dort weiterhin bisherige Regelung.
- Reduzierung der Kommissionsmitglieder von 27 auf 18 ab 2014, so dass nicht mehr jedes Land ein Mitglied hat.
- EU-Parlament entscheidet gemeinsam mit dem Rat über die Regulierung und wählt den Präsidenten der Kommission.
- Möglichkeit eines EU-weiten Volksbegehrens mit Auftrag für einen Gesetzesvorschlag der Kommission.

Neuerungen bei Institutionen

- Schaffung eines „Hohen Vertreters“ für die Außenbeziehungen, gleichzeitig Vizepräsident der Kommission, Nebeneinander von Außenbeauftragtem und Außenkommissar entfällt.
- Schaffung eines Ständigen Ratspräsidenten mit einer Amtszeit von 2 ½ Jahren.

- Regelung für den freiwilligen Austritt eines Staates aus der EU.
- Kriterien für die Aufnahme in die EU: Werte der EU akzeptieren und fördern.

Weitere Neuerungen

- Verbindliche Bürgerrechte entsprechend der Grundrechtecharta von 2000.
- Unterschiedliche Geschwindigkeiten und Opting-Out-Möglichkeit bei bestimmten Sachthemen für Mitgliedsländer.

4. Aufgabe

Die beiden ersten Kommentare beklagen gemeinsam die Unverständlichkeit des Textes und die Nichtbeteiligung der Bürger an der Diskussion um den Inhalt des Vertrages. Das Ziel, mehr Demokratie, Transparenz und Effizienz zu schaffen, wurde nicht eingelöst. Hinter verschlossenen Türen würde nur noch der Minimalkonsens gefunden. Darin wird das Ende des politischen Projekts Europa gesehen und die Rückkehr zur traditionellen Politik der EU; kleine Schritte in Richtung Integration hinter verschlossenen Türen ohne Bürgerbeteiligung ausgehandelt.

Kleine Fortschritte in Richtung Demokratie und Effizienz werden jedoch dem Grundlagenvertrag zugebilligt. Nach Meinung der Autorin in **M27b** fehle die Verständigung über das Wesen und das Ziel von Europa. Das wiege am schwersten.

Attac kritisiert den Lissabonvertrag als demokratiefeindlich, neoliberal und militaristisch, soziale Grundrechte würden nicht gestärkt, das Demokratiedefizit bleibe bestehen. Deshalb sollten die Regierungschefs den Vertrag nicht unterzeichnen.

5. Aufgabe

Hinweis:

Die Texte von Ulrich Beck (**M28**) und Wolf Schäfer (**M29**) sind nach dem Scheitern des Verfassungsvertrages und vor der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages entstanden, während die Humboldt-Rede von Joschka Fischer im Jahr 2000 vor der Osterweiterung gehalten wurde. Gemeinsam ist ihnen jedoch, dass sich die Autoren mit dem finalen Ziel des Projekts Europa beschäftigen.

Die Beurteilung der EU als kafkaeskes Labyrinth (Z. 18–60) bezieht sich auf die Anmutung, die die Bürger der EU gegenüber der EU empfinden, nämlich als undurchschaubare überbürokratische Institution, die teilweise absurde Regelungen für die Krümmung von Bananen und Gurken trifft und „Marmelade“ aus den Regalen zugunsten von „Fruchtaufstrich“ verschwinden lässt.

Als weiteres Beispiel aus der Arbeitswelt eignet sich auch folgendes:

In der „Lärm- und Vibrationsschutz -Arbeitsschutzverordnung“, die Arbeitnehmer vor zu starken Erschütterungen, beispielsweise beim Bohren schützen soll, heißt es: „Die Bewertung des Ausmaßes der Exposition für Hand-Arm-Vibrationen erfolgt nach dem Stand der Technik anhand der Berechnung des auf einen Bezugszeitraum von acht Stunden normierten Tagesexpositionswertes $A(8)$; dieser wird ausgedrückt als die Quadratwurzel aus der Summe der Quadrate (Gesamtwert) der Effektivwerte der frequenzbewerteten Beschleunigung in den drei orthogonalen Richtungen a (tief)hwx, a (tief)why, a (tief)hwz“. Bauunternehmen sind gemäß der Verordnung verpflichtet nicht nur Gefährdungsbeurteilungen durchzuführen, sondern auch für jeden Mitarbeiter umfangreiche „Vibrationskonten“ zu führen, auf denen die individuellen Vibrationsmessdaten festgehalten werden.

nach http://www.welt.de/politik/article1878263/Warum_Marmelade_jetzt_Konfituere_heissen_muss.html#

Die EU ist also für viele Bürger eine Institution, die mit ihren Interessen nichts zu tun hat, sondern nur ihren eigenen Bedürfnissen und undurchschaubaren Regeln gehorcht sowie viel Geld kostet. Deshalb hätten bei den Referenden in Frankreich und Holland die Bürger mit Nein gestimmt.

Dem setzt Beck eine kosmopolitische Perspektive Europas entgegen (Z. 140–191). Damit ist gemeint, dass im Rahmen der globalisierten Welt die Möglichkeit zum Rückzug in ein nationales Schneckenhaus eine Illusion ist. Europa oder europäische Nationalstaaten seien eine falsche Alternative, die dem nationalen Denken entspringt. Eine kosmopolitische Denkweise erkennt, dass Europa Vielfalt und nicht nationalen Selbstmord bedeutet. Das kosmopolitische Motto „In Vielfalt vereint“ umschließt das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit, welches die Vielfalt der Sprachen, Kulturen und Traditionen als Reichtum und nicht als Integrationshindernis begreift (vgl. auch Annäherung M4).

Um dieses europäische Bewusstsein der Bürger Europas zu fördern, welches die Chance zur Weiterentwicklung zu einer konfliktfähigen und kosmopolitischen EU eröffnen würde, schlägt Beck einen radikalen Schritt vor (Z. 192–227). Der Verfassungstext sollte durch drastische Kürzungen verständlich gemacht werden. Dieser Text sollte am selben Tag allen Bürgern der Mitgliedstaaten zur Abstimmung vorgelegt werden mit der Vorgabe, dass jenes Land, welches gegen die Verfassung votiert, sich für eine herabgestufte Mitgliedschaft mit der Folge des Verlustes von Zuschüssen seitens der EU entscheidet. So könnte das Inkrafttreten der Verfassung durch die Ablehnung nur eines Staates nicht verhindert werden und die Verfassung würde europäisch-demokratisch legitimiert.

6. Aufgabe

Für Schäfer (M29) ist Heterogenität, also Unterschiedlichkeit das zentrale Charakteristikum der EU. Die Unterschiedlichkeit ergibt sich aus der Verschiedenheit der nationalen Institutionen, der Bürgerpräferenzen, der Sprachen, Sitten, Gebräuche, etc. Einerseits ist für Schäfer diese Heterogenität als Reichtum Europas zu begreifen, der aber andererseits Kosten bei der Erstellung der zentralen Gemeinschaftsgüter entstehen lässt in Form von nicht befriedigten national differenzierten Bürgerpräferenzen – z. B. die unterschiedlichen Vorstellungen griechischer Bürger in Bezug auf die Regelungen zur Schuldenkrise –, der aufwendigen Organisation bei der Konsensfindung in den EU-Institutionen – z. B. Rettungsschirm infolge der Schuldenkrise. Da mit der Erweiterung der EU die Heterogenität zunimmt, werden deren Kosten immer höher in Bezug auf den Integrationsprozess.

Schäfer folgert daraus, dass Erweiterung und Vertiefung nicht gleichzeitig zu erreichen sind, weil sie nicht in einem komplementären, sondern in einem substitutionalen Verhältnis stehen.

Bei jeder Erweiterung der EU steigen die Heterogenitätskosten. Deshalb sollten nicht mehr zentralisierte Entscheidungen durchgeführt werden, die die Heterogenitätskosten nicht berücksichtigen oder sie „wegzuharmonisieren“ versuchen. Zentralisierung und Harmonisierung vertragen sich nicht mit Heterogenität. Diese Erkenntnis sei in der Politikwissenschaft unumstritten, werde aber von den EU-Politikern in ihren Intentionen nicht hinreichend berücksichtigt (Z. 55–85).

Schäfer fordert den Trend zur Zentralisierung und Harmonisierung von Politikbereichen angesichts der Heterogenitätskosten, die über den Skalenerträgen liegen, zu stoppen und die Regulierungsintensität der EU abzusenken, den *acquis communautaire* mit 80 000 Seiten Umfang zu reduzieren und das Subsidiaritätsprinzip strikt anzuwenden. Die Abkehr von der Einstimmigkeitsregel im Rat könne die Heterogenitätskosten noch steigern, weil sich Zentralisierung leichter durchsetzen ließe (Z. 153–198) und in die genaue Gegenrichtung von Heterogenität weist.

7. Aufgabe

Unter „voller Parlamentarisierung in einer Europäischen Föderation“ versteht Fischer in seiner Humboldt-Rede aus dem Jahr 2000 den Übergang vom Staatenverbund zu einer politischen Union in einem Bundesstaat mit einem „richtigen“ europäischen Parlament und einer europäischen Regierung, die die exekutive Gewalt in der EU ausübt auf der Grundlage eines Verfassungsvertrages (Z. 51–62). Diese Finalität der europäischen Integration kann nur bei einer Souveränitätsteilung zwischen den Nationalstaaten und Europa erfolgreich sein.

Eine Art Bundesrat als zweite Kammer soll dafür Sorge tragen, dass die Interessen der Nationalstaaten berücksichtigt werden.

Die Nationalstaaten sollen ebenso wie in Deutschland die Bundesländer ihre eigenen Regierungen und Parlamente haben. Nach dem Subsidiaritätsprinzip werden den Nationalstaaten die politischen Entscheidungsfelder überlassen, die sie kompetenter als der Europäische Staat bearbeiten können, um dadurch die nationalen Eigenarten zu wahren und zu pflegen (Z. 103–172).

8. Aufgabe

Bei der Erörterung der Frage kann es sinnvoll sein, von der jeweiligen aktuellen Situation in der EU auszugehen. Betrachtet man beispielsweise den Bereich der EU, der mit dem Euro am weitesten integriert ist, fallen die von Schäfer hervorgehobenen Heterogenitätskosten, die durch die einheitliche Geldpolitik der EZB entstehen können, auf. Die Zentralisierung der Geldpolitik bei der EZB hat dazu geführt, dass trotz unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklung der Euroländer einheitliche Leitzinsen im Euroraum gelten. Die Inflationsraten (HVPI) betragen im Dezember 2010 z. B. in Griechenland 5,2 %, in der Slowakei 1,3 % in Deutschland 1,9 %. Zu fragen ist, ob die zentralisierte Geldpolitik bei diesen großen Unterschieden für die beteiligten Länder angemessen ist. Nicht zuletzt haben Länder, die aufgrund ihrer hohen Inflationsraten höhere Leitzinsen in der Vergangenheit gewohnt waren, sich durch den im Euroraum nun niedrigeren Leitzins hoch verschuldet, was eine wesentliche Ursache der Verschuldungs- und Währungskrise ist. Die damit verbundenen finanziellen Belastungen von 750 Mrd. durch den Euro-Rettungsschirms können als Heterogenitätskosten verstanden werden. Insofern ist die Unvereinbarkeit von Vertiefung und Erweiterung, die Schäfer erläutert, gut nachzuvollziehen.

Andererseits kann man Beck's Forderung nach einer kosmopolitischen Denkweise für die EU nachvollziehen, weil viele globale Probleme national einfach nicht gelöst werden können, z. B. Umweltschutz, Terrorbekämpfung und viele scheinbar nationale Probleme, wie demographische Entwicklung, Reformen der sozialen Sicherungssysteme, Zuwanderung etc., die auch als gemeinsame europäische Herausforderungen begriffen werden können. Ob die Radikalkur aus dem kafkaesken EU-Labyrinth, die Beck vorschlägt, greifen würde, muss eher skeptisch beurteilt werden, auch weil sich in den Mitgliedsländern der EU gar keine Mehrheit für eine solche Radikalkur finden lassen würde.

Die Ausführungen Fischers decken sich mit denen von Beck, wenn man von der finalen Zielsetzung ausgeht. Fischer entfaltet jedoch differenzierter, wie er sich eine Parlamentarisierung zu einer Europäischen Union auf der Grundlage eines Verfassungsvertrages über eine Souveränitätsverteilung zwischen der Föderation und den Nationalstaaten vorstellt. Angesichts des Scheiterns des Verfassungsvertrages, der lange nicht so weit auf dem Weg der Integration voranschritt, wie Fischer es vorschlug und angesichts des gefundenen Minimalkonsenses im Grundlagenvertrag kann man Fischers finale Zielsetzung für die absehbare Zukunft nur als schöne Utopie betrachten. Ist es überhaupt sicher, dass im Hinblick auf die nationalen Egoismen der erreichte Integrationsstand erhalten bleiben kann?

9. Aufgabe

Eine politische Rede zur Zukunft der EU kann eine Utopie entwickeln oder aber stärker auf die Realität bezogen sein.

In beiden Fällen könnte als Einstieg von der Friedenssicherung und Aussöhnung zwischen den EU-Staaten durch die europäische Integration ausgegangen werden.

Eine politische Rede mit mehr utopischem Charakter könnte sich an die Vorstellungen von Beck und Fischer anlehnen im Hinblick auf eine Europäische Förderation unter Beachtung der nationalen Vielfalt und Vorstellungen entwickeln, über welche Schritte man diesem Ziel näher kommen könnte.

Eine stärker auf die Realität der EU bezogene Rede könnte nach der Einleitung auf die Problemlage der EU Bezug nehmen und das Problem des Imperial Overstretch in den Vordergrund stellen, also keine Erweiterung in der Zukunft, sondern eine Stabilisierung der EU.

Als weiterer Aspekt könnte die EU-Ferne der meisten Bürger der EU aufgegriffen werden und Vorschläge vorgestellt werden, wie man das kafkaeske EU-Labyrinth aufbrechen könnte. Hier könnte an Gedankengänge von Schäfer angeknüpft werden.

3 Ökologie und Ökonomie

Hinweise zu Kapitel 3

- Da die Klimadebatte innerhalb der vielfältigen ökologischen Herausforderungen im Focus der öffentlichen Diskussion steht und dieser Problembereich geradezu das Paradebeispiel für die globale Vernetzung aller Regionen und Staaten unseres Planeten ist, wird die Struktur dieses Kapitels weitgehend durch diese Thematik bestimmt.
- Weil es um das Verhältnis von Ökologie und Ökonomie geht, wurden naturwissenschaftliche Fragestellungen nur am Rande aufgenommen.
- Die politische Dimension der Thematik wird dadurch verdeutlicht, dass Umwelt ein knappes öffentliches Gut geworden ist und dadurch Verteilungskonflikte auf nationaler und globaler Ebene entstehen, die durch den Einsatz der umweltpolitischen Instrumente noch verstärkt werden. Auch hierfür ist die Klimaproblematik ein Paradebeispiel.
- Zum Themenbereich bietet es sich an, außerschulische Partner in den Unterricht mit einzubeziehen. Dazu können örtliche Vertreter der Umweltschutzorganisationen, von Parteien, Referenten der Industrie- und Handelskammer, der Gewerkschaften und Vertreter örtlicher Unternehmen eingeladen werden.
- Das Material lässt je nach Zeitbudget, Interessen des Kurses sowie Abiturvorgaben eine mehr orientierende oder eine vertiefende Bearbeitung zu.
- Als Basis- und Vertiefungstexte werden für die einzelnen Abschnitte des Kapitels folgende Materialien vorgeschlagen. Je nach Schwerpunktsetzung sind selbstverständlich auch andere Zugriffsweisen möglich.

	Basismaterial	Vertiefungsmaterial Für Zusatz-Referate geeignet, oder als Basis materialgebundener Binnendifferenzierung
Abschnitt 3.1.	M 1– M 5, M 7	M 6
Abschnitt 3.2.1	M 8, M 9	M 10
Abschnitt 3.2.2	M 11, M 13	M 12, M 14, M 15
Abschnitt 3.2.3	M 16, M 17	
Abschnitt 3.2.4	M 18, M 20	M 19, M 21
Abschnitt 3.3.1	M 22	
Abschnitt 3.3.2	M 23, M 25 – M 29	M 24, M 30
Abschnitt 3.3.3	M 31 – M 33, M 35	M 34
Abschnitt 3.4	M 36, M 38, M 39	M 37

1. Aufgabe

Für die **Gegenposition** zu der häufig zu hörenden Aussage können folgende Argumente angeführt werden:

- Bei dem zu beobachtenden Klimawandel geht es nicht um ein einzelnes regionales Wetterphänomen, sondern um den Klimawandel des Planeten Erde, der durch die Treibhausgase über einen längeren Zeitraum verursacht wird. Einige kalte und schneereiche Winter in Deutschland oder Westeuropa sind durchaus mit einer langfristigen globalen Erwärmung vereinbar.
- Die globale Erwärmung in den vergangenen Jahrzehnten wird am beobachteten Anstieg der Durchschnittstemperatur der erdnahen Atmosphäre und der Meere gemessen. 2010 und 2005 sind die global wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen.
- Zwischen 1906 und 2005 nahmen die global gemittelten, bodennahen Lufttemperaturen um $0,74^{\circ}\text{C}$ zu. Am deutlichsten ist die gemessene Erwärmung im Zeitraum von 1975 bis heute.
- In den letzten 50 Jahren hat sich in Deutschland die Jahresmitteltemperatur um 1° , in Süddeutschland sogar um $1,5^{\circ}$ erhöht.
- Die Szenarien des IPCC von 2007 gehen bis 2100 im besten Fall von einer Erwärmung des Planeten von $1,1^{\circ}$ – $2,9^{\circ}$ und im schlimmsten Fall von $2,4^{\circ}$ – $6,4^{\circ}$ aus.

Hinweis

- Die heute dominante Version von der anthropogen verursachten Klimaerwärmung ist nicht unumstritten. Der Physiker Svensmark gehört zu den Wissenschaftlern, die den Einfluss des CO_2 bei der Erwärmung für überbewertet halten. Er führt die Erwärmung auf die Sonnenaktivität und dadurch bewirkte Wolkenbildung zurück. Verständliche Informationen dazu und zur Kontroverse über die Ursachen der Klimaänderungen unter <http://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article5528858/Ein-Physiker-erschuettert-die-Klimatheorie.html>
- Während in **M5** als Folge der Erwärmung für Deutschland „warm-feuchte Winter“ (Z. 40) angenommen werden, kommen neuere Studien des Potsdamer Instituts für Klimafolgenforschung zum entgegengesetzten Ergebnis. Wenn die Meeresoberfläche in der östlichen Arktis aufgrund der Erwärmung eisfrei ist, verliert sie Wärme an die kalte Luft. Durch die Aufwärmung der Luftmassen erfolgt eine Umkehr ihrer Rotationsrichtung. Arktische Nordostwinde werden in Richtung Europa gelenkt und können so für niedrige Temperaturen sorgen. „Diese Störungen könnten die Wahrscheinlichkeit des Auftretens extrem kalter Winter in Europa und Nordasien verdreifachen“. http://www.pikpotsdam.de/aktuelles/pressemitteilungen/erderwaermung-koennte-winter-kaelter-werden-lassen?set_language=de

2. Aufgabe

- Nach dem vorherrschenden wissenschaftlichen Verständnis wird der Treibhauseffekt überwiegend anthropogen verursacht. Die Erwärmung entsteht durch Verbrennen fossiler Brennstoffe (Kohle, Erdöl, Gas), durch die Vernichtung der Urwälder (Brandrodung) sowie durch die Landwirtschaft (Stickstoffdüngung und Methan durch Viehhaltung). Dadurch werden die Treibhausgase CO_2 , Methan und Lachgas in der Atmosphäre angereichert, so dass weniger Wärmestrahlung von der Erdoberfläche in das Weltall abgestrahlt werden kann und die Atmosphäre sich erwärmt.
- Der mit Abstand größte Teil (64 %) der Erwärmung ist auf den Anstieg des Treibhausgases Kohlendioxid zurückzuführen, gefolgt von Methan mit 20 %.
- Direkte Folgen sind vielfältig und abhängig vom Grad der Erwärmung: Abschmelzen der Gletscher und Polarkappen, Anstieg des Meeresspiegels mit Überschwemmungen (Bangladesch), Zunahme der Wasserverdunstung, Ausbreitung der Dürregebiete (Mittelmeerraum wird zur Wüste, Steppe bis zur Ostsee bei einer Erwärmung von 4°C , **M6**), Bodenerosion (Brasilien), Zunahme extremer Wetterereignisse wie Dürren (Regionen Chinas 2011), Hitzewellen, sintflutartige Niederschläge (Australien, Pakistan 2010/2011), wachsende Stärke tropischer Zyklone.

- Indirekte Folgen der Erwärmung sind steigende Kosten zur Beseitigung oder Vorbeugung (höhere Deiche) von Schäden, höhere Versicherungsprämien, Missernten, Hungersnöte, Hungerunruhen, wachsende Armut in den betroffenen Regionen, Wanderungsbewegungen, Verteilungskämpfe (Nahrungs- und Wassermangel), Auswirkungen auf Flora und Fauna, Artensterben etc.
- In Deutschland würde eine Zunahme um 2° bis 2050 gegenüber 1990 zu geringeren Niederschlägen besonders im Osten und zu einer Zunahme im Westen führen, ferner käme es zur Zunahme von Extremereignissen (Hochwasser mit Überschwemmungen, Stürme, Sturmfluten), zu trockenen heißen Sommern vor allem im Süden und Osten und zu warm-feuchtem Winter und zum Rückgang der Schneedecke in den Alpenregionen. Die Kosten für die Vorsorge gegen Schäden und Beseitigung von Schäden steigen mit der Folge von Wohlstandsverlusten.

3. Aufgabe

Die Szenarien aus dem Jahr 2000 unterscheiden sich durch die grundlegenden Annahmen über die Bevölkerungsentwicklung, das Wirtschaftswachstum und die technologische Entwicklung.

Das **worst case scenario A1FI** (gestrichelte grüne Linie) geht von folgenden Annahmen aus

- Weltbevölkerung wächst bis 2050, danach schrumpft sie
- rasches Wirtschaftswachstum
- schnelle technologische Entwicklung
- intensiver Gebrauch fossiler Brennstoffe.

Als **Folgen für das Klima** werden prognostiziert

- bis 2050 Anstieg der Temperatur um 2°, bis 2100 um 4,5° mit einem Unsicherheitsbereich von 3,5° bis über 6°
- Anstieg der Meeresspiegel um mehr als 50 cm mit Unsicherheitsbereich zwischen 60 cm und mehr als 100 cm
- Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre bis 2050 auf annähernd 600 ppm und 2100 auf annähernd 1000 ppm
- Anstieg CO₂-Emissionen pro Jahr bis 2080 auf 30 Gigatonnen, danach leichte Senkung.

Das **best-case-scenario B1** (grün durchgezogene Linie) unterscheidet sich von dem worst-case-scenario durch einen raschen Übergang zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft und die Durchsetzung sauberer und sparsamer Technologien und weltweite Nachhaltigkeit.

Als **Folgen für das Klima** werden prognostiziert

- Der Anstieg der Temperatur bis 2050 kann auf knapp über 1° und der bis 2100 auf unter 2° begrenzt werden mit Unsicherheitsbereich von 1,5° bis 2,5°.
- Der Meeresspiegel steigt daher nur bis 2100 auf rund 30 cm an, maximal auf etwas über 40 cm.
- Ebenso kann der Anstieg der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre auf rund 550 ppm begrenzt werden und die CO₂-Emissionen pro Jahr auf ungefähr 2 Gigatonnen.

Der Prognosewert solcher langfristigen Szenarien ist begrenzt. Die Unsicherheit der Ergebnisse nimmt mit der Länge des Prognosezeitraums zu, wie bei den Wettervorhersagen. Das wird in den Szenarien durch den Fehlerbalken für das Jahr 2010 ausgedrückt.

Weiterhin ist zu beachten, dass die Szenarien auf dem Erkenntnisstand der Wissenschaften vom Jahr 2000 aufbauen. Wie stark der Wissensstand der Forschung eine Rolle bei solchen Prognosen spielt, lässt sich an dem Szenario aus dem Jahr 1992 IS92a (schwarze durchgezogene Kurve) ablesen, bei dem die Temperatur maximal um 2,5° steigt.

Ob die vom IPCC mit 90 Prozent bezifferte Gewissheit (M6 Z. 35–59), dass die Erwärmung anthropogen verursacht wurde, zutrifft, kann sich ebenfalls durch Fortschritte in der Wissenschaft als falsch erweisen.

4. Aufgabe

Dass der Anteil der Klimabewussten bei den Anhängern der Grünen am Höchsten ist, dürfte nicht überraschen, ist dies doch lange Zeit ein Alleinstellungsmerkmal der Partei gewesen. Da erstaunt es schon eher, dass es auch Ignoranten gibt. Da aber auch die anderen Parteien den Klimaschutz als wichtigen Politikbereich für sich erkannt haben, sind diese Parteien auch für Klimabewusste wählbar geworden. Überraschend hoch ist auch bei den Sympathisanten der Linkspartei der Anteil der Klimabewussten gewesen. Dagegen scheinen andere sozialstrukturelle Faktoren wie Geschlecht, Bildung, Einkommen, Beruf, Wohnumfeld keinen wesentlichen Einfluss auf das Klimabewusstsein zu haben. Der größte Einfluss wird den Wertorientierungen zugeschrieben, die an den Sozialmilieustudien orientiert sind. Bei den engagierten Idealisten und Wertpluralisten ist das Klimabewusstsein im Gegensatz zu den Hedonisten besonders ausgeprägt.

Gründe für das wenig ausgeprägte Klimabewusstsein der Generation 70plus konnten sein

- Wir können sowieso nichts mehr ändern.
- Auf uns hört keiner, wir werden nicht mehr für voll genommen.
- Uns betrifft das nicht mehr,
- Krankheit etc.

Vor einer Generalisierung der Umfrageergebnisse gerade auch bei dieser Altersgruppe ist zu warnen, weil alte Menschen auch in generationsübergreifenden Zeithorizonten denken.

Bei Kindern in der Grundschule könnte das wenig ausgeprägte Klimabewusstsein an der Abstraktheit des Themas liegen. Andere Umweltprobleme, wie Müll, Energieverschwendung, Wasserverunreinigung etc. sind konkreter.

Hinweis

Neuere Ergebnisse europaweiter Umfragen sind zu finden unter http://www.klimabewusstsein.de/dateien/ErgebnisZusammenfassung_Eurobarometer313.pdf

1. Aufgabe

Die Produktionsweise von Cowboys bestand darin, ein Gebiet von den Rinderherden abgrasen zu lassen unter Hinterlassung von Abfall in Form der Ausscheidungen der Tiere, sich dann neue Räume zu suchen, bis auch diese abgrast waren und wiederum zum nächsten Weidegrund weiterzuziehen. Die natürlichen Ressourcen wurden genutzt, die Abfälle wurden von der Natur absorbiert, dienten als natürlicher Dünger. Eine solche Wirtschaftsweise stand im Einklang mit der Umwelt, so lange sie nicht übernutzt wurde.

Unter Cowboy-Ökonomie versteht Boulding makroökonomische Analysen auf der Grundlage des Kreislaufmodells, die implizit von unbegrenzten natürlichen Ressourcen sowohl bei der Produktion als auch beim Konsum ausgehen und das Abfallproblem (Klimagase, Müll, Abwässer, etc.) unberücksichtigt lassen, wie das bei den üblichen Kreislaufmodellen in der Ökonomie, die auf Quesnay aufbauen, der Fall ist. Solange die Regenerationsfähigkeit der Natur ausreichte, die Abfallprodukte zu absorbieren und genügend natürliche Ressourcen vorhanden waren, war eine solche Betrachtungsweise nicht ganz falsch.

2. Aufgabe

Das weltweite Wirtschaftswachstum mit dem Raubbau an nichtregenerierbaren Rohstoffen und die aus Produktion und Konsum entstandenen vielfältigen Umweltprobleme seit der Industrialisierung haben dazu geführt, dass diese Betrachtungsweise nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Natur in ihren vielfältigen Facetten ist zu einem knappen Gut geworden, das ökologische Gleichgewicht ist in vielen ökologischen Systemen durch den Raubbau und das ungehemmte Wachstum gestört, von der drohenden Klimakatastrophe bis zur Überfischung der Meere und der Abholzung der Regenwälder.

Daher ist es notwendig geworden, Wirtschaft und natürliche Umwelt als voneinander abhängige Systeme zu begreifen, wie es im ökonomisch-ökologischen Kreislauf dargestellt ist.

Boulding hat dafür den Ausdruck Raumschiff-Ökonomie geprägt. Wie ein Raumschiff fasst er die Erde als ein geschlossenes System auf, d.h. Ressourcen können nicht von außerhalb der Erde gewonnen werden mit Ausnahme der Sonnenenergie und die Abfallprodukte lassen sich auch nicht außerhalb der Erde entsorgen.

Zum Verständnis der Raumschiff-Ökonomie wird auf die Thermodynamik zurückgegriffen (erstmal ausführlich dargestellt durch Nicholas Georgescu-Roegen in seinem 1971 erschienen Werk „The Entropy Law and the Economic Process“).

Basis der Überlegungen ist die Erkenntnis, dass durch menschliche Wirtschaftsaktivitäten Energie und Materie in andere Zustandsformen umgeformt werden. Daher ist es möglich, die Thermodynamik als Teildisziplin der Physik auch für die Analyse wirtschaftlicher Prozesse zu verwenden. Die beiden **Hauptsätze der Thermodynamik** lauten folgendermaßen:

- In einem geschlossenen System kann Energie weder geschaffen noch zerstört werden.
- Die Entropie (Entwertung von Materie) eines geschlossenen Systems nimmt zu bzw. bleibt – im Falle eines reversiblen Prozesses – konstant.

Das Entropiegesetz kann im ökonomischen Bereich als irreversible Entwertung der Natur durch ökonomische Prozesse ausgelegt werden. Einerseits ist niedrige Entropie, z. B. wertvolle Energie, ein ständiger Input des ökonomischen Systems. Andererseits gibt das ökonomische System hohe Entropie, z. B. wertlose Energie, an das Ökosystem ab.

Beispiel: Die nach der Verbrennung einer bestimmten Menge Erdöl in der Atmosphäre befindlichen Verbrennungsrückstände stellen eine Zunahme der Entropie dar, da diese Energie nicht wieder verwertbar ist, die Verbrennungsrückstände sind nicht reversibel (2. Hauptsatz der Thermodynamik). Gemäß dem ersten Hauptsatz der Thermodynamik ist die Energiemenge jedoch konstant geblieben.

Auf diese Weise transformiert der Mensch im Rahmen seiner wirtschaftlichen Aktivität natürliche Inputs in nicht mehr nutzbare Stoffe. Ein Großteil dieser Umwandlungsprozesse ist nicht mehr oder nur mit sehr großen Anstrengungen revidierbar, also weitgehend irreversibel.

Das ökonomische System trägt zu einer ununterbrochenen Erhöhung der Entropie im ökologischen System bei durch Schadstoffemissionen in die Umwelt; Abbau nicht erneuerbarer Ressourcen; Übernutzung erneuerbarer Ressourcen; Störung der ökologischen Kreisläufe, beispielsweise durch den Treibhauseffekt der Klimagase, den Abbau der Ozonschicht durch FCKW. Es entstehen also ökologische Ungleichgewichte, weil die Assimilationskraft und Regenerationsfähigkeit der Natur überfordert sind. In der Raumschiff-Ökonomie muss die Entropie eingeschränkt werden, daher die Einbeziehung der Natur in den Kreislauf in Form des Ökologischen Systems verbunden mit den Anforderungen einer nachhaltigen Entwicklung, die folgenden Anforderungen genügen muss:

- Die Assimilationskraft der Natur darf durch die aus dem ökonomischen System fließenden Reststoffe/Schadstoffe nicht überfordert werden.
- Recycling nicht regenerierbarer Rohstoffe
- Der Bestand an erneuerbaren Ressourcen über ihre Regenerationsfähigkeit (z. B. Überfischung) hinaus muss verhindert werden.

3. Aufgabe

Das **Politikkonzept der nachhaltigen Entwicklung** bezieht sich nach dem **Brundtland-Bericht** auf drei Dimensionen:

- Bei der ökonomischen Dimension geht es um die Wachstumsstrategie. Wirtschaftswachstum, auch in quantitativer Hinsicht, wird nicht generell abgelehnt. Es wird aber eine Abkehr von der auf kurzfristige Gewinne setzenden Wachstumspolitik hin zu einer international langfristigen Wachstumsstrategie gefordert, die eine aufholende Entwicklung der unterversorgten, von Armut geprägten Länder ermöglicht (**M9b** Z. 39–53). In den entwickelten Ländern sollte das qualitative Wachstum betont werden (**M10** Z. 35–75).
- Die ökologische Dimension geht von der Endlichkeit der natürlichen Ressourcen aus. Es geht letztlich darum, das Überleben der Menschheit auf dem Planeten Erde zu sichern. Daher sind die ökologischen Kosten von Produktion und Konsum zu berücksichtigen (**M9b** Z. 54–67). Daraus ergeben sich drei Bedingungen zum Umgang mit regenerierbaren und nicht regenerierbaren Rohstoffen und dem Abfallproblem (vgl. 2. Aufgabe oder anders formuliert **M10** Z. 26–34).
- Bei der sozialen Dimension geht es primär um die Verteilungsgerechtigkeit von Chancen und Ressourcen sowohl innerhalb der Länder als auch zwischen den Industrie- und Entwicklungs- sowie Schwellenländern (**M9b** Z. 68–83).

Wesentlich für das Konzept der nachhaltigen Entwicklung ist die langfristige Perspektive. Die Existenzfähigkeit von Gesellschaften soll über alle zukünftigen Generationen gesichert werden. Im Brundtland-Bericht von 1987 wird das so formuliert: „Entwicklung zukunftsfähig zu machen, heißt, dass die gegenwärtige Generation ihre Bedürfnisse befriedigt, ohne die Fähigkeit der zukünftigen Generation zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse befriedigen zu können.“ Was konkret unter den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit verstanden wird, ist in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion umstritten, was deutlich wird bei dem Streit um die Klimaziele. Auch die Gewichtung der drei Dimensionen ist umstritten.

Der Erfolg der Wirtschaftspolitik einer Regierung wird weltweit an der Höhe des Wirtschaftswachstums gemessen, weil davon der Wohlstand, der Beschäftigungsstand etc. abhängen. Allenfalls in Teilbereichen wird Aspekten der Nachhaltigkeit Rechnung getragen. Bisher ist es nicht einmal gelungen, das Klimaziel, den Temperaturanstieg auf höchstens 2° zu begrenzen, weltweit auf der Grundlage verbindlicher Maßnahmen durchzusetzen.

4. Aufgabe

Beispiele aus dem Produktionsbereich:

- **BMW:** Etwa ein Drittel des im Unternehmen anfallenden Abwassers entsteht in der Produktion. Hier ist es gelungen, durch geschlossene Kühlkreisläufe, eine kreislaufgeführte Wassernutzung und Abwasserbehandlungsanlagen den Wasserverbrauch spürbar zu verringern. Dazu tragen auch wegweisende Technologien wie Pulverlack bei.
<http://www.7-forum.com/news/2005/produktion/nachhaltigkeit.php>
- Ein Beispiel für einen innovativen Ansatz zur nachhaltigen Chemieproduktion ist die **Weißer Biotechnik**. Die Weiße Biotechnik nutzt biologische Prozesse, um in Bioreaktoren mit Bakterien, Hefen, Schimmelpilzen oder den darin enthaltenen Enzymen Chemikalien herzustellen oder zu verarbeiten. Oft kommen nachwachsende Roh- oder Reststoffe als Nährmedien zum Einsatz, zum Beispiel Melasse und Molke. Neue biotechnische Prozesse zielen darauf ab, Reststoffe und Abfälle zu nutzen und aus Biomasse chemische Grundstoffe sowie Produkte zu entwickeln.
http://www.umweltbundesamt.de/chemikalien/nachhaltige_chemie/index.htm
- Niedrigenergiehäuser, Solartechnologie, Windkraftanlagen, Gezeitenkraftwerke etc.
- ökologische Landwirtschaft
- Produktion von Möbeln etc. aus recyceltem Material (z. B. Recycling Börse Herford).

Beispiele aus dem Konsumbereich:

- Konsum von Nahrungsmitteln aus der Region
- Konsum von Öko-Produkten
- Konsum von Fair-Trade-Waren (Dritte-Welt-Läden) etc.
- Recyclingbörsen nutzen

Konsumreduktion, z. B.

- durch eingeschränkte Nutzung des Autos
- eingeschränkte Anschaffung technischer und elektronischer Geräte etc.

Konsumverzicht, z. B.

- völliger Verzicht auf das Auto und Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel
- kein Kauf der neuesten technischen Geräte

Entsorgung von Abfall, z. B. durch Mülltrennung für Recycling.

1. Aufgabe

Die Zahlen zeigen deutlich den Zusammenhang zwischen Wirtschaftswachstum und CO₂-Ausstoß. Besonders krass ist dieser Zusammenhang aus den Zahlen für China zu erkennen. In Deutschland scheint eine teilweise Entkoppelung gelungen zu sein, da trotz allerdings nur geringfügig angestiegener Wachstumsraten der Ausstoß zwischen 2003 und 2005 gesunken ist. Das Jahr 2006 zeigt allerdings wieder einen Anstieg. Bei den Zahlen muss beachtet werden, dass der CO₂-Ausstoß auch von den Temperaturen in den Wintermonaten abhängig ist. Strenge Winter wie die im Jahr 2010 führen zu einem höheren CO₂-Ausstoß. So könnte der Rückgang in den Jahren 2003–2005 auch durch milde Winter entstanden sein. Für 2010 wird für Deutschland ein Anstieg des von CO₂ von 4,2 % bei einer Wachstumsrate von 3,6 % gemeldet. Der Zusammenhang zwischen Konjunktorentwicklung und CO₂-Ausstoß ist immer noch deutlich.

2. Aufgabe

Beispiele für typische Konkurrenzbeziehungen

- Erweiterung des Flughafens Frankfurt durch neue Startbahn, Abholzung von Wald und Versiegelung von Grünflächen
- Braunkohletagebau – Verlust von Wohngebieten, Ackerland (Garzweiler)
- Zersiedelung durch Gewerbegebiete und Einkaufszentren vor den Toren der Städte
- Verlust von Erholungs- und Freizeitgebieten durch Windkraftparks an den Küsten der Nordsee.

Beispiele

Durch die Zunahme der industriellen Massentierhaltung wird massenhaft Gülle produziert. Auf die Felder verbracht, entstehen die schädlichen Klimagase Methan und Lachgas, ebenso durch die Verdauung der Wiederkäuer. Beide Gase sind erheblich schädlicher als CO₂ für das Klima.

Höhere Produktion bedingt mehr Güterverkehr durch Lkws auf der Straße durch Just-in-time-Lieferung. Dadurch entsteht ein erhöhter CO₂-Ausstoß. Ford in Köln wird täglich von 600 LKW aus anderen Werken beliefert. Bei steigender Produktion erhöht sich die Zahl der LKW-Transporte und damit die Klimabelastung.

Das höhere Verkehrsaufkommen führt zur Forderung nach dem Neu- und Ausbau von Autobahnen und Schnellstraßen. Folge ist die Versiegelung von Grünflächen, die CO₂ absorbieren.

Das Wirtschaftswachstum in China hat zu stark erhöhter Luftverschmutzung in den Industriestädten geführt (vgl. Photo auf S. 130), nicht nur durch die Industrieanlagen, sondern auch durch den stark zugenommenen Autoverkehr.

3. Aufgabe

Mill sieht die Umweltprobleme, die durch das Bevölkerungswachstum und die Industrialisierung entstehen, das Anwachsen der Bevölkerungsdichte sowie die dadurch bedingte Zurückdrängung der urwüchsigen Natur und den dadurch bedingten Verlust von Einsamkeit. Das Problem der Umweltbelastungen durch Reststoffe, die Endlichkeit der nichtregenerierbaren Ressourcen, die Klimaänderungen durch Treibhausgase hat er nicht beachtet, weil die Ressourcen noch nicht knapp waren und das physikalische und chemische Wissen nicht entsprechend entwickelt war.

4. Aufgabe

Mill erlebte die starke Bevölkerungsvermehrung in England im 19. Jh., die Landflucht und die ersten Auswüchse der Industrialisierung. Das dringendste gesellschaftliche Problem war die Armut des rapide anwachsenden Proletariats, mit Kinderarbeit, Wohnungsnot, Krankheit etc. Von daher ist es nicht verwunderlich, dass die soziale Frage im Vordergrund reformerischer Bewegungen stand und Mills Gedanken keine Rolle spielten.

Informationen zur sozialen Lage in England zur Zeit Mills, vgl. Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, erschienen 1845, dtv Ausgabe text-bibliothek

5. Aufgabe

Storz geht auf die Diskrepanz in den Äußerungen der Politiker aller Couleur ein, die einerseits über die hohen Wachstumsraten jubeln und hoffen, das Wachstum möge anhalten oder gar noch steigen und andererseits vor der drohenden Klimakatastrophe warnen. Das sei ein Verdrängungseffekt erster Güte (Z. 1–33). Da der Autor die Politiker nicht für dumme hält, unterstellt er ihnen, dass sie um die Absurdität ihrer Position wissen. Er vermutet, dass die politische Klasse sich geistig zu schwach fühlt, die Konsequenzen aus den beiden miteinander verbundenen Tatbeständen zu ziehen und die Frage zu stellen, wie diese Gesellschaft wachsen soll, um festzulegen, welches Wachstum Fortschritt bedeutet und welches verheerend ist und verhindert werden muss (Z. 34–54). Bis auf Sonntagsreden würde das Thema ausgeklammert, keine politische Partei spitze den Konflikt so zu, dass ein neuer Politikentwurf entsteht. Der Autor greift auf Beispiele in den 70iger und 80iger Jahren zurück, um zu verdeutlichen, in welcher Richtung ein solcher Entwurf gehen müsste. Hervorgehoben wird die von der SPD in den 80iger Jahren entwickelte Programmatik zur sozial-ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft, Reparaturen am Kapitalismus würden nicht mehr genügen. Er fordert eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft, die von der Einsicht ausgehen muss, „gesamtwirtschaftlich ist nichts vernünftig, was ökologisch unvernünftig ist. Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt“ (Z. 55–101).

S.153, A1–4

1. Aufgabe

Ein Beispiel aus dem Produktionsbereich ist die **Erzeugung von Energie in Atomkraftwerken**.

- Der Strompreis ist zu niedrig, weil die Kosten der Endlagerung der radioaktiven Abfälle nicht im Preis einkalkuliert sind. Dadurch kommt es zu einer Fehlallokation der Ressourcen.
- Die Kosten für die Zwischen- und Endlagerung werden nicht von dem Verursacher getragen, sondern von der Allgemeinheit, dem Staat. Schon der Transport in die Zwischenlager verursacht hohe Kosten durch den Polizeischutz. Beim Transport der Castor-Behälter im November 2010 sind durch den Polizeieinsatz Kosten in Höhe von 25 Millionen Euro entstanden, die das Land Niedersachsen bezahlt hat.
- Diese Kosten werden nicht freiwillig übernommen, wie das bei privaten Kosten der Fall ist, sondern der Allgemeinheit zwangsweise aufgebürdet.
- Ein anderes Beispiel für negative externe Effekte wäre der Polizeieinsatz bei Fußballspielen der Bundesliga, bei der die Fußballvereine die Kosten dafür nicht tragen.

2. Aufgabe

Negative externe Effekte werden in vielfacher Hinsicht durch den Flugverkehr bei den Anliegern von Flugplätzen verursacht. Dazu zählen die gesundheitlichen Schädigungen durch den Lärm und Abgase durch den Flugbetrieb und das erhöhte Verkehrsaufkommen auf den Zubringerstraßen. Eigenheimbesitzer werden durch Wertverlust der Immobilien in ihrem Vermögen geschädigt. Würden diese negativen externen Effekte im Flugpreis berücksichtigt, würde sich die Angebotskurve nach A'A' in der Abbildung aufgrund der höheren Kosten verschieben und sich der Flugpreis von P auf P_{ges} erhöhen. Gleichzeitig würde die Flughäufigkeit um die Strecke zwischen X_{ges} und X geringer, weil die Nachfrager nicht bereit wären, einen generell höheren Flugpreis zu zahlen.

3. Aufgabe

Man könnte die Ökosteuer als Versuch deuten, die negativen externen Effekte, die durch den Energieverbrauch entstehen, den Verursachern über den Preis anzulasten. Je mehr Kraftstoff beispielsweise ein Autofahrer verbraucht und dadurch die Umwelt schädigt, um so tiefer muss der Verursacher in die Tasche greifen. Der höhere Benzinspreis (bei Benzin beträgt die Ökosteuer 65,45 Cent pro Liter) könnte die Autofahrer z. B. veranlassen, weniger zu fahren oder aber Autos zu bevorzugen, die nur wenig Benzin verbrauchen. Insofern könnte dadurch der CO₂-Ausstoß verringert werden. Ein Problem dabei ist jedoch, dass die exakte Höhe der Kosten, die durch die negativen externen Effekte entstehen, schwierig zu ermitteln ist. Vermutlich müsste die Ökosteuer noch höher sein, damit die negativen externen Effekte über die Höhe des Preises z. B. für Kraftstoff ausgeglichen werden könnten.

Die Ökosteuer ist eine Energiesteuer, die auch vom produzierenden Gewerbe und den Stromerzeugern gezahlt werden muss. Es gibt jedoch zahlreiche Sonderregelungen.

4. Aufgabe

In Deutschland existiert seit dem 01. 01. 2011 eine Luftverkehrsabgabe, die nach Entfernung gestaffelt 8 bis 45 Euro beträgt. Sie ist keine Ökosteuer, weil damit nicht die negativen externen Effekte des Flugverkehrs ausgeglichen werden können, sondern nur eine Abgabe, die der Haushaltssanierung des Bundes dienen soll (erhoffte Mehreinnahmen 1 Mrd. €). Es ist keine Kerosinsteuer, weil der Treibstoff weiterhin steuerfrei bleibt.

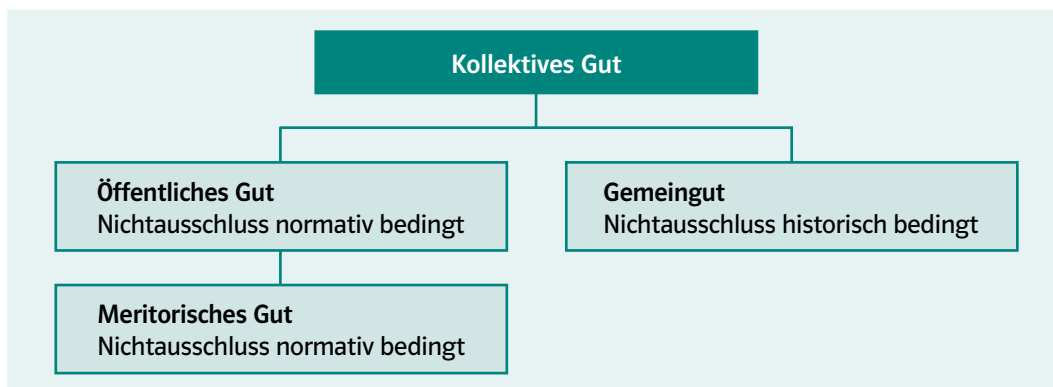
Die Luftverkehrsabgabe könnte jeden Flug ab Deutschland verteuern, weil die Abgabe auf die Preise aufgeschlagen werden kann. Da der Aufschlag allerdings ziemlich gering ist, wird sich die Nachfrage dadurch kaum verringern.

Würde der Kerosinverbrauch besteuert in annähernd der Höhe der externen Kosten, würden Flüge, wenn es kein anderes Einsparpotential gäbe, generell teurer, die Angebotskurve würde sich wie in der Zeichnung nach oben verschieben, also in Richtung A'A'. Bei einer preiselastischen Nachfragekurve würden dadurch wie in der Abbildung ein höherer Flugpreis und einen Rückgang der Flughäufigkeit eintreten.

1. Aufgabe

Für private Güter gilt das Ausschlussprinzip, d. h. wenn ich nicht bereit bin den Preis für das begehrte Gut x zu zahlen, bekomme ich es nicht. Der Preis als Knappheitsindikator und der Ausschlussmechanismus sind die beiden Merkmale aller privaten Güter. Für öffentliche Güter existiert kein Preis, weil das Ausschlussprinzip nicht praktiziert wird, entweder weil es technisch nicht möglich ist oder aus normativen Gründen nicht gewollt ist. Wenn das Ausschlussprinzip aus welchen Gründen auch immer nicht angewendet werden kann, kann keiner von der Nutzung des betreffenden öffentlichen Gutes ausgeschlossen werden. Als weiteres Merkmal für öffentliche Güter wird häufig noch die Nichtrivalität hervorgehoben. Nichtrivalität im Konsum bedeutet, dass die Nutzung des öffentlichen Gutes durch weitere Konsumenten möglich ist, ohne dass weitere Kosten anfallen und andere Konsumenten dadurch nicht beeinträchtigt werden. Für den Umweltbereich ist Luft ein Paradebeispiel, was nicht ganz stimmt, weil die Nutzung z. B. einer Straße durch viele Autofahrer die Anwohner durch die Abgase und den Lärm beeinträchtigt.

2. Aufgabe



Der Oberbegriff ist Kollektivgut. Öffentliches Gut vergleiche Aufgabe 1. Für Gemeingüter gilt ebenfalls nicht das Ausschlussprinzip. Nur beruht der Nichtausschluss nicht auf technischen Eigenschaften des Gutes, sondern ist Folge historischer Entwicklungen. Bei Gemeingütern ist im Gegensatz zu öffentlichen Gütern eine Privatisierung möglich. Beispielsweise kannten die Indianer in Amerika nicht Privateigentum an Boden, das war historisch-kulturell bedingt. Mit der Besiedlung Nordamerikas durch die Europäer wurde der Boden privatisiert aus der dem Gemeingut wurde ein privates Gut. Bei meritorischen Gütern ist der Nichtausschluss normativ bedingt.

3. Aufgabe

Die Knappheit eines Gutes spiegelt sich auf Wettbewerbsmärkten in der Höhe des Preises wieder. Werden Spekulation, Monopolstellungen und Preisabsprachen unter den Anbietern und Nachfragern ausgeschlossen, ergeben sich die Preise aus dem Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage. Steigt z. B. die Nachfrage und das Angebot kann nicht erhöht werden, wird das Gut knapper, der Preis steigt. Nur diejenigen können das Gut erwerben, die diesen Preis bereit sind zu zahlen, alle anderen werden vom Erwerb ausgeschlossen, Ausschlussprinzip.

Bei öffentlichen Gütern gilt dieses Ausschlussprinzip nicht, weil ein Ausschluss nicht möglich oder nicht gewollt ist. Niemand kann z. B. von der Landesverteidigung ausgeschlossen werden. Auch Umweltgüter, wie Luft, die Maßnahmen zur Erhaltung einer intakten Umwelt oder zu ihrer Wiederherstellung haben den Charakter von öffentlichen Gütern. Jedermann kann öffentliche Güter nutzen, ohne sich an den Kosten der Produktion zu beteiligen. Eine privatwirtschaftlich rational handelnde Person wird

freiwillig nicht bereit sein, zur Erstellung oder Erhaltung eines öffentlichen Gutes beizutragen. Typisch dafür ist der anthropogen verursachte Treibhauseffekt. Die Klimagase, die durch die vielfältige Nutzung von Produzenten und Konsumenten, in die Atmosphäre gelangen, zeigen die Gefahr der Übernutzung eines öffentlichen Umweltgutes. Niemand ist freiwillig bereit, Kosten für die Begrenzung der klimaschädlichen Gase zu übernehmen.

Um diese Übernutzung einzuschränken sind globale Regelungen notwendig, die den Ausstoß der Klimagase begrenzen, z. B. durch die Ausgabe von Verschmutzungsrechten in Form von Umweltzertifikaten oder durch gesetzliche Vorschriften und andere Maßnahmen.

4. Aufgabe

Typisch für öffentliche Güter ist das Trittbrettfahrerproblem. Mit Hilfe des Gefangenendilemmas kann man das Problem gut darstellen. Angenommen viele Anliegerunternehmen an einem großen Fluss hätten beschlossen, ihre Abwässer über die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte für Chemikalien hinaus zu reinigen, um die Wasserqualität zu verbessern. Auch für die Unternehmen würden dadurch Vorteile entstehen, weil sie für die Aufbereitung und Klärung des Wassers weniger Aufwand treiben müssten.

Für jedes Unternehmen würden dadurch z. B. Vorteile von 10 Millionen Euro entstehen gegenüber von Kosten von 5 Millionen Euro, so dass jedes Unternehmen einen Vorteil von 5 Millionen Euro hätte. Da das Flusswasser ein öffentliches Gut ist, bestehen keinerlei Eigentumsrechte an dem Wasser, jeder kann das Wasser entnehmen, ohne sich an Kosten für die Verbesserung der Wasserqualität beteiligen zu müssen. Das Ausschlussprinzip gilt also nicht. Es entstehen bei den Unternehmen folgende Überlegungen.

- Woher weiß ich, dass die anderen Unternehmen sich an der Aktion beteiligen. Wenn die alle nur so geredet haben, habe ich die Kosten ohne den Nutzen einer besseren Wasserqualität, weil mein Anteil zu gering ist.
- Wenn ich die Kosten nicht auf mich nehme und alle anderen Unternehmen klären das Wasser, habe ich den Vorteil von 10 Millionen durch die bessere Wasserqualität.

Es ist also privatwirtschaftlich rational, sich nicht an den Kosten bei der Erstellung des öffentlichen Gutes „gute Wasserqualität“ zu beteiligen. Damit besteht ein systemischer Anreiz sich als Trittbrettfahrer zu verhalten. Wenn alle sich so verhalten, wird das Umweltgut nicht erstellt. Dieser Anreiz zum Einnehmen der Free-Rider-Position bei öffentlichen Umweltgütern wirkt bei Produzenten, Konsumenten und auch zwischen den Staaten. Man könnte das Prisoner-Dilemma genauso gut auf die Diskussion um die Redzierung des CO₂-Ausstoßes zwischen den Staaten anwenden, wobei jetzt schon die USA eine Trittbrettfahrerposition einnehmen, aber auch die Schwellenländer.

5. Aufgabe

Bei der Betrachtung der Umwelt als öffentliches knappes Gut resultiert die Nichtausschließbarkeit aus technischen oder normativen Gründen, also weil es technisch nicht möglich ist oder aber aus politisch-ethischen Gründen nicht gewollt ist. Um den Umfang oder auch die Art der Nutzung des Gutes zu regeln, sind staatliche Eingriffe erforderlich.

Bei der Betrachtung der Umwelt als knappes Gut ohne Eigentumsrechte ist die Nichtausschließbarkeit historisch als Gemeingut begründet. Grundsätzlich ist es also möglich, durch Zuteilung von Eigentumsrechten das kollektive Umweltgut in ein privates Gut zu verwandeln, so dass der Umfang der Nutzung des Gutes über den Preis als Knappheitsindikator geregelt wird.

Beide unterschiedlichen Theorieansätze führen also zu einem unterschiedlichen Instrumentenansatz. Fasst man die Umwelt überwiegend als Gemeingut auf, wird man über die Zuteilung von Eigentumsrechten versuchen, Instrumente zu entwickeln oder

zu bevorzugen, die sich bei der Nutzung des Gutes auf das Ausschlussprinzip beziehen und über Preis als Knappheitsindikator den Zugriff auf dieses Umweltgut regeln, also auf marktkonforme Weise.

Geht man davon aus, dass Umweltgüter öffentliche Güter sind, wird der Knappheit der Umweltgüter durch staatliche Regelungen Rechnung getragen, also durch eher dirigistische Maßnahmen, vgl. dazu Abschnitt 3.3.2.

Bei der Diskussion müsste deutlich werden, dass nicht jedes kollektive Gut zum Gemeingut werden kann, weil das Ausschlussprinzip technisch nicht möglich ist und auch zu Ungerechtigkeit führen könnte, weil Individuen von der Nutzung des Gutes ausgeschlossen werden können durch die Höhe des Preises.

Unter Effektivitätsgesichtspunkten könnten bei dirigistischen Maßnahmen die Kosten der Überwachung bei Auflagen angeführt werden, die bei marktkonformen Maßnahmen entfallen. Auch die Anreizwirkung für Innovationen ist bei marktkonformen Maßnahmen höher als bei dirigistischen Maßnahmen.

S.161, A1–3

1. Aufgabe

- Das Verursacherprinzip zielt darauf ab, dass derjenige der die Umwelt schädigt, auch die Kosten der Beseitigung trägt, die externen Kosten sollen internalisiert werden.
- Beim Vorsorgeprinzip sollen umweltpolitische Maßnahmen so getroffen werden, dass Umweltschäden von vornherein vermieden werden.
- Beim Kooperationsprinzip sollen alle Betroffenen von umweltbeeinträchtigen Aktivitäten durch freiwillige Vereinbarungen Leistungen erbringen, durch die Schäden abgewendet werden sollen.
- Das Gemeinlastprinzip findet da Anwendung, wo die Ursachen/die Verursacher für die Umweltschäden nicht zu klären sind. Umweltschäden werden durch öffentliche Mittel beseitigt.

Das Vorsorgeprinzip ist der Königsweg des Umweltschutzes, weil von vornherein Umweltschäden vermieden werden. Es entspricht daher voll dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung, weil dadurch den zukünftigen Generationen eine intakte Umwelt hinterlassen wird.

Der nur zweitbeste Weg ist das Verursacherprinzip, weil bei seiner konsequenten Anwendung die Kosten für die Beseitigung der Schäden mit den Vermeidungskosten verglichen werden. Das Problem beim Verursacherprinzip ist es, die Kosten für die negativen externen Effekte exakt zu ermitteln. Werden die externen Kosten zu niedrig angesetzt, kann es lohnend sein, die Umweltschäden weiter zu verursachen, weil die Vermeidungskosten höher wären.

Das Kooperationsprinzip setzt voraus, dass zwischen den Beteiligten ein entsprechendes Verantwortungsbewusstsein vorhanden ist. Andererseits entspricht es am ehesten demokratischen Normen. Ob jedoch die gefundenen Kompromisse dem optimalen Umweltschutz genügen, muss von Fall zu Fall geprüft werden.

Dem Gemeinlastprinzip fehlt jede Anreizwirkung, Umweltschäden zu vermeiden, weil umweltschädigendes Verhalten nicht individuell zugerechnet, sondern von der Allgemeinheit getragen wird.

2. Aufgabe

- Ökosteuer – am ehesten mit dem Verursacherprinzip vereinbar
- Euro 5 – Vorsorgeprinzip
- gelber Sack und Papiertonne – Verursacherprinzip
- Wärmedämmung – Verursacher- und Vorsorgeprinzip

3. Aufgabe

Die Umweltschäden, die in der DDR entstanden sind, konnten nicht den Verursachern aufgebürdet werden, weil der eigentliche Verursacher der Staat und die sowjetischen Besatzungstruppen waren. Die Abkommen mit der Sowjetunion, die zum Truppenabzug führten, haben keine entsprechenden Vereinbarungen enthalten. Den Repräsentanten der DDR, die die Verantwortung für die Umweltbelastungen trugen, weil sie über die zentrale Planung die Produktion den Unternehmen detailliert vorschrieben, wären nicht in der Lage gewesen, die Schäden zu beseitigen. Daher konnte nur das Gemeinlastprinzip Anwendung finden, um die Altlasten zu beseitigen.

S.171, A1-5

1. Aufgabe

- **Umweltauflagen:** In der Umweltpolitik der Bundesrepublik dominieren Umweltauflagen in Form von Geboten und Verboten, die ein bestimmtes Verhalten erzwingen sollen. Sie sollen Umweltbeeinträchtigungen reduzieren oder gänzlich vermeiden. Umweltauflagen basieren auf dem Verursacherprinzip. Umweltauflagen existieren für Produzenten und Konsumenten. Durch Verbote wird ein umweltbeeinträchtigendes Verhalten total untersagt (z.B. DDT-Verbot), während durch Gebote umweltbeeinträchtigendes Verhalten auf ein festgelegtes Maß reduziert werden soll, z. B. TA- Luft, die Immissions- und Emissionsgrenzwerte festlegt (M25).
- **Umweltabgaben:** Umweltabgaben begrenzen nicht umweltbelastende Aktivitäten, sondern verteuern sie. Dadurch soll zum sparsamen Umgang mit Umweltgütern angeregt werden. Die Einnahmen sollen staatliche Sanierungs- und Umweltschutzvorhaben ermöglichen. Im Vergleich zu Auflagen, die unter Strafandrohung befolgt werden müssen, wird bei Umweltabgaben dem Verursacher überlassen, ob er wegen der höheren Kosten seine Aktivität einschränkt oder die Kosten in Kauf nimmt. Auch hier findet das Verursacherprinzip Anwendung (M26).
- **Umweltzertifikate:** Umweltzertifikate verbriefen das Recht einer genau festgelegten Nutzung eines Umweltgutes als Produktionsfaktor. Sie berechtigen pro Zeitperiode eine bestimmte Schadstoffmenge zu emittieren, wobei die gesamte Emissionsmenge durch die Anzahl der Zertifikate begrenzt ist (M27), vgl. dazu Abschnitt 3.3.3.
- **Umwelthaftungsrecht:** Das Umwelthaftungsrecht besteht aus Rechtsnormen, die den Ausgleich von Vermögenseinbußen regeln, die aus Umweltschäden resultieren. Im Umwelthaftungsgesetz sind u.a. die rechtlichen Schadensersatzansprüche enthalten, die sich aus dem Betreiben einer Anlage ergeben, wenn deren Emissionen über die Umweltmedien, Boden, Wasser, Luft transportiert als Immission zu einem Personen- oder Sachschaden bei einem Dritten führen. Dabei wird von einer verschuldungunabhängigen Gefährdungshaftung ausgegangen. Der Geschädigte muss nicht nachweisen, dass zwischen dem Schaden und dem Betreiben einer Anlage ein ursachlicher Zusammenhang besteht, sondern die Beweislast liegt beim Betreiber der Anlage. Die konsequente Durchführung der Gefährdungshaftung hat beispielsweise in Japan die Unternehmen veranlasst zur Vermeidung hoher Haftungsrisiken, umweltfreundlichere Produktionsverfahren zu entwickeln. Entsprechend dem Vorsorgeprinzip wird bei Betriebsneugründungen oder der Einführung neuer Produkten auf die Vermeidung von Umweltschäden geachtet.
- **Selbstverpflichtungen:** Dabei handelt es sich um einseitig abgegebene Erklärungen von Unternehmen oder Wirtschaftsverbänden, bestimmte Umwelanstrengungen vorzunehmen.

Der Abgabe einer Selbstverpflichtungserklärung durch die Wirtschaft liegt die Erwartung zugrunde, dass der Staat im Gegenzug auf den Erlass von Rechtsvorschriften ver-

zichtet. Die Selbstverpflichtung ist rechtlich unverbindlich und können vom Staat nicht sanktioniert werden.

Hinweis:

http://www.bmu.de/wirtschaft_und_umwelt/selbstverpflichtungen/doc/36514.php enthält eine Übersicht über die zahlreichen Selbstverpflichtungen.

Am ehesten sind Umweltabgaben und Zertifikate geeignet negative externe Effekte zu internalisieren.

Bei Umweltabgaben besteht allerdings das Problem, die Höhe der externen Kosten zu ermitteln, um die Höhe der Abgabe pro Schadenseinheit festzusetzen. Streng nach dem Verursacherprinzip müssten die Abgaben den externen Kosten entsprechen. Auf alle Fälle müsste die Höhe der Abgabe so bemessen sein, dass eine wirksame Schadstoffreduzierung eintritt. Sind die Abgaben zu niedrig, besteht kein Anreiz, auf andere Technologien und Produkte auszuweichen. Bei zu hohen Abgaben wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit gefährdet.

Genau wie Umweltabgaben können durch Umweltzertifikate negative externe Effekte der Umweltverschmutzung durch die sich am Markt bildenden Preise für die Verschmutzungsrechte internalisiert werden. Im Unterschied zu den Umweltabgaben werden jedoch nicht die Preise pro Schadenseinheit festgelegt, sondern die Menge der Verschmutzungsrechte, der Preis richtet sich nach Angebot und Nachfrage.

2. Aufgabe

Marktkonform sind solche staatlichen Instrumente der Wirtschaftspolitik, die sich auf die Funktionsweise des Marktes stützen und ihn nicht außer Kraft setzen. Die Anreizwirkungen auf das Verhalten der Wirtschaftssubjekte werden also über die Höhe des Marktpreises ausgeübt. Im Umweltbereich sind Umweltabgaben und Umweltzertifikate typisch marktkonforme Instrumente, die Wirtschaftssubjekte können ihr individuelles Verhalten nach der Höhe des Preises ausrichten. Es besteht also eine grundsätzliche Vereinbarkeit zwischen den individuellen wirtschaftlichen Zielen/Interessen und ökologischen Erfordernissen.

Im Gegensatz dazu sind Umweltauflagen in Form von Verboten und Geboten dirigistische oder ordnungsrechtliche Maßnahmen, bei der sich das Einzelinteresse den ökologischen Erfordernissen unterordnen muss, um die Übernutzung der Umwelt einzuschränken.

3. Aufgabe

Emissionshandel	Umweltzertifikat
Öko-Steuer, Erneuerbare-Energien-Gesetz	Umweltabgabe
Kraft-Wärme-Kopplung	Selbstverpflichtung
Förderung von Heizanlagen, Gebäudesanierung	Subvention
Bio-Sprit	Gebot, Umweltabgabe

4. Aufgabe

Mögliche Websites für die Rechercheaufgabe

http://www.bmu.de/klimaschutz/nationale_klimapolitik/doc/40550.php

<http://www.umweltbundesamt-daten-zur-umwelt.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeId=3156>

Beim Kommentar sollte vom Klimaziel in Deutschland ausgegangen werden, bis 2020

die Treibhausgase im Vergleich zu 1990 um 40 Prozent zu verringern und bis 2012 im Vergleich zu 1990 um 21 Prozent.

Es könnte kritisiert werden, dass das Prinzip der bloßen Deklaration von Klimazielen nicht ausreicht, weil keine Sanktionen bei Abweichungen vom Zielpfad existieren, also folgenlos bleiben. Statt der Deklaration von Klimazielen sollte Deutschland dem Beispiel z. B. Großbritanniens folgen, das ein Klimaschutzgesetz verabschiedet hat, in dem als Klimaziel eine Reduktion von CO₂ bis 2050 um 80 Prozent gesetzlich verankert wurde.

5. Aufgabe

Umweltpolitische Instrumente sollen zugleich **ökologisch und ökonomisch effizient** sein, weil sich so der Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie abbauen lässt.

- Umweltauflagen gelten als ökonomisch ineffizient, weil Produzenten ungleiche Möglichkeiten besitzen, Emissionsgrenzwerte zu realisieren. Sie müssen unterschiedlich hohe Kosten aufwenden, um eine gleiche Reduktion der Schadstoffe zu erreichen. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten könnten gesenkt werden, wenn diejenigen, die ihre Emissionen kostengünstiger senken können mehr tun als diejenigen, bei denen die Vermeidungskosten sehr hoch sind.

Außerdem fehlt dem Instrument die innovatorische Anreizwirkung, weil kein Anreiz besteht, mehr als über die Festlegung der Grenzwerte vorgeschrieben ist, zu tun. Aufgrund des Charakters der Umwelt als öffentliches Gut besteht kein Anreiz zur Vermeidung oder Reduzierung der Restverschmutzung. Hinzu kommen die hohen Überwachungs- und Kontrollkosten.

Andererseits gelten Umweltauflagen als ökologisch effizient, weil ein direkter Zwang zur Beseitigung oder Reduzierung von Umweltschäden besteht.

- Umweltauflagen werden als ökonomisch effizient angesehen, weil unterschiedliche Kostenstrukturen der Unternehmen berücksichtigt werden. Wenn die Vermeidungskosten für ein Unternehmen höher sind als die zu zahlende Abgabe, wird die Umwelt weiter belastet. Nur diejenigen, für die es sich ökonomisch rechnet, werden Technologien einsetzen, die dem Umweltschutz dienen. Die innovatorische Anreizwirkung ist im Vergleich zu Auflagen höher.

Ökologisch können Umweltauflagen ineffizient sein, vor allem wenn die Abgabe nicht der Höhe der negativen externen Effekte annähernd entspricht und weil sie nicht die Einhaltung eines quantitativen Umweltziel gewährleisten.

- Umweltzertifikate vereinigen in ökonomischer und ökologischer Hinsicht die Vorteile der Umweltauflagen und der Umweltabgaben. Sie gelten daher als ökonomisch und ökologisch effizient. Einerseits kann der Staat durch die Menge der Zertifikate, anders als bei den Abgaben, ein politisch festgesetztes Umweltziel sichern genauso wie bei Umweltauflagen, andererseits müssen emittierende Unternehmen einen Preis für die Verschmutzungsrechte zahlen, der jedoch nicht politisch festgesetzt ist wie bei den Abgaben, sondern sich auf dem Markt bildet. Dadurch wird ein gesamtwirtschaftlich kostengünstiger Umweltschutz gewährleistet, von dem bei steigenden Preisen auch Anreizwirkungen zur Suche innovativer Technologien ausgehen.

1. Aufgabe

Um die im Kyoto-Protokoll vereinbarten Klimaziele zu erreichen, sind als Instrument handelbare Emissionszertifikate empfohlen worden.

Gegenwärtig werden insgesamt in der EU rund 5 Mrd. t CO₂ emittiert. In der aktuellen 2. Phase des Handels mit Emissionszertifikaten, die seit 2008 läuft und 2012 endet, stehen EU-weit Emissionsberechtigungen für 2,08 Mrd. t CO₂ pro Jahr zur Verfügung. Dies entspricht einer Reduzierung von 40 Mio. t CO₂ (–1,9 Prozent) gegenüber den Emissionen im Jahr 2005. Deutschland sind von der EU davon 453 Millionen Tonnen CO₂ zugeteilt worden, die national auf die Energieversorgungsunternehmen sowie größere Industrieunternehmen verteilt werden, davon 90 Prozent kostenfrei. Die restlichen 9 Prozent oder 40 Millionen Emissionszertifikaten sind zunächst verkauft worden und werden seit 2010 versteigert (M33 Z. 24–58). Durch die Verringerung der Zertifikate wird bereits eine Reduktion der Klimagase erreicht. Die Möglichkeit, die Atmosphäre nur durch den Besitz der Zertifikate zu verschmutzen, hat sie zu einem knappen privaten Gut gemacht, das gehandelt werden kann.

Wenn Unternehmen nicht genügend Emissionszertifikate besitzen, weil sie ihre Produktion ausgeweitet oder veraltete Anlagen im Betrieb haben, müssen sie Zertifikate direkt von anderen Unternehmen oder an der Börse kaufen. Unternehmen, die ihre Produktion verringert oder eine innovative umweltfreundliche Technologie eingeführt haben und so ihre ihnen zugeteilten Zertifikate nur zum Teil benötigen, treten als Verkäufer auf. Je knapper die Zertifikate werden, umso höher steigt ihr Preis. Dadurch wird der Druck erhöht durch Innovation im Produktionsbereich den CO₂-Ausstoß zu verringern. Börsen für den Handel mit Zertifikaten in der EU existieren in London, Paris und München. Der Preis für die Zertifikate schwankt entsprechend Angebot und Nachfrage, im Krisenjahr 2009 fiel er von über 20€ auf 9,99€.

Hinweis

Für die 3. Phase ab 2013 bis 2020 sind grundlegende Änderungen bei der Vergabe der Zertifikate vereinbart worden. Die Europäische Kommission schlägt eine EU-weite Gesamtbergrenze für CO₂-Emissionen vor. Diese soll im Jahr 2013 1,97 Mrd. t CO₂ betragen. Die Menge wird danach jährlich um 1,74 Prozent gesenkt, um sie schließlich im Jahr 2020 auf 1,72 Milliarden Tonnen oder 79 Prozent der Emissionen des Jahres 2005 zu begrenzen. Die Kraftwerksbetreiber sollen ab 2013 die Zertifikate in vollem Umfang ersteigern. Experten rechnen mit einer erneuten Welle an Strompreiserhöhungen. Auch die sonstige Industrie soll Teile kaufen müssen – den Umfang muss die EU noch bestimmen.

Ab 2012 soll auch der Luftverkehr in den Emissionsrechtehandel einbezogen werden.

Detaillierte Informationen unter

http://de.wikipedia.org/wiki/EU-Emissionshandel#Phase_III_.282013.E2.80.932020.29

<http://presseportal.eu-kommission.de/index.php?id=58>

2. Aufgabe

Dem Interessenkonflikt liegen vielschichtige Verteilungskonflikt zugrunde, die aus den Interessen einzelner Bundesländer, ihre Industrieunternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen zu schützen und aus branchenspezifischen Interessen resultieren.

Die Verteilungswirkungen entstehen durch die Übertragung von Vermögenswerten, die sich aus der Verteilung der Emissionsrechte ergeben (M32). In der ersten Phase wurden in Deutschland jährlich 499 Millionen Emissionsrechte kostenlos zugeteilt. Bei einem angenommenen Preis von 20 Euro pro Stück entspricht dies fast 10 Mrd. Euro. Jedes betroffene Unternehmen wollte natürlich möglichst viele Zertifikate zugeteilt bekommen. Je mehr Emissionsrechte ein Unternehmen erhielt, umso weniger war es genötigt eventuell Rechte zuzukaufen und je höher war die Chance solche Rechte gewinnbringend zu verkaufen.

Die Zuteilung richtete sich in der 1. Phase grundsätzlich nach dem Grandfather-Prin-

zip, d. h. Bestandsschutz und damit Zuteilung der Emissionsrechte aufgrund der bisherigen durchschnittlichen Emissionen im Zeitraum von 2000 bis 2002. Allerdings gelang es den Interessenvertretern einzelner Branchen und Regionen zahlreiche Sonderregelungen durchzusetzen. In diesem Verteilungskampf wurden folgende Argumente vorgebracht

- CO₂-intensive Technologien benötigen eine höhere Zuteilung.
- Nur mit bedarfsgerechter Zuteilung könnten energieintensive europäische Industrien am Weltmarkt bestehen.
- Kostenlose Emissionsrechte und bedarfsgerechte Zuteilung sind notwendig, um in neue Kraftwerke zu investieren.
- In dem Streit um die Zuteilung wurden die Reduktionsziele durch Standortargumente und solche, die dem Schutz des einzigen heimischen Energieträgers, der ohne Subventionen auskommt (Braunkohlekraftwerke mit hohen CO₂-Emissionen) dienen, verwässert (M 33 Z. 70–77).

Diejenigen Unternehmen haben profitiert, die hohe Zuteilungen aufgrund von Sonderregeln erzielen konnten.

In der 2. Phase wurde die Zuteilung anders geregelt, um die Windfall Profits stärker abzuschöpfen, weshalb auch Unternehmen aus dem Energiesektor restriktiver mit Zertifikaten ausgestattet wurden (vg. M 33 Z. 48–58).

Hinweis

Zur Höhe der Windfall Profits, die bei einzelnen Unternehmen entstanden sind, informiert http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/CDM-Studie_Oekoinstitut_WWF.pdf

3. Aufgabe

Da in der 1. Phase zu viele Emissionszertifikate zugeteilt wurden, sie also nicht knapp waren, wurden die erwarteten Reduktionsziele nicht erreicht. Das Instrument konnte seine ökologische Effizienz nur sehr bedingt entfalten zumal die Zertifikate kostenlos vergeben wurden (M 34 Z. 33–74). Allerdings war für die Unternehmen die „ökonomische Effizienz „ sehr erfreulich, wie die Windfall Profits zeigten.

4. Aufgabe

In den frühen 90iger Jahren wurden mehrere Beschlüsse zur Reduzierung CO₂-Ausstoßes von der jeweiligen Bundesregierung und vom Bundestag gefasst, die eine Reduktion von 25–30 % bis 2005 vorsahen bezogen auf das Basisjahr 1987. Beim Übergang auf das Basisjahr 1990 wurde das Reduktionsziel auf 25 % zurückgenommen. Die Tabelle in M 35 zeigt deutlich, dass dieses Reduktionsziel verfehlt worden ist. Immerhin wurden 18,7 % erreicht. Im Vergleich zu den anderen angeführten EU-Staaten ist das die höchste Reduktion. Insofern ist es verständlich, dass dies in der politischen Diskussion als Erfolg verbucht wird. So heißt es im Nationalen Klimaschutzprogramm Sechster Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe „CO₂-Reduktion“ vom 18. 6. 2005: „Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine allgemein anerkannte Vorreiterrolle im Klimaschutz übernommen.“

<http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/059/1505931.pdf>

Ergebnis: Ziel verfehlt, aber Musterknabe, weil andere noch schlechter sind. Allerdings muss bei der Bewertung auch berücksichtigt werden, dass die Deindustrialisierung in den neuen Bundesländern ganz wesentlich zur Reduzierung der Klimagase geführt hat.

5. Aufgabe

Mögliche Aspekte für die Diskussion ergeben sich aus den Kriterien ökologisch und ökonomische Effizienz.

- Eine Kerosinbesteuerung wäre ökonomisch effizient, weil unterschiedliche Kostenstrukturen der Airlines berücksichtigt werden.
 - Ökologisch könnte eine Kerosinbesteuerung ineffizient sein, vor allem wenn die Steuer nicht der Höhe der negativen externen Effekte annähernd entspricht und weil sie nicht die Einhaltung eines quantitativen Umweltziel gewährleistet.
 - Bei der Zertifikateregelung kann der Staat durch die Menge der Zertifikate, anders als bei der Kerosinsteuer, ein politisch festgesetztes Umweltziel sichern. Insofern ist sie ökologisch effizienter.
 - Der Preis für die Verschmutzungsrechte bildet sich auf dem Markt. Dadurch wird ein gesamtwirtschaftlich kostengünstiger Umweltschutz gewährleistet, von dem bei steigenden Preisen auch Anreizwirkungen zur Suche nach kerosinsparenden Technologien ausgehen. Insofern ist sie ökonomisch effizient.
- Vor die Alternative gestellt, könnte man sich für die Einbeziehung des Luftverkehrs in den Handel mit Emissionszertifikaten entscheiden.

S.185, A1–6

1. Aufgabe

Volker versucht die Vorwürfe gegen die USA hinsichtlich ihres klimaschädlichen Verhaltens und ihres Nichtbeitritts zum Klimaprotokoll von Kyoto durch folgende Argumente zu entkräften.

- Die USA arbeiten an der Reduzierung der Treibhausgase durch eine Mischung von politischen Ansätzen und Investitionen. Durch die Schaffung von Anreizen für das Profitmotiv sollen saubere Energietechnologien verwendet werden. Dadurch würden neben den Klimazielen gleichzeitig die Ziele Energiesicherheit und menschliche Entwicklung verfolgt (Z. 62–76).
- Die USA würden auch multilateral die Reduzierung globaler Emissionen fördern durch die kommerzielle Anwendung sauberer Technologien weltweit (Z. 77–85).
- Die Abhängigkeit von Öl aus dem Ausland beunruhigt die USA, zumal dadurch antidemokratische Bedrohungen ihrer Sicherheit finanziert werden. Deshalb sei die Förderung von sauberen und sicheren Energiequellen nötig, um die Freiheit und den Fortschritt zu sichern (Z. 86–104).
- Um diese Argumentation zu stützen und die Fortschritte beim Klimaschutz in den USA im Vergleich zu anderen Staaten hervorzuheben und dadurch die Vorwürfe gegen die USA zu entkräften, werden im folgenden Zahlen und Indikatoren präsentiert. Es sei unbestritten, dass die USA den höchsten CO₂-Ausstoß der Welt haben (zum Zeitpunkt der Rede) genau wie Deutschland mit dem höchsten Ausstoß in Europa. Das sei so, weil die USA die größte Volkswirtschaft der Welt sei. Mit nur 5 % der Weltbevölkerung produziere sie 25 % des Welt-BIPs. Entscheidend sei jedoch die Veränderung der Emissionen. Im Zeitraum 2000–2004 haben diese in den USA nur um 1,3 % zugenommen, also jährlich um 0,325 %. In der EU-25 hätten dagegen im gleichen Zeitraum die CO₂-Emissionen um 2,1 % und in der EU-15 sogar um 2,4 % zugenommen, also fast doppelt so viel wie in den USA. Nur Deutschland hätte eine Reduzierung um 0,7 % geschafft. Der Fortschritt in den USA wird durch Volker ferner dadurch verdeutlicht, dass er eine andere Referenzperiode wählt. Im Zeitraum von 1990 bis 2000 nahmen die Emissionen in den USA um 14 % zu, jährlich also um 1,4 %. Vergleicht man das mit der jährlichen Zunahme im Zeitraum 2000–2004 von 0,325 % zeige sich deutlich der erreichte Fortschritt (Z. 105–183).
- Volker bekräftigt seine Argumentation durch zwei weitere Indikatoren. Er vergleicht das Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum im Zeitraum 2000–2004 mit der Zunahme der Emissionen. Das BIP sei um 1,9 Billionen Dollar gewachsen, die Bevölkerung um 11,3 Millionen und das bei der geringen Zunahme der Emissionen von 1,3 %. Ein

richtiger Indikator für die Anstrengungen sei daher die Treibhausgasintensität pro Einheit BIP, daraus ergibt sich eine Reduzierung der Treibhausgase in den USA um 7,5 % im Vergleich zu der EU-25 von nur 4,5 %.

- Quintessenz: Die USA ist der Vorreiter bei der Reduzierung der Treibhausgase und habe dies nicht durch dirigistische Maßnahmen erreicht, sondern durch Anreize, freiwillige Partnerschaften und Vorgaben bei hohem Wirtschaftswachstum, das mehr Wohlstand gebracht habe. Null-Wachstum ist daher keine Option, schon gar nicht für die Entwicklungsländer. Der Trick bestehe darin, Volkswirtschaften nicht im Wachstum zu behindern, sondern sie sauberer zu machen, während sie wachsen (Z. 218–263).

2. Aufgabe

In dem Redeausschnitt von Frau Merkel gibt es vier Schwerpunkte

- die notwendige Begrenzung der Erderwärmung um nicht mehr als 2 Grad und die daraus notwendige werdende Reduzierung der CO₂-Emissionen bis 2050 um 50 % im Vergleich zum Basisjahr 1990 (Z. 6–20),
- die Wohlstandsverluste von durchschnittlich 5 %, jährlich, wenn nichts gegen den Klimawandel unternommen wird im Vergleich zu den Kosten von 1% Wohlstandsverlust, wenn entsprechend dem Klimaziel gehandelt wird (Z. 21–36),
- die Notwendigkeit, die Klimaziel auch für den Zeitraum nach 2012 festzuschreiben und die Bereitschaft der EU bis zum Jahr 2020 die CO₂-Emissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 20 % und unter Umständen um 30 % zu reduzieren (Z. 37–52),
- die Diskrepanz zwischen dem Pro-Kopf-Emissionen zwischen USA (20 Tonnen), Deutschland (9 Tonnen) und China (3,5 Tonnen) und dem daraus entstehenden Verteilungskampf um die künftigen Reduktionsverpflichtungen, an denen sich auch die Schwellenländer beteiligen müssen, wenn sie weiter wachsen wollen. Dazu sei es notwendig den Schwellenländern innovative Technologien zur Verfügung zu stellen, die zu einer Entkopplung von Energieverbrauch und Wirtschaftswachstum führen (Z. 53–83).

3. Aufgabe

Volker verwendet als einzig zutreffenden Indikator die Treibhausgasemissionen pro BIP-Einheit (Kilo CO₂ je Dollar). Der zeigt allerdings einen Rückgang auch dann an, wenn die Emissionen weiter steigen. Ein Rückgang des Indikators zeigt an, dass die Entkoppelung von Wachstum und Treibhausgasemissionen durch bessere Technologien graduell gelungen ist. Vor dem Hintergrund der Forderung, die Erderwärmung auf eine Zunahme von 2° zu begrenzen, müssen jedoch die Treibhausgasemissionen bis 2050 halbiert werden. Den absoluten Rückgang der Emissionen zeigt der Indikator nicht an.

Er zeigt auch nicht an, wie „ungerecht“ die Verteilung der Emissionen je Kopf ist, in welchem Land also die größten „Verschwender/Verschmutzter“ der Atmosphäre leben. Ein Verteilungsmaß dafür ist die Emission je Einwohner. Das ist der Indikator, den Merkel verwendet. Dabei schneiden die Industriestaaten allen voran die USA mit 18,4 Tonnen 2008 am schlechtesten ab, während China nur 4,9 Tonnen verbraucht. Der Unterschied ergibt sich vor allem aus dem Wohlstandsgefälle. Von 1990 bis 2008 hat sich in China dieser Wert um 150 % erhöht, in USA ist er um 6 % gesunken. Auch dieser Indikator ist für die Reduzierung der Emissionen ungeeignet. Hierfür ist nur die Ermittlung der Treibhausgasemissionen gemessen in Mio Tonnen aussagefähig. Aus der Sicht der Entwicklungs- und Schwellenländer ist der von Merkel vorgeschlagene Indikator sicher akzeptabel, weil er eine weitere wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht.

Auch der frühere Bundespräsident betont, dass die Schwellenländer ein Recht auf Entwicklung haben, nur sollten sie nicht die gleichen Fehler machen, die die Industrieländer auf ihrem Entwicklungspfad begangen haben. Er folgert, dass die Emissionswerte in den Industriestaaten drastisch verringert werden müssen und die Lebensbedin-

gungen in den Schwellen- und Entwicklungsländer weiter verbessert werden sollten, ohne die Emissionen pro Kopf zu erreichen, wie sie z. B. für die USA typisch sind (M38 Z. 74–96).

Hinweis

Beim UN-Klimagipfel in Cancun im Dezember 2010 haben die Delegierten einen Hilfsfonds für arme Länder und einen besseren Schutz tropischer Wälder beschlossen. Die Vereinbarungen sehen vor, bis zum Jahr 2020 einen „Grünen Fonds“ für arme Länder einzurichten, denen mit jährlich 100 Milliarden Dollar beim Kampf gegen den Klimawandel geholfen werden soll. Dadurch soll ihnen auch die Teilhabe an sauberen Energietechnologien ermöglicht werden.

Keine Einigung gab es bei den Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen zum Kyoto-Protokoll, in dem sich 40 Industriestaaten zu einer Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen verpflichtet hatten. Die Industrieländer verlangten auf der Konferenz eine Beteiligung der Schwellenländer zur Realisierung der Klimaziele. China, Brasilien und Indien wehrten sich jedoch dagegen, ihre wirtschaftliche Entwicklung mit Vereinbarungen zum Klimaschutz einzuschränken.

4. Aufgabe

Köhler stellt sowohl in seiner Berliner Rede vom 1. 10. 2007 (Annäherung M3 Z. 116–132) als auch in seiner Rede in China im selben Jahr (M37 Z. 144–169) die westliche Lebensweise mit ihrem hohen Ressourcenverbrauch und hohen Emissionen von Treibhausgasen in Frage, weil sie gegen den Grundsatz der Nachhaltigkeit verstößt. Er fordert eine neue Balance zwischen den individuellen Wünschen und dem was die Erde aushält. Der Zwang zur Selbstprüfung würde die Chance zu der Erkenntnis enthalten, dass ein erfülltes Leben auch ohne permanente Mehrung des materiellen Wohlstandes möglich sei. Konkretere Ausführungen zu dieser Forderung fehlen.

In dem Essay könnten einerseits seine Forderungen als weltfremd, als idealistische Schwärmerei dargestellt werden, weil sie nicht mit unserem auf Wachstum ausgelegtem Wirtschaftssystem vereinbar sind. Abbau von Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Armut sind ohne Wachstum nicht möglich. Wenn durch neue Technologien eine nachhaltige Entkopplung von Wachstum, Ressourcenverbrauch gelingt, gibt es dazu auch gar keine Notwendigkeit.

Wird das Anliegen von Köhler positiv aufgenommen, könnten Vorschläge zur Konkretisierung eines neuen Lebensstils ausgeführt werden. Beispiele zur Nachhaltigkeit im Konsumbereich finden sich bei dem Lösungsvorschlag zur Aufgabe 4 im Abschnitt 3.2.1.

5. Aufgabe

Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank hat mit einer Wissenschaftlergruppe die Kosten des Klimawandels für den Fall zu ermitteln versucht, dass es nicht gelingt, den Temperaturanstieg auf 2° zu begrenzen. Er kommt zu einem Ergebnis mit einer großen Spannweite. Auf zwischen fünf und 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts werden die Kosten geschätzt, das ist eine Größenordnung bis zu 5,5 Billionen Euro. Bereits jetzt wären rund ein Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts etwa 270 Milliarden Euro jährlich notwendig, um dem Klimawandel entgegenzuwirken.

Während Nicholas Stern seine Berechnungen auf die Erde insgesamt bezieht, hat Claudia Kemfert vom DIW 2007 die Kosten des Klimawandels für Deutschland für den Zeitraum bis 2050 und 2100 berechnet. Detailliert werden die Kosten in die einzelnen Sektoren der Volkswirtschaft berechnet. Sie schätzt die Kosten für den Zeitraum bis 2050 auf 800 Mrd. Euro und für den Zeitraum bis 2100 auf 3000 Mrd. Euro, wenn keine nennenswerte Intensivierung des Klimaschutzes erreicht würde.

6. Aufgabe

Für einen Aktionsplan bieten sich u. a. folgende konkrete Maßnahmen an:

- Umfrage zum Thema in der Schule durchführen, auswerten und in der Schule publizieren
- Ausstellung gestalten
- Multimediapräsentation erarbeiten
- Internet-Publikation realisieren
- Schriftliche Dokumentation erstellen und ggf. veröffentlichen
- Schülerzeitung zu dem Thema gestalten
- Beiträge in örtlichen Zeitungen, Gestaltung einer Zeitungsseite
- Podiumsdiskussion mit externen Experten organisieren
- Projekttag organisieren und durchführen.

4 (K)Eine Chance für die Eine Welt?!

Hinweise zum Kapitel 4

In Kapitel 4 wird die Gesamtproblematik „Eine Welt“ an ausgewählten ökonomischen, sozialen und politischen Problemaspekten analysiert. Die gewählten Beispiele liegen schwerpunktmäßig auf dem afrikanischen Kontinent, die Rolle der Schwellenländer wird am Beispiel der Länder Indien und China behandelt.

Bei der folgenden Übersicht über Basis- und Vertiefungstexte werden allgemeine Texte des konzeptionellen Deutungswissens als Basistexte ausgewiesen, die länderspezifische Konkretisierung und Vertiefung kann anhand der aufgeführten Vertiefungstexte erfolgen, andere, selbst gewählte Beispiele sind selbstverständlich ebenso möglich. Die Hinweise zu den Lösungen der Aufgaben enthalten teilweise auch weiterführende Anregungen, z. B. binnendifferenzierende, individualisierte Arbeitsaufträge.

	Basistexte	Vertiefungstexte Für Zusatz-Referate geeignet, oder als Basis materialgebun- dener Binnendifferenzierung
4.1 Eine Welt? Unsere Welt!	Materialien zur Sensibilisierung und Aktivierung des Vorwissens, M1/M2 und M3 auch alternativ einsetzbar	
4.2 Entwicklungshilfe – Motive und Interessen	M5 Entwicklungspolitik M7 Nachhaltigkeit, Millenniumsziele, Armut, Wechselwirkungen M8 Migration	M6 Gerechtigkeit, Solidarität und christliche Ethik
4.3. Was heißt überhaupt Entwicklung? – Entwicklungsindikatoren	M9 Begriffsdefinition M10 Unterentwicklung M11 Indikatoren M12 – 14 BNE, LDC, HDI	Methode Indexbildung M15 Beispiel Indien
4.4. Strategien und Theorien der Entwicklungszusammenarbeit	M16 – M17 Entwicklungstheorien M18 Ziele deutscher Entwicklungspolitik M19 Akteure M20 Zivilgesellschaft	
4.5. Entwicklungspolitik konkret in Zeiten der Globalisierung	M21 Doha-Runde M22, M23 Freihandel M24 Ricardo – Theorie der komparativen Kostenvorteile M25, M26 Diskussion Pro-Contra-Freihandel M31 – 34 Good Governance M35 – 36 Meinungen zum Stellenwert von Good Governance	M27 – 30 Schwellenländer, Beispiel China M37 – 39 Mikrokredite

Abschnitt 4.1. dient mit den Materialien **M1** bis **M3** der Sensibilisierung und der Akti-

vierung des Vorwissens. Aufgrund der hohen medialen Präsenz von Armut, Krieg und Terror können die SchülerInnen weitgehend selbständig bereits wesentliche Problemaspekte und vermutete Zusammenhänge erkennen und benennen. Ein Austausch mit Arbeitspartnern oder Arbeitsteams erhöht sowohl den Grad der Aktivierung als auch die Qualität der Ergebnisse.

Binnendifferenzierend sind Rechercheaufträge zu verschiedenen Themen bzw. Krisenregionen denkbar.

1. Aufgabe

Interpretationsaspekte:

- Alltägliche, multimediale Konfrontation mit Tod, Krieg, Terror, Elend auf globaler und regionaler Ebene (Z. 12–30, 31–34, 49–50, 63–64, 71)
- Diskrepanz zwischen Alltag im Wohlstand und Konfrontation mit Elend und Tod (Z. 5–20, 33–34, 41–44)
- Sinnlosigkeit der Taten (Z.35–38 Refrain)
- Realisierung der Bedeutsamkeit bei gleichzeitiger Abstumpfung bzw. oft ausbleibender Betroffenheit (Z. 45–54)
- Betroffenheit und diffuse Angst vor allem bei Bezug zum eigenen Leben (Z. 55–61, 74–76, 82–94)

Interessant und interpretationsbedürftig ist auch der offizielle Videoclip (z. B. bei youtube), in dem Panzer die Funktion von PKWs und Bussen übernehmen (mögliche Interpretation: Panzer symbolisieren das mediale Eindringen von Krieg und Terror in den Alltag und/oder Panzer als Symbol dafür, dass auch Deutschland Teil der gewaltbereiten Welt ist).

Es gibt eine Fülle von Songs mit i. w. S. sozialkritischem Hintergrund mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen; exemplarisch: Culcha Candela – Augen auf, Die Ärzte – Opfer, Die toten Hosen – Wünsch dir was, Das Ich – Von der Armut, Guns N’Roses – Civil War, Michael Jackson – Heal The World, Metallica – One, Pink – Dear Mr. President, Phil Collins – Another Day In Paradise, Sammy Deluxe – Weck mich auf, Udo Lindenberg – Wozu sind Kriege da?, Wir sind Helden – Heldenzeit.

2. Aufgabe

Mögliche Interpretationsansätze mit Bezug zum Songtext:

- Sensationslust (Bild speichern)
- Normalität/Gleichgültigkeit (abspeichern und wegklicken)
- Abwehr/Schutz vor Betroffenheit (abspeichern und wegklicken)

Songtext „Absolute Wahnsinnsshow im Fernsehen und im Radio“ (Z. 31–32); „Vielleicht hab ich’s schon zu oft gesehen, man sieht’s ja beinahe täglich. Doch warum kann mich mittlerweile nicht mal das mehr erschrecken“ (Z. 49–55); „Doch das übersteigt meine Vorstellungskraft“ (Z. 77), „Ich werd die Bilder nicht mehr los“ (Z. 97).

3. Aufgabe

Abhängig von tagespolitischen Ereignissen können die Ergebnisse unterschiedlich ausfallen. Zu erwarten sind Vorkenntnisse über Armut (verortet z. B. in Afrika und Asien), Terrorismus (z. B. Anschläge vom 11. 09. 2001, Al Qaida, Afghanistan, Pakistan), Kriege und Machtkonflikte (z. B. Afghanistan, frühere Sowjetunion, Nahostkonflikt, Afrika, Irak, Iran), eventuell auch Konflikte im Baskenland und Nordirland. Zusammenhänge zwischen Armut und Konflikten können intuitiv erschlossen wer-

den, empirisch legen mehrere Studien einen Zusammenhang zwischen Destabilisation durch Armut und Bürgerkriegen dar. (Weltbank 2003: “Breaking the poverty trap – civil wars and development policy“, Andreas Zumach 2008: Armut schafft Kriege – nicht immer, aber fast überall).

S.193, A1

1. Aufgabe

- a) Interdependenzen zwischen Stellung im Welthandel – Verschuldung – Armut – Flucht – Kriege
- b) z. B. Auswirkungen der Globalisierung auf Entwicklungsländer (z. B. positive Entwicklungen, Handelshemmnisse), Klimakatastrophen, Terrorismus

S.200, A1–7

1. Aufgabe

Die Aufgabe dient der Sensibilisierung, weist aber gleichzeitig auf relevante Indikatoren und Aspekte hin: Rasse, Geschlecht, Nationalität, Elternhaus, Schulbildung, Lebenserwartung. Die SuS können die Interdependenzen der Aspekte erläutern und Wirkungskettengv notieren, z. B. armes Elternhaus mit niedrigem Bildungsniveau – geringere Wahrscheinlichkeit für gute Schulbildung und Schulerfolg durch z. B. fehlende Hilfe, fehlenden Stellenwert von Bildung (z. B. für Mädchen), Notwendigkeit von Kinderarbeit, geringere Aussichten auf gute Berufsausbildung ...

2. Aufgabe

Die SuS können hier erste, grundsätzliche Überlegungen vornehmen, einzelne Aspekte werden in späteren Materialien vertieft:

- **historisch:** Wiedergutmachung der kolonialen Ausbeutung, z. B. Togo, Kamerun, Namibia.
Beispiel Namibia: „Gelder gewissenhaft nutzen“ (AZ online – Älteste Tageszeitung Namibias – Nachrichten von A bis Z auf gut Deutsch;
<http://www.az.com.na/politik/gelder-gewissenhaft-nutzen.90125.php>
Die moderne Entwicklungshilfe wird von kritischen Stimmen jedoch als Fortsetzung der Kolonialpolitik mit anderen Mitteln gesehen. Andere Wissenschaftler setzen sich sogar aktiv für eine neue Art des Kolonialismus ein, z. B. der US-Ökonom Romer „US-Ökonom empfiehlt Deutschland als Kolonialmacht“ (2010).
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,668449,00.html>
- **sicherheitspolitisch (mittel- und langfristig):** Schaffung von Bindungen (an z. B. Bündnissysteme, v. a. im Ost-Westkonflikt, aber auch aktuell im Zusammenhang mit chinesischer Entwicklungshilfe relevant), Bekämpfung des Terrorismus durch Aufbaumaßnahmen, z. B. in Afghanistan.
- **ökologisch:** Schutz der Ressourcen, z. B. der Tropenwälder, z. B. „Deutschland stockt Hilfe für Schutz der Tropenwälder auf“, (Meteo-Internetportal für Klima und Wetter 2010, <http://meteo.vu/2010/10/deutschland-stockt-hilfe-fur-schutz-der-tropenwaelder-auf>

oder auch „**Krombacher WWF-Regenwaldprojekt**“

- **ökonomisch:** Rohstoffe, Absatzmärkte, Rohprodukte, Niedriglohnarbeit, aber auch Bindung an marktwirtschaftliches System (WTO), siehe hinten
- **Solidarität/internationale Umverteilungs- und Sozialpolitik:** moralischer Anspruch, Verabscheuung von Deprivation, Gerechtigkeitsanspruch.
- **christliche Sozialethik:** Nächstenliebe, Misereor, Brot für die Welt ...

Während den Motiven Solidarität/Gerechtigkeit normative Überlegungen zugrunde liegen, kann der Nachhaltigkeitsansatz als übergeordneter Zusammenhang, bei den Disparitäten als Bedrohung der internationalen Prosperität, Sicherheit und Stabilität (M7, Z. 15) gesehen werden. Im Sinne von der kategorialen Urteilsbildung (vgl. S. 20 ff.) können die Motive tendenziell der Legitimitäts- und Effizienzebene zugeordnet werden.

3. Aufgabe

Das BMZ konkretisiert auf der folgenden Website Zielvorgaben und Indikatoren zu den Millenniumsentwicklungszielen. http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/ziele/hintergrund/ziele/millenniumsziele/zielvorgaben/index.html

Dort finden sich auch Berichte zu bisherigen Ergebnissen und Fortschritten, die sich für arbeitsteiliges Vorgehen eignen.

Die **Millenniumsentwicklungsziele** sind:

- MDG 1: Extreme Armut und Hunger beseitigen
- MDG 2: Verwirklichung der allgemeinen Grundschulbildung
- MDG 3: Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen
- MDG 4: Senkung der Kindersterblichkeit
- MDG 5: Verbesserung der Gesundheit von Müttern
- MDG 6: Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten
- MDG 7: Umweltschutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen
- MDG 8: Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft

Einordnung in das Konzept der Nachhaltigkeit:

In Kapitel 3 (M9, S. 142) werden die ökonomische, ökologische und soziale Dimension des Nachhaltigkeitsprinzips thematisiert, hier steht die soziale Dimension im Vordergrund:

„Die soziale Dimension von Nachhaltigkeit stellt die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit in den Mittelpunkt. Diese bezieht sich auf den Zugang zu Chancen und Ressourcen sowohl innerhalb einzelner Länder und Gesellschaften als auch im globalen Verteilungskonflikt zwischen den reichen Industrieländern im Norden und den armen und hochverschuldeten Schwellen- und Entwicklungsländern im Süden. Neben dem Ziel der Grundbedürfnisbefriedigung für heutige und zukünftige Generationen berührt die soziale Dimension dabei ausdrücklich auch Fragen der Geschlechterverhältnisse im Sinne der Schaffung gerechterer Lebenswelten für Frauen und Männer. Dass diese drei Dimensionen miteinander zusammenhängen und sich wechselseitig verstärken können, ist weltweit zu beobachten. Besonders deutlich treten die Zusammenhänge in den ärmsten Weltregionen zu Tage. In der afrikanischen Sahelzone zum Beispiel treffen sozioökonomische Faktoren wie Armut, Unterernährung, unzureichende Bildungsmöglichkeiten, hohes Bevölkerungswachstum und eine in der Regel geringfügige öffentliche Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen mit ungünstigen geografischen Bedingungen und fortschreitender Umweltzerstörung zusammen. Diese ökologisch schwierige Situation verschärft sich zusätzlich in Folge des globalen Klimawandels, für den vor allem der CO₂-Ausstoß in den wohlhabenden Weltregionen (und zunehmend auch in den bevölkerungsreichen Schwellenländern China und Indien) verantwortlich ist“.

Die Armutsbekämpfung als Grundlage für die Erreichung weiterer Zieldimensionen ist offensichtlich, die SuS können naheliegende Bezüge zu den MDG 2–7 erschließen und ggf. in Form von Wirkungsketten notieren.

Kritische Stimmen zur Neuausrichtung der Entwicklungshilfe durch Minister Niebel finden Sie für das Jahr 2010 „Armutsbekämpfung Nebensache“ unter:

<http://www.sueddeutsche.de/politik/kritik-an-entwicklungshilfe-armutsbekaempfung-nebensache-1.1021032>

4. Aufgabe

Im Kern der Interpretation steht die Diskrepanz zwischen Zielsetzungen und Zielerfolgung/Mitteleinsatz.

5. Aufgabe

Die Sinnhaftigkeit von Armutsbekämpfung als vorrangiges Ziel der Entwicklungspolitik ist bereits in der letzten Aufgabe erschlossen worden, hier wird der Fokus verstärkt auf Armut als strukturelle Gewaltursache gelegt, die die Wahrscheinlichkeit von (Bürger)kriegen und Terrorismus erhöht. Für einen sachgerechten Kommentar zu der Aussage Nuschelers bietet sich ein Rückgriff auf die in M5–M7 thematisierten Motive der Entwicklungshilfe und ggf. die kategoriale Unterscheidung der Ebenen Effizienz und Legitimität an (vgl. Kapitel 1 S.20–23).

6. Aufgabe

Mittel- und langfristig sind Investitionen in die Bildung von Mädchen effizient im Hinblick auf andere Entwicklungsdimensionen, z. B. Verringerung der Sterblichkeit, Fruchtbarkeitsrate, Bildungsstand der Kinder, Produktivität, Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Ein Plädoyer zur Frauenförderung von Imme Scholz „Entwicklungshilfe heißt auch Frauenförderung“ (2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-03/weltfrauentag-entwicklungshilfe>)

Eher kurzfristige Effekte nimmt der Gender-Aktionsplan der Weltbank in den Blick und setzt vorrangig auf „economic empowerment“, um das ökonomische Potenzial zu nutzen; Wirtschaftswachstum und zunehmende Gleichberechtigung wirken dann im Sinne der Armutsminderung. <http://www.bmz.de/de/publikationen/themen/menschenrechte/konzept173.pdf>

7. Aufgabe

Diese Aufgabe eignet sich gut für arbeitsteilige Recherchen, deren Ergebnisse in einen gemeinsamen Zeitungsartikel einfließen. Die Schwerpunktsetzung sollte durch die Lerngruppe oder individuell erfolgen. Eine umfangreiche Lösung kann an dieser Stelle folglich nicht erfolgen, jedoch einige grundsätzliche Anmerkungen und Online-links.

Man unterscheidet häufig zwischen Push- und Pull-Faktoren der Migration.

Push-Faktoren: Krieg (Kosovo, Bürgerkriege), Verfolgung (politisch oder religiös, Kurden, Sinti), Armut (Afrika, Asien, ehemalige UDSSR), Hunger, Umweltkatastrophen (Überschwemmungen, Erdbeben),

Pull-Faktoren: Arbeitskräftebedarf, besserer Lebensstandard, bessere Löhne, Familienzusammenführung.

Internationale Migration (Dossier der bpb)

<http://www.bpb.de/themen/8T2L6Z,0,0,Migration.html>

Migrationstrends in der OECD

<http://www.euractiv.de/unternehmen-und-arbeit-000315/artikel/migrationstrends-in-oecd-landern-003390>

Globale Trends

http://www.globale-trends.de/gt_trends_2010.html

Europäische Migrationspolitik

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06306.pdf>

demographischer Wandel in Europa

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=502&langId=de>

Festung Europa

<http://www.dw-world.de/dw/article/0,,14844726,00.html>

Die Karikatur problematisiert den demographischen Wandel Europas. Eine binnen-differenzierende Aufgabe könnte auch das Finden und Analysieren von Karikaturen rund um das Thema Migration sein. Vor allem die „Festung Europa“ findet sich in vielen Darstellungen und fordert zugleich zu einer fundierten Urteilsbildung heraus. Alternativ können die SuS auch zur Aussage von Kohnert begründet Stellung nehmen: „Zuwanderung wird in der EU immer noch hauptsächlich als Problem, kaum als Chance wahrgenommen. Dabei hilft sie, brennende Bevölkerungsprobleme zu lösen, denn Europas Bevölkerung wird immer älter.“ (M8, Z. 72–77)

S. 210, A1–10

1. Aufgabe

„Erste – Zweite – Dritte Welt“: politische Bedeutung, dritte Welt als politische Positionierung zwischen der westlich kapitalistischen und der östlich-sozialistischen. Als Bezeichnung für die ursprünglich blockfreien Staaten wandelte der Begriff sich zu einem Synonym für Unterentwicklung, er suggeriert zudem eine nicht gegebene Homogenität der gemeinten Länder.

„Nord-Süd-Konflikt“: geographische Verbildlichung der wirtschaftlich-sozialen (und politisch-kulturellen) Diskrepanz zwischen reichen, entwickelten Ländern im Norden und Entwicklungsländern im Süden der Weltkugel. Ein Blick auf die tatsächliche geographische Verteilung (vgl. auch M 12–14) verdeutlicht, dass Nord-Süd-Konflikt als grobe Einschätzung geeignet ist, z.B. weite Teile Asiens aber nicht klar im Nord-Süd-spektrum zu verorten sind. Genauer müsste man von einem Konflikt zwischen den westlichen Industrieländern einschließlich Japans und den afrikanischen, asiatischen und lateinamerikanischen Entwicklungsländern sprechen.

2. Aufgabe

„Unterentwicklung ist ein Strukturproblem, Armut eine Folgeerscheinung“ (Z.14/15). Zur Umverteilung bzw. zur Vermögensverteilung kann auch der Gini-Koeffizient zu Rate gezogen werden. Interessant wäre eine Statistikanalyse, die das Pro-Kopf-Einkommen, die Einkommens- und Vermögensverteilung unterschiedlicher Länder analysiert. Fallbeispiele können recherchiert werden.

Unabhängig von empirischem Material können die SuS fiktive Fälle konstruieren, in denen Armut strukturell vorherrscht, obwohl eine ökonomische Basis vorhanden ist, denkbar wären die Thematisierung von Staatszerfall, Korruption etc.

3. Aufgabe

Mögliche Schülerlösungen für Indikatoren und Operationalisierungen:

- Pro-Kopf- Einkommen: bereits definierte Größe, denkbar auch monetär umgerechnetes Einkommen in Subsistenzwirtschaften
- Hunger und Unterernährung: Anteil der Menschen mit einem BMI unter ... , Anteil der Menschen mit weniger als ... Kalorien pro Tag

- Bildungsniveau (Alphabetisierungsgrad, primäre Schulbildung): Anteil an Schulabschlüssen der Art ... , Anteil der Analphabeten, Anteil der Hochschulabschlüsse
- Lebenserwartung und Säuglings-, Kindersterblichkeit: bereits definierte Größe
- Zugang zu frischem Trinkwasser und Versorgung mit sanitären Einrichtungen: Anteil der Wasseranschlüsse, Brunnen ...
- Grad der medizinischen Versorgung: Einwohner pro Arzt und Krankenhaus, Entfernung zum Arzt
- Verschuldungsgrad: bereits definierte Größe
- Korruptionsgrad: bereits definierte Größe, siehe Transparency International CPI (Corruption Perception Index)
- Menschenrechtslage: Anzahl Folter, politisch motivierte Verhaftungen, Pressefreiheit
- Demokratisierung: Menschenrechte, Wahlen, Wahlrecht, Partizipationsmöglichkeiten.

4. Aufgabe

Die Weltbank verwendet das Pro-Kopf-Einkommen zur Bildung von Einkommensgruppen, im Entwicklungsprogramm der UN wird der Human Development Index als Indikator gewählt. Die Eignung des Pro-Kopf-Einkommens als (alleinigem) Indikator ist aus mehreren Gründen umstritten. Zum einen ist generell strittig, ob das BNE ein Wohlstandsindikator ist. Mit Blick auf die Entwicklungsländer gilt eine weitere Einschränkung, da die Subsistenzwirtschaft mit dem Indikator nicht kompatibel ist. Die verzerrte Weltkarte in **M 12** verdeutlicht die Diskrepanzen, lässt aber offen, ob ein geringes BNE bzw. Pro-Kopf-Einkommen in verschiedenen Ländern dieselbe Relevanz hat. Schüler können Beispiele konstruieren, in denen eine Familie subsistenzwirtschaftlich lebt, nur geringe Einkünfte durch den Verkauf einiger Produkte hat, dennoch aber nicht in extremer Armut lebt. Ein Gegenkonstrukt wäre eine Familie, die etwa in Slums ohne sanitäre Grundversorgung lebt und trotz (geringem) Erwerbseinkommens die Ausgaben für Miete, Wasser und Nahrung nicht bewerkstelligen kann.

5. Aufgabe

Die mit dem Begriff verbundenen Vorstellungen verweisen auf Länder, deren Ausgangslage bereits von extremer Armut und Defiziten in der Entwicklung (Ernährung, Gesundheit, Bildung) geprägt ist und die zusätzlich als ökonomisch instabil gelten (z. B. durch Abhängigkeit von einzelnen Hauptexportgütern, extreme Abhängigkeit vom Weltmarktpreis, Gefahr von Umweltkatastrophen). Eine logische Abgrenzung zur ursprünglichen, politischen Bedeutung von „Dritte Welt“ existiert nicht. Wird „Dritte Welt“ als Synonym für Unterentwicklung gesehen, ist die „Vierte Welt“ die logische Abgrenzung der besonders unterentwickelten bzw. instabilen, ökonomisch besonders gefährdeten Staaten.

6. Aufgabe

Die aktuellen Werte und die Weltkarte zum HDI finden Sie auch unter Wikipedia. Die Kriterien der LDC und die Indikatorengruppen des HDI (vgl. Methode Indexbildung S. 202–204) sind ähnlich, in beiden Fällen werden zusätzlich zu monetären Größen die Bereiche Gesundheit und Bildung mit einbezogen. Entsprechend kommen beide zu ähnlichen Ergebnissen, auf dem afrikanischen Kontinent sind die Ergebnisse weitgehend identisch, im asiatischen Bereich gibt es kleinere Abweichungen.

7. Aufgabe

a) Rechercheaufgabe. Die aktuellen Werte und die Weltkarte zum HDI finden Sie auch unter Wikipedia.

b) Den vollständigen Bericht finden Sie unter
<http://hdr.undp.org/en/reports/global/hdr2010/>

exemplarische Werte 2010:

- HDI: Südafrika 0,597, Schweden 0,885, Deutschland 0,885
- Lebenserwartung 52,0/81,3/80,2
- einkommensunabhängiger HDI 0,581/0,911/0,915

Der Bericht bietet darüber hinaus eine Fülle verschiedener Ungleichheitsmaße, insbesondere auch „gender inequality“.

8. Aufgabe

Inwieweit der Grad der Demokratisierung und die Einhaltung der Menschenrechte in die Entwicklungspolitik miteinbezogen werden sollen, ist umstritten. Das Argumentationsspektrum reicht auf der Ebene der Legitimität von der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bis hin zum völkerrechtlichen Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Auf Effizienzebene gab es in den 60er Jahren auch Stimmen, die Entwicklungsdiktaturen für u. U. sogar leistungsfähiger hielten. In der Kombination mit marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen gewinnt der Stellenwert von Demokratie und Freiheit. Freiheit und Demokratie gelten nicht als Garant für eine positiv verlaufende Entwicklung, jedoch als gute Ausgangslage für eine nachhaltige Entwicklung.

Für Länder außerhalb des so genannten „abendländischen Kulturkreises“ stellt sich z. T. die Frage nach der Demokratie in einem sozio-kulturellen Spannungsfeld, in dem oft tradierte Wertvorstellungen mit Erwartungen und Anforderungen der Individualisierung und Globalisierung im Widerspruch stehen. Malaysias Premier Mahathir charakterisierte 1996 die Entwicklungspolitik als neo-kolonialistisch: „Der Westen solle die Werte Ostasiens akzeptieren, nicht andersherum.“

vgl. auch

http://www.uni-bonn.de/~uholtz/virt_apparat/menschenrechte_entwicklung.pdf

Im HDI fehlen politische Indikatoren, die UN versuchte diesem Umstand in den 90er Jahren mit der Entwicklung des HFI (menschlicher Freiheitsindex) Rechnung zu tragen. Zu den Indikatoren gehörten:

Mehrparteienwahlen, Pressefreiheit, ein funktionierendes Rechtssystem, Reise- und Versammlungsfreiheit, Chancengleichheit der Geschlechter, Gleichbehandlung der Ethnien und andere demokratische Freiheiten einer zivilisierten Gesellschaft. Allerdings musste UNDP auf Druck einzelner, insbesondere asiatischer Entwicklungsländer in den folgenden Entwicklungsberichten auf die Verwendung verzichten.

Der Bertelsmann-Stiftung beobachtet und bewertet auf der normativen Basis von rechtsstaatlicher Demokratie und sozialpolitisch flankierter Marktwirtschaft Entwicklungen mit dem BTI (Transformationsindex), für die Bewertung der politischen Transformation gehen die Bereiche Staatlichkeit, Politische Partizipation, Rechtsstaatlichkeit, Stabilität demokratischer Institutionen und politische und gesellschaftliche Integration ein.

http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_30284_30286_2.pdf

9. Aufgabe

$$\frac{[(63,6-25)/(85-63,6)+2/3 \times (61-0)/(100-0)+1/3 \times (62-0)/(100-0)+(\log 3139-\log 100)/(\log 40000-\log 100)]}{3} = \frac{(0,64333333333333+0,613333333333+0,57233207)}{3} = 0,610633 = 0,611$$

10. Aufgabe

Indien hat einen Gini-Koeffizienten von 36,8 (im Vergleich dazu Dänemark mit dem „Bestwert“ 24,7, BRD 28,3, Italien 36, USA 46,6 ... Namibia 70,7). Der Koeffizient weist Ungleichheit aus, die Fallbeispiele im Text verdeutlichen die Ungleichheit durch Extreme: Indiens Ingenieure, IT Branche (1,3 Mio Arbeitsplätze von 1,2 Milliarden Einwohnern), Millionäre, hohes Wirtschaftswachstum vs. Slums, Ackerbau und Viehzucht (700 Mio der 1,2 Milliarden Einwohner), extreme Armut bei 33 % der Bevölkerung, Alphabetisierungsgrad nur 61 %, hohe Selbstmordrate.

S.217, A1–6**1. Aufgabe**

Sowohl die Modernisierungstheorie als auch die Dependenztheorie geht von der Idee aus, das Ziel von Entwicklung müsse eine moderne Industriegesellschaft sein, insbesondere das wirtschaftliche Wachstum eines Landes steht im Fokus. Die Bedeutung des Weltmarktes ist bei beiden Theorien entscheidend, allerdings unter umgekehrten Vorzeichen.

Die Modernisierungstheorie (Z. 35 ff) sieht die Ursachen für Unterentwicklung in endogenen Ursachen, z. B. Traditionen und geringe Investitionen. Ansatzpunkte sind entsprechend (neoliberal) durch Erhöhung des Kapitaleinsatzes und Einbindung in den Weltmarkt eine Verbesserung der Ökonomie zu erreichen, die dann „durchsickert“ (trickledown). Eine Modernisierung der gesellschaftlichen Institutionen wie des Rechts, des politischen Systems, des Bildungswesen zu den modernen, westlichen Ausprägungen schaffen also die Basis für Wirtschaftswachstum und Wohlstand. Die Dependenztheorie (Z. 63 ff) betont exogene Ursachen, das Abhängigkeitsverhältnis von kapitalistischen Industrieländern auf dem Weltmarkt, ungerechte Terms of Trade. Entwicklungsländer sind zur Beschaffung von Devisen quasi genötigt, Rohstoffvorkommen auszubeuten und Plantagenprodukte billig in die Industrieländer zu exportieren. Im Gegenzug werden von einer reichen Minderheit Industrieprodukte aus dem Westen importiert, zu deren Herstellung Technologie und Kapital fehlen. Ansatzpunkte sind entsprechend eine (zeitweise) Abkopplung vom Weltmarkt und Schaffung einer autarken Ökonomie, zumindest aber eine Verbesserung der Terms of Trade. Ausländisches Kapital sollte nur dort eingesetzt werden, wo das Prinzip der Selbsthilfe nicht mehr greift.

„Nachhaltigkeit in der Entwicklungszusammenarbeit stellt das Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ in den Vordergrund. Entsprechend der jeweils spezifischen Ausgangssituationen und unter Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit werden Projekte und Initiativen gefördert, die es der Bevölkerung ermöglichen, dauerhaft und eigenständig die Situation zu verbessern. (Z. 127–136) – der Nachhaltigkeitsansatz ist prinzipiell – mit unterschiedlichen Argumentationszügen – mit beiden Theorieansätzen kompatibel, konkrete Entwicklungsstrategien können entsprechend unterschiedlicher kultureller, wirtschaftlicher und technischer Voraussetzungen verschieden sein. Während Vertreter der Modernisierungstheorie im neoliberalen Sinne die effektive Einbindung in die globalisierte Weltwirtschaft befürworten (und sich daraus dann der Wohlfahrtsgewinn/Globalisierungsgewinn ableiten lässt), setzen Dependenztheoretiker zumindest zunächst auf die Schaffung einer funktions- und leistungsfähigen Ökonomie im Inland flankiert durch Umverteilungsmaßnahmen zugunsten Schwächerer, die Öffnung und Einbindung in den Weltmarkt darf nicht zu negativen Effekten und extremer Abhängigkeit vom Weltmarkt führen.

2. Aufgabe

Es gibt keine Universaltheorie, widersprüchliche Empfehlungen je nach Theorierichtung (Z. 9–14), widersprüchliche Interpretationen (Z. 26–36), Best Practice Modelle statt Theoriegläubigkeit (Z. 44–54), jedoch keine Garantie bei Übernahme von „Erfolgskonzepten“ (Z. 62–69). Entsprechend Umdenken zum Leitprinzip, dass – unabhängig von ideologischen und theoretischen Überlegungen – „Entwicklungsprozesse von den jeweils Beteiligten selbst gewollt und getragen werden müssen“ (Z. 89–91). Die Autoren skizzieren das Bild eines Entwicklungshelfers im wörtlichen Sinne als Unterstützer bei selbst gewollten Transformationen, im Unterschied zu missionarischem Eifer (Z. 100).

3. Aufgabe

Der Koalitionsvertrag der CDU/FDP-Regierung weist 2011 für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sechs Schwerpunkte mit Erläuterungen aus:

1. Armut nachhaltig bekämpfen
2. Strukturdefizite abbauen
3. Zivilgesellschaft stärken
4. Wirtschaft einbeziehen
5. Wirksamkeit stärken
6. Sichtbarkeit verbessern.

Genauere Informationen unter:

http://www.bmz.de/de/publikationen/reihen/sonderpublikationen/BMZ_auf_einen_Blick.pdf

Interessant ist die stark wirtschaftliche Zielsetzung der „neuen“ Entwicklungspolitik, Ergebnisorientierung wird betont, Empfängerländer werden stärker in die Pflicht genommen, mehr Eigenverantwortung wird gefordert.

„Uno-Millenniumsgipfel – Merkel verlangt neue Entwicklungspolitik“ 2010,
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,718756,00.html>

„Entwicklungshilfe – Deutschland im Verzug“ 2010,
http://www.focus.de/politik/weitere-meldungen/entwicklungshilfe-deutschland-im-verzug_aid_554247.html

Kommentar „Entwicklungshilfe ist deutsches Interesse“ 2010,
<http://www.tagesspiegel.de/meinung/entwicklungshilfe-ist-deutsches-interesse-/3330312.html>

„US-Ökonom empfiehlt Deutschland als Kolonialmacht“ 2010,
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,668449,00.html>

„Wir sind auf die Rohstoffe der Entwicklungsländer angewiesen“ 2011,
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2011-02/rohstoffe-niebel-interview>

4. Aufgabe

Rechercheaufgabe

Im Sinne der Handlungsorientierung ist es sinnvoll, die Ergebnisse – zusammen mit dem Rechercheergebnissen in Aufgabe 6 – etwa in Form einer Ausstellung oder Präsentation der Schulöffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

5. Aufgabe

a) Nach Aussage der Autoren setzen sich Unternehmen und Zivilpersonen zunehmend öffentlichkeitswirksam für globale Belange ein (Beispiele Z. 5–20), damit übernehmen „Profis das Geschäft der Weltverbesserung“ (Z. 27 ff), „unideologisch, pragmatisch“ (Z. 29). Die Zivilgesellschaft habe den Glauben an den Erfolg der Maßnahmen „von oben“ (Z. 36) verloren, der „dritte Sektor“ (Z. 66) übernehme quasi kollektiv Aufgaben im Bereich globaler Probleme und etabliere Sanktionsmaßnahmen (Sustainability Yearbook, Ratings).

Im Bereich der Effizienz sind (auch nachhaltige) Erfolge denkbar, die Professionalität von Managern und die internen Verflechtungen sprechen ebenfalls für Erfolgsaussichten. Insgesamt können NGOs und die Zivilgesellschaft zur Effektivität internationaler Politik beitragen. Im Bereich der Legitimität ist einschränkend anzumerken, dass NGOs und zivilgesellschaftliche Akteure nicht imstande sind, die Ansprüche an eine demokratische Legitimation zu erfüllen. Der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure ist informell und ermöglicht Lobbyismus, insbesondere NGOs weisen auch intern nicht die notwendige Transparenz auf.

b) freie Gestaltungsaufgabe

6. Aufgabe

Freie Rechercheaufgaben.

Leitfaden zur Expertenbefragung:

http://lehrerfortbildung-bw.de/kompetenzen/projektkompetenz/methoden_a_z/expertenbefragung.htm

S. 225, A1–8

1. Aufgabe

Das WTO-Agrarabkommen ist seit 1995 der internationale Rahmen für die Agrarpolitik und den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit dem Ziel der schrittweisen Marktöffnung im Welthandel durch Abschaffung von Handelsbarrieren und Handelsverzerrungen. „Die praktische Umsetzung dieser Politik bedeutet Abschaffung aller Handelshemmnisse und rigorose Exportförderung. Diesen Grundprinzipien folgt das WTO-Landwirtschaftsabkommen. Es will die nationalen Agrarmärkte weltweit öffnen und homogenisieren, indem die Zölle schrittweise reduziert und interne Stützmaßnahmen und Exportsubventionen abgeschafft werden“ (M 22, Z. 23–32).

Spannungsfelder in Stichworten:

- Offene Märkte zur Armutsbekämpfung vs. Kleinbauern
 - Recht auf Nahrung nicht gesichert
 - Gefahr der Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Nahrungsmittelimporten
 - Exportsubventionen der Industrieländer, z. B. Baumwolle, Zucker.
- Industrieländer stützen ihre Produkte durch Exportsubventionen (Baumwolle: USA Farm Bill), dies führt dazu, dass die Bauern in den Industrienationen Subventionen erhalten, die Produktion angekurbelt und die Weltmarktpreise gesenkt werden. Dadurch sind Produkte aus südlichen Entwicklungsländern nicht mehr wettbewerbsfähig.

Doha-Runde (Stand Januar 2011): Ergebnisloser Abbruch der Gespräche im Juli 2008, über die Liberalisierung des Welthandels konnte keine Einigung erreicht werden. Streitpunkte sind der Abbau von Agrarsubventionen sowie Schutzzölle für die Agrarmärkte der Entwicklungs- und Schwellenländer. Die WTO-Ministerkonferenz beschloss Ende 2009 einen zügigen Abschluss der Gespräche, diese Zielperspektive wurde Ende 2010 bekräftigt. Ein konkretes Abschlussdatum liegt nicht vor.

2. Aufgabe

Mögliche Chancen: ökonomischer Entwicklungsschub, Schaffung von Arbeitsplätzen, Wohlstandsgewinne, Deviseneinfuhr, Beitrag zur Armutsbekämpfung.

Mögliche Gefahren: extreme Abhängigkeit vom Weltmarkt, Zerstörung autochthoner Märkte, Problematik der Nahrungsmittelproduktion, Gewinne nur für Großfarmer, Preisschub für Gebrauchsgüter/Lebensmittel, energetische und ökologische Risiken durch Transport, Gefahr von Unterernährung durch Umwidmung von Ackerflächen für den Export.

3. Aufgabe

„Ricardo behauptet, die Abschaffung der Handelsbarrieren ermögliche es jedem Land (bzw. einer Region), sich in jenem Bereich zu spezialisieren, in dem es am kostengünstigsten produzieren kann. Wenn die Länder ihre Waren dann untereinander austauschten, profitierten alle, denn der Durchschnitt der Gesamtproduktionskosten liege tiefer, als wenn jedes Land oder jede Region sämtliche Erzeugnisse selber herstellen würde (M23, Z. 14–24).

„Handel ist gut für alle“ (M24, Z. 43 ff): Die Spezialisierung auf einzelne Produkte schafft in jedem Fall Spezialisierungsvorteile durch komparative Kostenvorteile. Auch wenn ein Land alle Produkte günstiger herstellen kann als andere Länder, lohnt es, sich auf das Produkt zu spezialisieren, bei dem das Land komparative Vorteile hat, also im Vergleich „am besten“ produziert.

Die Frau kann beide Arbeiten schneller erledigen als der Mann. Der Geschwindigkeitsvorteil ist bei den Hemden (Faktor 3) größer als bei den Schuhen (Faktor 2). Sinnvoll ist also eine Spezialisierung dazugehend, dass die Frau die Hemden bügelt, der Mann die Schuhe putzt.

Frau alle Hemden: 40 Hemden = $6\frac{2}{3}$ h

Mann alle Schuhe: 18 Schuhe = 9 h

zusammen $15\frac{2}{3}$ h

4. Aufgabe

Ein Vergleich des Lohnniveaus zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern sei unzweckmäßig, der Anteil am Sozialprodukt des jeweiligen Landes sei ausschlaggebend (vgl. Z. 36–43, 46–50). „Gerechtigkeit für die ambitionierten Zurückgebliebenen kann nicht heißen, dass wir ihnen unsere Löhne und Errungenschaften aufzwingen und so ihren „komparativen Vorteil“ zunichte machen.“ (M25, Z. 59–64)

Gerade der komparative Kostenvorteil ermöglicht nach Ricardo Spezialisierungsgewinne.

5. Aufgabe

Arbeitsplatz- und Einkommensverlust durch Handelsliberalisierung (Z. 31–33, 91–93), fehlende Steigerungsfähigkeit des Exportes durch fehlende Infrastruktur (Z. 36–39), fehlende Eignung lokaler Produkte für den Weltmarkt (Z. 40–42), unsichere Kapitalmärkte und hohes Zinsniveau (Z. 42–50), Handelshemmnisse und Subventionen (Z. 82–85)

Eine Visualisierung kann beispielsweise Wirkungsketten beinhalten, alternativ ist auch eine Anordnung und Unterscheidung zwischen endogenen und exogenen Faktoren (und somit ein Rückgriff auf die Entwicklungstheorien) denkbar.

6. und 7. Aufgabe

freie Rechercheaufgaben

Die NGOs sind mehrheitlich Globalisierungsgegnern zuzuordnen, die nicht zwingend den Freihandelsgedanken an sich kritisieren, vielmehr den gegenwärtigen Status quo, der Entwicklungsländer benachteiligt, so dass die Globalisierung eher nachteilige Auswirkungen auf Entwicklungsländer habe.

Dossier der bpb:

<http://www.bpb.de/themen/GIPDEE>

8. Aufgabe

Die reichen Industrieländer („Herrchen“) werfen den verlockenden „Knochen“ der Millenniumsziele, das Welthandelssystem hindert die Entwicklungsländer („Hunde“) daran, diesen zu erreichen: Interpretationsansätze: Welthandel und WTO sind kontraproduktiv im Hinblick auf die Erreichung der MDG, da sie die Erreichung von Zielen behindern. Entwicklungsländer stehen im Abhängigkeitsverhältnis zu Industrieländern und WTO, Ziele und Mittel widersprechen sich.

S. 229, A1–4

1. Aufgabe

Der ökonomische Erfolg Chinas (hohe Wachstumsraten, rasante technologische Entwicklung) impliziert, dass Motive für eine weitere Entwicklungshilfe an China eher eine andere Schwerpunktsetzung aufweisen.

Mögliche Argumente für eine weitere Entwicklungshilfe/Motive:

- Ökonomische Motive: Chancen für die deutsche Wirtschaft im Bereich Umwelt- und Klimaschutz (M 28a, Z. 45–47).
- Außen- und sicherheitspolitische Motive: angestrebte Verbesserung der Menschenrechte, angestrebte Verminderung der Kluft zwischen Arm und Reich in China (10% Wachstum bei gleichzeitig 30 Mio Haushalten ohne Strom, vgl. M 28a), Herausbildung einer ökonomisch und vor allem politisch aktiven Mittelschicht (M 27). Die explizite Armutsbekämpfung ist kein erklärtes Ziel deutscher Entwicklungshilfe, das Potenzial einer Umverteilung ist in China vorhanden (M 28a).
- Ökologische Motive/ Nachhaltigkeit: Umweltschutz, Steigerung der Energieeffizienz, Klimaschutz (M 28a, Z. 41 ff, Z. 76), vgl. MDG7.

Mögliche Gegenargumente:

- Menschenrechtslage in China weiterhin problematisch.
- Weitere finanzielle Hilfen für China nicht akzeptabel, da andere Ländern diese viel eher benötigen (M 28b, Z. 114–120), zumal China seinerseits als Entwicklungshelfer agiert und dieses Engagement stark interessenbedingt ist.

2. Aufgabe

Rechercheaufgabe, z. B.

„Klassische Entwicklungshilfe für China formal beendet“ (Juli 2010)

<http://www.liberal.de/Klassische-Entwicklungshilfe-fuer-China-formal-beendet/5652c10073i1p/index.html>

„Noch immer fließt Geld nach China“ (September 2010)

<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EFEF7C693C8E0433585A452C62501C91B~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

„China: Zwischen Handelskrieg und Entwicklungshilfe – 60Jahre China Aid“ (August 2010)

<http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/wang-xin-long/china-zwischen-handelskrieg-und-entwicklungshilfe-6-jahre-china-aid-.html>

„Wie China die Welt aufkauft“ (Februar 2011)

<http://www.welt.de/debatte/die-welt-in-worten/article12614783/Wie-China-mit-Entwicklungshilfe-die-Welt-aufkauft.html>

3. Aufgabe

Das Engagement Chinas auf dem afrikanischen Kontinent dient der Sicherung von Ressourcen und der Ermöglichung von Marktzugängen (M29, Z. 21–25). Chinas Entwicklungshilfe setzt auf „unpolitische“ Komplettlösungen (M29, Z. 37–55). Politische Bedingungen (etwa im Sinne von Good Governance, Korruptionsbekämpfung) werden nicht gestellt, die Gewährung von finanziellen Hilfen wird aber an ökonomische Gegenleistungen geknüpft (70% Auftragsquote für China, Bezahlung in Ressourcen). Weiterhin ist die Schaffung und Sicherung von Absatzmärkten intendiert (Z. 60–64). Klare betont in M30 die Relevanz der Ressourcen und prognostiziert diesbezüglich zunehmende Konflikte. (Z. 20–23). Wenngleich auch Armuts- und Krankheitsbekämpfung im Interesse der Entwicklungshilfe liege, so sei der „Kampf um Ressourcen“ vorhersehbar und die entsprechend interessengeleitete Entwicklungshilfe Chinas (und der USA) zumindest „ehrlich“ (Z. 25–29).

4. Aufgabe

Eigene Gestaltungsaufgabe auf Grundlage der Ergebnisse der vorigen Aufgaben.

S. 236, A1–2

1. Aufgabe

Statt der Zentralregierung entscheiden Gemeinderäte über Infrastrukturmaßnahmen.

Voraussetzungen für ein Gelingen solcher Dezentralisierungsprozesse liegen nach Aussagen des Autors vor allem auf zwei Ebenen. Grundvoraussetzung ist eine umfassende und kontinuierliche Qualifizierung und Begleitung der Gemeinderäte hinsichtlich Projektplanung und -management, die in diesem Fall durch Beratungen und Unterstützung der KfW und der GTZ erfolgt (Z. 30–34, Z. 60–65). Zum anderen wirkt das gemeinsame Engagement auf eine Identifikation und Verantwortlichkeit hin. Dieses zeigt sich z. B. durch die Wahl von „geeigneten“ Personen in den Gemeinderat, wobei Frauen überrepräsentiert sind, da ihnen ein „besseres Händchen“ für die Verwaltung der Mittel zugetraut wird (Z. 79–86, 94–101) sowie die hohe Partizipation an Ausschusberatungen (Z. 87–92). Im konkreten Fall haben sich im Bildungs- und Gesundheitsbereich deutliche Verbesserungen ergeben (Z. 35–50) und darüber hinaus konnte die Verbesserung der Infrastruktur ökonomisch zusätzliches Einkommen schaffen (Z. 50–59).

Im Strukturdiagramm sollten Kausalbeziehungen und Interdependenzen kenntlich gemacht werden.

2. Aufgabe

Individuelle Gestaltungsaufgabe:

Good Governance „wird häufig mit „gute Staatsführung“, „gute Regierungsführung“ oder auch „verantwortungsvolle Regierungsführung“ übersetzt“ (M32, Z. 3–6); dazu gehören i.d.R. effizientes Management im öffentlichen Sektor, Rechenschaftspflichten und Kontrollen, Korruptionsbekämpfung, Dezentralisierung und Transparenz (Z. 10–13) sowie die Anwendung derselben Kriterien auf das Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft (M32, Z. 14 ff) unter Orientierung am Nachhaltigkeitsprinzip (M32, Z. 25–27). Die Weltbank wird teilweise dahingehend kritisiert, dass der implizite neoliberale Anpassungsdruck (Marktliberalisierung, Privatisierung, Freihandel) nicht immer mit afrikanischem Rechts- und Wirtschaftsdenken und Wertvorstellungen kompatibel (M34) ist.

2a) In einer Afrikastudie der Weltbank forderten afrikanische Autoren bereits 1989 angesichts der ausbleibenden Erfolge neoliberaler Strukturanpassungsprogramme (Z. 19–25) „die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft (Governance) so zu verbessern, dass Entwicklung auf die Bedürfnisse der Armen orientiert, gesellschaftliche Integration gefördert und die demokratischen Rechte respektiert würden“ (Z. 27–32). Kernproblematik sei die fehlende Berücksichtigung afrikanischer Werte und Rechtsnormen, ein Fehler sei es gewesen „die Institutionen der westlichen Gesellschaft, d. h. ihre Spielregeln und Wertesysteme, kurzerhand Afrika überzustülpen“ (Z. 41–44), da westliche und afrikanische Vorstellungen in relevanten Bereichen grundverschieden seien: Wettbewerb vs. Bedürfnisbefriedigung, Privateigentum vs. Nutznießung, Strafe vs. Wiedergutmachung, Mehrheitsprinzip vs. Konsens (Z. 49–67). Good Governance im Sinne einer Modernisierungsstrategie auf afrikanischer Basis konnte sich nach Aussage des Autors nicht durchsetzen. „Die Labels Good Governance und Capacity Building erweisen sich also als zweideutig und trügerisch. Je nachdem, wer sie benutzt, kann die Durchsetzung der neoliberalen Konzepte oder indigener, partizipativer Entwicklungsvorstellungen gemeint sein“ (Z. 102–106).

2b) Die bisherige Entwicklungshilfe zeigt nach Ayittey keinerlei Erfolge (Z. 13–18), ein wesentlicher Grund liege im Bereich der bad governance. „Die afrikanischen Staats Haushalte sind außer Kontrolle geraten. Die aufgeblasenen Staatsapparate sind dysfunktional, Bestechung und Günstlingswirtschaft sind an der Tagesordnung. Die Korruption grassiert. Ohne Reformen werden erlassene Schulden einfach durch neue ersetzt. Doch Afrikas Führer sind, mit einigen Ausnahmen, nicht an Reformen interessiert (Z. 39–47), nur 16 afrikanische Staaten seien Demokratien, nur acht hätten eine freie und unabhängige Presse, noch weniger seien wirtschaftlich erfolgreich (Z. 55–59). Wirkliche politische Reformen seien notwendig (Z. 59–61), dabei dürfte die Basis der Reformen keineswegs die Regierungen, sondern vielmehr die Zivilgesellschaft sein (Z. 62–66, 98–103). „ Die Menschen in Afrika brauchen folgende institutionelle Werkzeuge: freie und unabhängige Medien (um den freien Informationsfluss zu gewährleisten); eine unabhängige Justiz (als Garantie der Rechtsstaatlichkeit); unabhängige Wahlkommissionen; unabhängige Zentralbanken (um monetäre Stabilität sicherzustellen und die Kapitalflucht einzudämmen); effiziente und professionelle öffentliche Verwaltungen; sowie neutrale und professionell ausgerüstete Sicherheitskräfte (Z. 75–85).

2c) Aus dem KfW Bericht sind folgende Aspekte zu erschließen:

- a) Dezentralisierung, gewählte Haushaltsausschüsse, Rechenschaftsberichte, hohe politische Partizipation
- b) Diskussionskultur, offensichtlich aber auch marktwirtschaftliche Effizienz (Verpachtung)

2d) Im Kern konstatiert Köhler zunehmende Demokratisierungsprozesse und wirtschaftliche Erfolge (Z.1–17), aber auch deutliche Rückschläge (Z. 26–38). Köhler sieht

Good Governance mit verlässlichem staatlichen Ordnungs- und Rechtsrahmen als Basis für wirtschaftliche, in Globalisierungsprozesse eingebundene Erfolge (Z. 38–43, Z. 66–67).

Eine partnerschaftliche – und auch für Deutschland und Europa positive (Z. 18–24, 69–71) - Zusammenarbeit mit Afrika erfordere einen Abschied von Doppelstandards, die derzeit jedoch noch vorherrschen, z. B. seitens der G8 bei der Korruptionsbekämpfung und im Bereich der Handelspolitik (Z. 45–67).

2e) Globalisierung ist nach Köhler keine Bedrohung für Entwicklungsländer, sondern eine „Erfolgsgeschichte“ (Z. 26–54), gemessen an Fortschritten im Bereich der Kindersterblichkeit, der Erhöhung der Lebenserwartung, der Steigerung des Lebensstandards, der Verbesserung von Bildung und der Menschenrechtslage.

Die Armutproblematik vor allem in Afrika führt Köhler vor allem auf die mangelnde Teilhabe an der Globalisierung durch fehlendes ökonomisches Potenzial und mangelnder good governance zurück (Z. 71–77). Ursachen dafür sieht Köhler auch in der interessengeleiteten, nicht adressatenorientierten Entwicklungspolitik der vergangenen Jahrzehnte (Z. 78–85) sowie in der aktuellen Handelspolitik (Z. 85–90).

Die wechselseitige Abhängigkeit bei Phänomenen der Migration und Naturkatastrophen, vor allem aber im Bereich des Klimaschutzes (Z. 91–115) erfordere die Notwendigkeit einer Entwicklungspolitik „für den ganzen Planeten“ (Z. 136). Den legitimen Rahmen bilde die UNO, die die Trias „Entwicklung, Sicherheit, Menschenrechte“ (Z. 146–147) vorantreiben und realisieren müsse.

2f) Eigene Gestaltungsaufgabe auf Grundlage der Ergebnisse der vorigen Aufgaben. Auf der Legitimitätsebene können sowohl einzelne Aspekte von good governance thematisiert werden als auch ideologische Argumentationen hinsichtlich verwendeter Entwicklungsleitbilder. Unter Effizienzgesichtspunkten ist die „Erfolgsgeschichte Globalisierung“ abzuwägen.

S. 239, A1–6

1. Aufgabe

Unter Mikrokrediten versteht man Kleinstkredite „für arme Menschen“ (M 37, Z. 6–7) in der Armutsfalle, die im regulären Finanzwesen nicht kreditwürdig sind, da sie keine Rücklagen und Sicherheiten aufweisen können (M 38, Z. 43–48).

Insbesondere Frauen sind Kreditnehmerinnen, sie gelten als zuverlässiger bei der Rückzahlung (M 38, Z. 26–39). Die konkrete Gestaltung der Mikrokredite variiert; die Grameen-Bank des Nobelpreisträgers Yunus gewährt häufig nicht Einzelpersonen, sondern einem Dorf einen Kredit, um sich die soziale Kontrolle im Dorf zunutze zu machen, da alle den Kredit zurückzahlen müssen. Trotz hoher Zinssätze (25 %) sind die Kredite deutlich billiger als bei privaten Kreditvermittlern. In Bangladesh haben die Mikrokredite nach Angaben der Weltbank die Lebensbedingungen signifikant verbessert.

Kritische Stimmen:

„Selbstmord einer großen Idee“ (Kritischer Artikel zu Mikrokrediten, November 2010)
<http://www.zeit.de/2010/47/Mikrokredite-Indien>

„Arme Bauern in der Schuldenfalle“ (Februar 2011)
<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~E5F5DBAAA5DA54C90B48F1452D3BADFDB~ATpl-Ecommon~Spezial.html>

„Kleine Kredite, große Schulden“ (November 2010)
<http://www.faz.net/s/RubD16E1F55D21144C4AE3F9DDF52B6E1D9/Doc~E2A377C46A2D04C81AA845BDBC53621F2~ATpl-Ecommon~Scontent.html>

M 39 problematisiert das „political empowerment“ von Frauen als Instrumentalisierung von Frauen (Z. 80–82). Mikrokredite seien trotz dokumentierter Erfolge (Z. 73–77) weniger eine positive Anerkennung und Stärkung, sondern vielmehr eine zunehmende Belastung (**M 39**, Z. 14–16) von Frauen, die die Autorinnen nicht als neo-liberale Effizienz, sondern als Ausbeutung charakterisieren (Z. 19–25, 47–64, 68–72).

Rechercheaufgabe, z. B.:

„Initiative für die afrikanische Farmerin“: Kredit-, Spar- und Trainingsprogramm – ein Programm mit den Komponenten Training, Kleinkreditvergabe sowie Rücklagenbildung. Dieses stärkt unmittelbar die ökonomische Situation der Kleinbäuerinnen und somit ihre gesamten Familien.

http://www.das-hunger-projekt.de/B1_03.html

2. Aufgabe

Freie Rechercheaufgabe

Grundprinzip:

Kiva.org ist eine Mikrofinanzorganisation, die seit 2005 eine individuelle Vergabe von Privatkrediten über das Internet ermöglicht. Potentielle KleinunternehmerInnen stellen sich, ihr Anliegen und ihren Kreditbedarf auf der Website vor. Jeder kann die UnternehmerInnen individuell mit Privatkrediten ab einer Höhe von 25 US Dollar unterstützen, die Kreditvergabe und der Finanztransfer erfolgt über kiva.org. Die Rückzahlung erfolgt ebenfalls über kiva.org, das Ausfallrisiko trägt der Kreditgeber.

Kritische Stimmen:

<http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,475307,00.html>

3. Aufgabe

Die SuS müssen sich im Kern mit folgenden Aussagen auseinandersetzen:

„Frauen sind zuverlässiger, wenn es darum geht, die Kredite zurückzuzahlen. Sie sind häufig für die Arbeiten verantwortlich, die mit den Krediten finanziert werden. Beispielsweise kaufen sie sich mit dem Geld eine Kuh, um Milch zu produzieren, und finanzieren mit ihren Einnahmen den Schulbesuch und Gesundheitsmaßnahmen für ihre Kinder. Frauen zahlen die Kredite in Eile zurück, damit ihre Familie nicht unter den Folgen eines Verzugs zu leiden hat. Empirische Studien belegen, dass Männer weniger zurückzahlen als Frauen. Sie benutzen das Geld für andere Sachen, konsumptive Zwecke, beispielsweise Alkohol.“ (**M 38**, Z. 26–36)

„Arme Frauen werden jetzt wahrgenommen als härter arbeitend und leichter zu mobilisieren, als geringeres Kreditrisiko, als selbstloser, weil sie sich um ihre Familien und Gemeinschaften sorgen, als loyalere Wählerschaft und als die besten Wachhunde gegen Korruption.“ (**M 39**, Z. 20–26)

4. Aufgabe

Zusätzlich zur vorigen Aufgabe sind folgende – bereits bearbeitete – Aspekte relevant:

s. Abschnitt 4.2., Aufgabe 6.

Mittel- und langfristig sind Investitionen in die Bildung von Mädchen effizient im Hinblick auf andere Entwicklungsdimensionen, z. B. Verringerung der Sterblichkeit, Fruchtbarkeitsrate, Bildungsstand der Kinder, Produktivität, Umgang mit natürlichen Ressourcen.

Ein Plädoyer zur Frauenförderung von Imme Scholz „Entwicklungshilfe heißt auch Frauenförderung“ (2010, <http://www.zeit.de/politik/ausland/2010-03/weltfrauentag-entwicklungshilfe>)

Eher kurzfristige Effekte nimmt der gender Aktionsplan der Weltbank in den Blick und setzt vorrangig auf „economic empowerment“, um das ökonomische Potenzial zu nutzen; Wirtschaftswachstum und zunehmende Gleichberechtigung wirken dann im Sinne der Armutsminderung.

<http://www.bmz.de/de/publikationen/themen/menschenrechte/konzept173.pdf>

s. Abschnitt 4.5.3., Fallbeispiel Senegal

Dabei haben Frauen in vielen Gemeinden eine neue, starke Rolle. Häufig sind es gerade die gewählten Vertreterinnen im Gemeinderat, denen mit der Leitung des Finanzausschusses ein zentraler Posten innerhalb der lokalen Verwaltung übertragen wird. „Denn sie haben“, formuliert es der Ratspräsident der Gemeinde Djinrnda, „ein besseres Händchen für die Verwaltung unserer Mittel“ (M31, Z. 92–101).

5. Aufgabe

- a) Die SuS müssen zur Bewertung der Frage die Mikrokreditvergabe in den Kontext der Nachhaltigkeit und Friedenssicherung einordnen. Folgende Textpassagen sind relevant.
- M7a:** UN-Erklärung 2002: „Der tiefe Graben, der die Menschheit in Arm und Reich spaltet und die ständig wachsende Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern stellen eine große Bedrohung für die weltweite Prosperität, Sicherheit und Stabilität dar.“ (M7a, Z. 11–16)
- M7f:** Die größten Bedrohungen der menschlichen Sicherheit fußen in ökologischen, sozioökonomischen und politischen Missständen, also den strukturellen Gewaltursachen. [...] Hunger mündet nicht direkt in Terrorismus, aber gepaart mit Hoffnungslosigkeit wird ein gewalttätiges Klima geschaffen. (M7f, Z. 20–23, Z. 38–40)
- M17** „Ein Zauberwort der entwicklungspolitischen Szene lautet derzeit „Best Practices“. [...] Ein aktuelles Beispiel ist die inzwischen legendäre Grameen Bank (vgl. 4.5.4). (Auf die sehr komplexe Diskussion, ob und inwieweit die Grameen Bank tatsächlich ein Erfolgsmodell, vor allem im Sinne der Nachhaltigkeit, ist, kann hier nicht eingegangen werden.) Das in Bangladesch als so erfolgreich geltende Modell wird heute in vielen Ländern repliziert, allerdings mit meist mäßigem Erfolg. (M17, Z. 54–65)
- b) „Eine kraftvolle Stimme, die für die besten Kräfte in Afrika spricht“
<http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Friedenspreise/nobel2004.html>
<http://www.fembio.org/biographie.php/frau/biographie/wangari-maathai/>
 „Uno eröffnet Jahr der Wälder“ (2011)
http://www.nzz.ch/nachrichten/politik/international/uno_eroeffnet_jahr_der_waelder_1.9330529.html

6. Aufgabe

freie Gestaltungsaufgabe

1. Auflage

1 5 4 3 2 1 | 15 14 13 12 11

Alle Drucke dieser Auflage sind unverändert und können im Unterricht nebeneinander verwendet werden. Die letzten Zahlen bezeichnen jeweils die Auflage und das Jahr des Druckes.

Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt. Jede Nutzung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen schriftlichen Einwilligung des Verlages. Hinweis zu § 52a UrhG: Weder das Werk noch seine Teile dürfen ohne eine solche Einwilligung eingescannt und in ein Netzwerk eingestellt werden. Dies gilt auch für Intranets von Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen. Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlages.

© Ernst Klett Verlag GmbH, Stuttgart 2011. Alle Rechte vorbehalten. www.klett.de

Autoren: Uwe Taenzer, Oliver Bauer, Olaf Kordes, Anja Schwarze, Friedrich Tholen

Redaktion: Dr. Hans-Werner Thunig

Herstellung: Judith Jänsch

Lösungen zu ISBN: 978-3-12-885123-5